REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 483 · 23.4.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Von Genua nach Godesberg
2. Der Lern-Prozess
3. De-fencing in erweiterter Perspektive
4. A better life for all?
5. Die dem Tod entgegen ging
6. Selbstgebastelte Pässe
7. "Zapfer Kurt" und seine Opfer
8. Fluchtlinien in den Wänden der Schattenstädte
9. Komplizen des Völkermordes
10. Erster Mai, Russland nicht dabei
11. Manisch-repressiver Antikommunismus
12. Fragend streiten wir voran
13. Ganz entspannt im Supermarkt
14. Die Kosten rebellieren ...
15. "Selbstgenügsamkeit finde ich schrecklich"
16. Reflexionen über das Erinnern
17. Die Kritische Theorie wurde zu Grabe getragen
18. "Die glauben, wir sind bekloppt"
19. Eine Chance, wieder zu leben
20. Klassen-Gewitter
21. Der Traum vom Fliegen
22. AUFGEBLÄTTERT
23. Schmutziger Kompromiss
24. Zwischen Britneys und Whitneys
25. Weitergehen!
26. Weder bündnisfähig noch gegen Sozialkahlschlag
27. Terror im Windschatten des Irak
28. Die Uni, die Stadt und Rotrot
29. ANC auf Wolke 7(0)
30. Schuldabwehr und Amnesie
31. Auf Kollisionskurs
32. Gemeinsam schaffen wir`s ...
33. Ohren-Propaganda
34. (Haar-)Risse im Putz
35. KALENDER
36. Diener ihrer Herrn
37. Neue alte Sozialdemokratie?
38. Bündnis, Breite und Bewegung
39. Gegenperspektiven entwickeln!
40. Danke für 22.280,89 Euro!
41. EDITORIAL

1. Von Genua nach Godesberg

Rifondazione Comunista und die Gewaltdebatte in der italienischen Linken

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:01

Rifondazione Comunista (RC), die Partei der "kommunistischen Neugründung", hat in den vergangenen Jahren über Italien hinaus Anerkennung als "antagonistische" Bewegungspartei neuen Typs gefunden. (vgl. ak 460 und 461) Parteisekretär Fausto Bertinotti erschien bislang als Garant eines neuen Kurses, der kommunistische Tradition mit jugendlichem Radikalismus verbindet. Die seit Herbst letzten Jahres in der italienischen Linken geführte Gewaltdebatte lässt RC in einem anderen Licht erscheinen. Teile der Medien jubeln schon über Bertinottis "Godesberg".

Den Anstoß zur aktuellen Debatte gab Sergio Segio, der als ehemaliges Gründungsmitglied der bewaffneten Gruppe Prima Linea 22 Jahre Gefängnishaft hinter sich hat. Segio ist ein dissociato, d.h. er hat sich vom bewaffneten Kampf "losgesagt", ohne die eigenen GenossInnen zu denunzieren (die DenunziantInnen nennt man in Italien pentiti, die "Reumütigen"). Seit Jahren arbeitet er im freiwilligen Sozialdienst (volontariato), dessen AktivistInnen eine wichtige Rolle in der globalisierungskritischen Bewegung spielen. In einem Interview der Tageszeitung La Repubblica (31.10.2003) behauptete Segio, diese Bewegung sei heute ein Rekrutierungsfeld für die neuen Roten Brigaden (BR). Der Linken warf er außerdem vor, sie habe in den 20 Jahren nach dem militärischen Sieg des Staates über die historischen BR die fällige Abrechnung mit dem bewaffneten Kampf verweigert.

In diesem Punkt stimmt ihm auch der renommierte Soziologe Marco Revelli zu, der von der Bewegung insgesamt ein klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit fordert. Im Unterschied zu Segio dementiert er aber, dass die Bewegung für die Strategie der neuen BR anfällig sei: "Ich besuche Versammlungen der GlobalisierungskritikerInnen und kenne ihre Art zu reden. Nie habe ich dort eine Lobrede, ja nicht einmal eine Rechtfertigung terroristischer Strategien gehört. Heute ist unumstritten, dass das eine verrückte Strategie ist." (Avvenire, 30.10.2003) In der Tat sind die den neuen BR zugeschriebenen Morde an den Regierungsberatern Massimo D'Antona (1999) und Marco Biagi (2002) in der Linken eher mit Bestürzung und Ratlosigkeit denn mit "klammheimlicher Freude" aufgenommen worden. (zu den historischen und den neuen Roten Brigaden vgl. ak 461) In Teilen der Bewegung, etwa bei den militanten disobbedienti, wurde gar über eine Beteiligung der üblichen staatlichen Verdächtigen an den Anschlägen spekuliert.

Von der regierenden Rechten und in den Medien wurden Segios Behauptungen erwartungsgemäß aufgegriffen und zugespitzt. Die These eines "Insiders", die Bewegung sei eine "Brutstätte des Terrorismus", kommt den Machthabern als Argument gerade recht. In Wahrheit allerdings macht man sich im "Palazzo" weniger Sorgen um eine Rückkehr der "bleiernen Jahre" als um die Radikalisierung einer ganzen Generation junger AktivistInnen.

Bertinottis Abschied vom 20. Jahrhundert

Während die Interessenlage der staatstragenden Parteien in der laufenden Debatte ziemlich klar ist, gibt das Agieren des RC-Sekretärs zunächst einige Rätsel auf. In einem Repubblica-Interview vom 3.11.2003 nutzte Bertinotti die von Segio und Revelli angestoßene Debatte sogleich für eigene Zwecke: Nicht die jungen Leute der globalisierungskritischen Bewegung, sondern vielmehr die alten kommunistischen Kader müssten die "hochinteressanten" Themen "Terrorismus, Gewalt, Bewegung" diskutieren und einen Schlussstrich ziehen unter die verhängnisvolle, gewalttätige "Kultur des 20. Jahrhunderts". In der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung sieht Bertinotti eine Konzeption der Gewalt präsent, die auf die Zerstörung des Gegners ziele. Heute müsse die Linke jeden Akt der Gewalt ablehnen. Wie weit diese Verurteilung der Gewalt gehen soll, veranschaulicht Bertinotti an den großen Demonstrationen der Bewegung: "Wenn eine schwangere Frau gezwungen ist, von einer Demo zu flüchten, heißt das, dass diese Demo keine Legitimität hat." Eine merkwürdige Logik, die unterstellt, die Gefährdung ginge allein oder vorrangig vom "gewalttätigen" Agieren der Demonstrierenden aus. Dass die Polizei auch friedfertige Aufzüge angreift, müsste ihm eigentlich bekannt sein, nicht zuletzt aus Genua.

Bertinotti will aber noch mehr als eine Selbstverpflichtung der Bewegung auf strikte Gewaltfreiheit. Auch die Befreiungsbewegungen der Vergangenheit sollen einer neuen Bewertung unterzogen werden. Nachdem er

sich in dem Repubblica-Interview exemplarisch von terroristischen Aktionen der algerischen Unabhängigkeitsbewegung der 1950er Jahre distanziert hatte, nahm er sich am 13. Dezember auf einer Konferenz in Venedig die italienische Resistenza vor - seit Jahrzehnten ein höchst sensibles geschichtspolitisches Thema. Insbesondere verurteilte er die Exekutionen von Faschisten am Ende des Zweiten Weltkriegs. Dass es dabei auch zu persönlichen Racheakten kam, ist seit langem unbestritten; die historische Leistung der Resistenza, auch und gerade der bewaffneten PartisanInnen, wird dadurch nicht geschmälert. Wenn Bertinotti das von revisionistischen Historikern immer wieder lancierte Thema aufgreift und zur "Neubewertung" der Resistenza aufruft, dann muss das wie ein weiterer Beitrag zur "nationalen Versöhnung" erscheinen - Versöhnung zwischen Faschismus und Antifaschismus. Zumal er gleichzeitig hervorhebt, der Feind von heute sei nicht der Faschismus, sondern Terrorismus und Krieg und das im Italien Berlusconis und Finis, wo die Gefahr eines neuen, "modernen" Faschismus zu Recht und sehr ernsthaft diskutiert wird. (vgl. ak 465) Statt sich auf diese Diskussion einzulassen, will Bertinotti die "Verbindungen zum 20. Jahrhundert trennen" und eine "total pazifistische Logik der Politik" durchsetzen.

Allgemein bekannt wurden seine Thesen durch einen Artikel der Repubblica vom 27.12.2003, überschrieben "Vom Proletariat zu den No-global. Bertinottis Bad Godesberg". Schon einen Tag später druckte das RC-Zentralorgan Liberazione den Artikel unkommentiert nach. Nur das Reizwort "Bad Godesberg" - Chiffre für die endgültige Abkehr der SPD vom Marxismus - war aus der Überschrift getilgt. Wie hohe Wellen die Provokation innerhalb der Partei schlug, ist nur zu erahnen. KritikerInnen werfen der Liberazione-Redaktion vor, nicht genehme Diskussionsbeiträge unterdrückt zu haben.

Unabhängig davon, ob hier wirklich offen und ohne Zensur debattiert wurde und wird, ist die Tatsache höchst problematisch, dass in der Debatte ganz unterschiedliche Ebenen und Fragen vermischt werden. Denn es geht um

- die Zukunft von RC als "antagonistische" oder "reformistische" Kraft

- die Bündnispolitik von RC gegenüber dem Mitte-Links-Block Ulivo

- die - militanten oder gewaltlosen - Aktionen der "Bewegung"

- die Kritik am "bewaffneten Kampf" der historischen Roten Brigaden und ihrer Nachahmer

- die Bewertung der Resistenza und anderer Befreiungsbewegungen

- das Gewaltsystem des Stalinismus

- reformistische und revolutionäre Strategie und Taktik allgemein

- die "politische Kultur" des 20. Jahrhunderts.

Bertinotti ist vorzuwerfen, dass er all diese Fragen um des größten realpolitischen Nutzens Willen zusammengerührt hat. Seine Ausführungen zur "Gewaltfrage" sind auch als Signal an das Mitte-Links-Bündnis zu verstehen. Dabei wären wahltaktische Absprachen mit dem Ulivo (die für den Sturz der Berlusconi-Regierung unabdingbar sind) auch ohne politische Selbstaufgabe möglich. Dass Bertinottis Vorstoß darauf hinaus läuft, "dem Namen nach kommunistisch zu bleiben, es in der Praxis aber immer weniger zu sein" (La Repubblica/Liberazione), ist zu vermuten. Der Name der Partei steht vorerst nicht zur Disposition.

Das Gebot der Gewaltlosigkeit wird unterdessen immer mehr zur Parteidoktrin. Auf der RC-Tagung "Gewaltlosigkeit leben" ("Agire la nonviolenza"), die Ende März in Venedig stattfand und von Teilen der innerparteilichen Opposition boykottiert wurde, fasste Bertinotti seine Thesen über "Kommunismus und Gewaltlosigkeit" in einer Abschlussrede zusammen, die als Basis eines zukünftigen Parteitagsbeschlusses dienen könnte. Eine Mischung von Glaubensbekenntnis - "Ich glaube, die Gewaltlosigkeit ist das einzige Instrument, dass diese Radikalität (der Bewegung) entfalten kann" - und Pathos: "Heute gibt es keine radikalere Kritik an diesem Kapitalismus und dieser restaurativen, regressiven und gewalttätigen Revolution als die Gewaltlosigkeit." (www.rifondazione.it, 29.3.2004)

Resistenza-Kritik und "nationale Versöhnung"

Wie alle anderen Parteien entscheidet schließlich auch die "Bewegungspartei" Rifondazione Comunista allein, welchen Weg sie gehen will. Da das Ergebnis der gegenwärtigen Debatte aber tief greifende Folgen für die

"Bewegung" und die übrige Linke haben könnte, ist die Anteilnahme auch außerhalb der Partei entsprechend groß. Allein die Online-Archive der kommunistischen Tageszeitungen Il Manifesto und Liberazione sowie des ehemaligen PCI-Zentralorgans L'Unità verzeichnen Dutzende von Diskussionsbeiträgen und Interviews zum Thema. Wie leidenschaftlich debattiert wird, mögen die folgenden Auszüge aus Beiträgen dreier auch außerhalb Italiens einigermaßen bekannter Linker zeigen: Pietro Ingrao (ehemals PCI, dann PDS, heute parteilos), Luca Casarini (Sprecher der militanten tute bianche/disobbedienti) und Rossana Rossanda (1969 wegen "Linksabweichung" aus dem PCI ausgeschlossen, heute Kolumnistin von Il Manifesto).

Ingrao (auf den der RC-Sekretär sich seinerseits beruft) bewertet Bertinottis Vorstoß differenziert. Zum einen lobt er vor allem, Bertinotti habe das alte kommunistische "Schema" durchbrochen: das Konzept des bewaffneten Aufstandes und der "Machtergreifung" am "Tag X". Ein etwas befremdliches Lob: Denn eine dermaßen schematische Auffassung der Revolution als bloße Wiederholung des "Modells" des russischen Oktoberaufstandes ist allenfalls noch in sektiererischen Zirkeln vorherrschend - zumal in Italien, wo ein gewisser Antonio Gramsci schon vor mehr als 70 Jahren das Konzept des "Stellungskrieges" entwickelte, das er dem 1917 in Russland ausnahmsweise möglichen "Bewegungskrieg" gegenüber stellte. Auf der anderen Seite gibt Ingrao zu, dass die Praktikabilität gewaltloser Aktionen keineswegs bewiesen ist und unter Umständen auch bewaffneter Widerstand legitim sein kann. Auch weist er darauf hin, dass die aktuellen "Präventivkriege" mit Demonstrationen allein offensichtlich nicht zu verhindern sind. (Interview in Liberazione, 7.1.2004)

Casarini, der Straßenkämpfer, weist dagegen scharf die in Bertinottis Initiative angelegte Spaltung der Bewegung zurück und tritt statt dessen für eine Pluralität der Aktionsformen ein. Er besteht auf dem Widerstandsrecht gegen Krieg und Barbarei, auch gegen die wachsende staatliche Repression, die durch Bertinottis einseitige Abrüstungsforderung an die Bewegung ganz aus dem Blickfeld gerate. Die notwendige Suche nach wirksamen Formen des Widerstandes lasse sich nicht mit dem "Formelchen" der Gewaltfreiheit beenden. (Il Manifesto, 4.2.2004)

Rossanda schließlich verteidigt nicht nur das Recht des Sowjetstaates auf Selbstverteidigung, sondern auch die Taten der italienischen PartisanInnen im Kampf gegen die deutsche Besatzung und die Mussolini-Faschisten. Vor allem aber besteht sie darauf, dass sich die Gewalt nicht durch einen reinen Willensakt aus der Welt schaffen lässt: "Die Gewalt ist nicht in der Rebellion. Sie ist der kapitalistischen Welt eingeschrieben, die Ungleichheit, Ausschluss und Rückständigkeit ständig reproduziert. (...) Die Weltmächte sind nicht nur dann gewalttätig, wenn sie Krieg führen, sondern auch in der Ordnung, die sie erzwingen, als sei sie ein Naturgesetz." Auch werde das Recht zur Rebellion durch die "Degeneration" der Revolution (wie in der Sowjetunion) nicht in Frage gestellt. (Il Manifesto, 7.3.2004)

Offensichtlich hat die Auseinandersetzung einen Punkt erreicht, wo schon so simple Wahrheiten umstritten sind. Die Debatte dauert an.

Js.

2. Der Lern-Prozess

Das Frankfurter Auschwitz-Verfahren und die Linke

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:02

Herr Präsident

man soll in diesem Prozess

auch nicht die Millionen vergessen

die für unser Land ihr Leben ließen

und man soll nicht vergessen

was nach dem Krieg geschah

und was immer noch

gegen uns vorgenommen wird

Wir alle

das möchte ich nochmals betonen

haben nichts als unsere Schuldigkeit getan

selbst wenn es uns oft schwer fiel

und wenn wir daran verzweifeln wollten

Heute

da unsere Nation sich wieder

zu einer führenden Stellung

emporgearbeitet hat

sollten wir uns mit anderen Dingen befassen

als mit Vorwürfen

die längst als verjährt

angesehen werden müssten

(Laute Zustimmung von Seiten der Angeklagten)

Mit diesem Schlusswort des "Angeklagten 1" endet "Die Ermittlung", das "Oratorium in 11 Gesängen", in dem Peter Weiss - "ohne jede Zutat aus eigener Erfindung" - den Verlauf des Frankfurter Auschwitz-Prozesses verarbeitet hat. Die Ansicht, dass man sich, statt die Massenmörder vor Gericht zu stellen, "mit anderen Dingen befassen" sollte, war in der westdeutschen Gesellschaft der 1960er Jahre weit verbreitet. Deshalb war der Auschwitz-Prozess nicht nur eine juristische Angelegenheit, sondern vor allem eine geschichtspolitische Tat gegen das gewollte Vergessen. Micha Brumlik, Direktor des Fritz-Bauer-Instituts, spricht sogar von einem "Wendepunkt in der Geschichte der Bundesrepublik". Durch diesen Prozess, schreibt Brumlik, "der - mitten im Kalten Krieg - nicht zuletzt durch eine Zusammenarbeit mit dem kommunistisch regierten Polen möglich wurde, bekam das Böse plötzlich Namen und Gesicht, Alter und Adresse. (...) Was die westdeutsche Gesellschaft verdrängte, was ihre Politik nicht vermochte und wozu die Geschichtswissenschaft damals weder willens noch fähig war, nämlich den von Deutschen begangenen industriellen Massenmord konkret aufzuklären, das übernahm die Justiz." (Frankfurter Rundschau, 27.9.2002)

Antifaschismus galt in der BRD als "zersetzend"

Sie übernahm es keineswegs freiwillig, sondern erst nach erheblichen Auseinandersetzungen, in denen massive Widerstände des Apparats zu überwinden waren. Das Verdienst gebührt allen voran dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der als Jude und überzeugter Republikaner von den Nazis ins Exil gezwungen worden war. Bauer wollte einen aufklärerischen Prozess: "Selbst auf die Gefahr hin, dass der Staatsanwaltschaft die Veranstaltung eines Schauprozesses vorgeworfen werden könnte, soll die Verhandlung ein großes Bild des Gesamtgeschehens der angewandten Politik geben." Das gelang nur teilweise. Denn Bauers Vorhaben, den Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden als ein einziges organisiertes Verbrechen abzuurteilen und die Mittäter entsprechend zur Rechenschaft zu ziehen, ließ sich nicht durchsetzen. Vielmehr mussten, wie in einem normalen Strafverfahren, den 22 Angeklagten ihre Taten einzeln nachgewiesen werden. Immerhin konnte die von dem Vorsitzenden Richter Hans Hofmeyer betriebene Trennung des "großen Prozesses" in viele Einzelverfahren verhindert werden. Ebenso gelang es Fritz Bauer, die Zulassung von Zeithistorikern als Gutachter zu erreichen. Ein Erfolg war auch, dass der Nebenklagevertreter Henry Ormond einen Ortstermin in Auschwitz durchsetzte - gegen den Widerstand der Bundesregierung und der hessischen Landesregierung, für die die Reise eines bundesdeutschen Gerichts in die Volksrepublik Polen ein unerwünschtes Politikum darstellte.

Die historische Bedeutung des Prozesses erschließt sich offensichtlich erst in der Rückschau. Fritz Bauer zeigte sich nach dessen Abschluss noch enttäuscht, weil die von ihm beabsichtigte "Umwertung der Werte" in der bundesdeutschen Gesellschaft ausgeblieben war. Fast 40 Jahre später zieht Werner Renz, Mitarbeiter des Fritz-Bauer-Instituts, ein positiveres Fazit: "Die Bedeutung des Auschwitz-Prozesses liegt nicht zuletzt in der Erkenntnis begründet, dass unbeirrbarer Aufklärungswille und emphatisches Gerechtigkeitsverlangen gegen alle Widerstände in der Justiz und alle Schuldabwehr in der Gesellschaft obsiegten. Auch wenn im Ganzen gesehen die Mehrheit der Holocaust-Täter ungeschoren davonkam, das von Deutschen begangene Menschheitsverbrechen ist auch mit Hilfe von NS-Verfahren essenzieller Teil unseres historischen Gedächtnisses geworden." (FR, 19.12.2003)

So kann man es sehen. ZeitzeugInnen weisen immer wieder darauf hin, dass die öffentliche Debatte über die deutschen Verbrechen erst mit dem Auschwitz-Prozess begann. Groß war seine Wirkung insbesondere auf die außerparlamentarische Linke. Für die Jüngeren waren die vor Gericht verhandelten Gräuel das stärkste Argument für den Bruch mit der Generation der Eltern und Großeltern ("Trau keinem über 30"). Gleichzeitig ermutigte das Verfahren die kleine, aber aktive antifaschistische Minderheit, die bis dahin gegen größte Widerstände die Nazi-Verbrechen zum Thema gemacht hatte. Da war zum einen die als "kommunistische Tarnorganisation" von Staats wegen verfolgte Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Ihre Ende der 1950er Jahre begonnene Kampagne gegen Hans Globke und Theodor Oberländer, die als ehemals führende Propagandisten der NS-"Rassen"- und "Volkstums"politik nunmehr der Adenauer-Regierung angehörten, führte schließlich zum Erfolg: Vertriebenenminister Oberländer musste 1960 zurücktreten, Staatssekretär Globke, der Verfasser des offiziellen "Kommentars zur Deutschen Rassengesetzgebung", erst 1963.

Die "Schuld des Verschweigens" (C. Geissler)

Nach dem KPD-Verbot von 1956 wurde der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) immer mehr zur Speerspitze der Opposition im CDU-Staat. Die Auseinandersetzung mit wieder in Amt und Würden gelangten Altnazis, vor allem an den Hochschulen, war jetzt Standardthema. Im Sommer 1959 beschloss der SDS, die von Reinhard Strecker organisierte "Aktion gegen nationalsozialistische Juristen, die heute in der Bundesrepublik Ämter bekleiden", zu unterstützen. Die Wanderausstellung "Ungesühnte Nazijustiz" wurde von der Öffentlichkeit mit Misstrauen aufgenommen, ebenso die Strafanzeige des SDS gegen 43 schwer belastete Richter, mit der gegen die geplante Verjährung von NS-Verbrechen protestiert werden sollte.

Der Bundesvorstand der SPD stellte sich ausdrücklich gegen die Kampagne und schloss drei Karlsruher SDS-Mitglieder, die für die Ausstellung verantwortlich waren, aus der Partei aus. Während die BRD um die Jahreswende 1959/60 eine bis dahin beispiellose antisemitische Welle erlebte, u.a. mit Hakenkreuzschmierereien an Synagogen, auf jüdischen Friedhöfen und an Mahnmalen, stand aus Sicht der SPD-Führung der Feind links. Die antifaschistischen Kampagnen des SDS waren, neben dessen Kritik am Godesberger Programm, ein wesentlicher Grund für den Bruch der SPD mit ihrer Studierendenorganisation. Diejenigen, die das öffentliche Beschweigen der braunen Jahre störten, galten als Handlanger östlicher

"Zersetzungskampagnen"; insbesondere wenn sie, wie im Fall der Ausstellung gegen die Nazirichter, Dokumente aus der DDR verwendeten.

Mit dem Auschwitz-Prozess änderte sich das keineswegs über Nacht. Aber durch die breite Berichterstattung war die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden, das unfassbarste Verbrechen des NS-Staates, zum Gegenstand öffentlicher Diskussion geworden - und damit auch die Frage: Wie konnte das geschehen? Dieser Frage war auch die Linke bis dahin weitgehend ausgewichen, ebenso dem Problem der deutschen Schuld. Als wichtigste und zugleich radikalste Ausnahme kann Christian Geisslers Roman "Anfrage" gelten, der 1960 in der BRD und ein Jahr später in der DDR erschien. Geissler bekämpft darin "die Weigerung, sich zu erinnern, und die Scham, sich zu schämen". Er verlangt "Auskunft über den Verbleib der Schuld, der Schuld des Verschweigens, der Schuld der bequemen Ratlosigkeit, der Schuld der Nachlässigkeit im Denken, der Schuld der Unaufmerksamkeit aus Angst." (zur Rezeption der "Anfrage" vgl. ak 431)

"Nicht Teufel, sondern Deutsche"

Im Juni 1965, noch vor dem Frankfurter Urteilsspruch, veröffentlichte dann Martin Walser in der ersten Nummer des Kursbuchs, das zur wichtigsten Zeitschrift der außerparlamentarischen Linken wurde, seinen Aufsatz "Unser Auschwitz". Er wandte sich darin gegen die falsche Rhetorik der Medien, aus Auschwitz ein "danteskes Inferno" und aus den Tätern "Raubtiere" zu machen. Auschwitz war "nicht die Hölle, sondern ein deutsches Konzentrationslager", schrieb Walser, "und die Folterer waren keine phantastischen Teufel, sondern Menschen wie du und ich. Deutsche, oder solche, die es werden wollten." Gleichzeitig bezweifelte er die Möglichkeit, Auschwitz zum Gegenstand des kollektiven Gedächtnisses zu machen - ein "Vorgriff" auf seine Paulskirchen-Rede von 1998, wie Richard Herzinger richtig feststellt. (Die Zeit, 11.12.2003)

Walsers Aufsatz endete mit den Sätzen: "Was sich in Auschwitz austobte, stammt schließlich auch aus alter Schule, ist von schlechten Eltern. Juden und Slawen, darauf waren wir gedrillt seit langem. Zur Zeit schulen wir um auf Kommunisten." Gestern die Juden, heute die Kommunisten - trotz des Erkenntnisgewinns durch den Auschwitz-Prozess hat sich dieses große Missverständnis in der deutschen Linken noch lange gehalten.

Js.

Die "Strafsache gegen Mulka u.a."

Der Frankfurter Auschwitz-Prozess - die "Strafsache gegen Mulka u.a." - begann am 20. Dezember 1963 und endete nach 183 Verhandlungstagen am 20. August 1965. Von den 22 Angeklagten, die keinerlei Reue zeigten, wurden sechs zu lebenslanger Haft verurteilt; elf erhielten Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und 14 Jahren. Drei wurden freigesprochen; einer starb während des Verfahrens, ein weiterer schied wegen Verhandlungsunfähigkeit aus. Vorgeworfen wurde den Angeklagten die unmittelbare Beteiligung am Tod von mindestens 28.910 Menschen. 360 Zeuginnen und Zeugen sagten vor Gericht aus, davon 220 Überlebende des Lagers. "Das befreiende Gefühl, Zeugnis ablegen zu können", schreibt Micha Brumlik, "wurde oft genug durch die demütigenden Verhöre der Anwälte beeinträchtigt." (FR, 27.9.2002)

Insgesamt wurde von 8.000 SS-Angehörigen, die zwischen 1940 und 1945 in Auschwitz "Dienst" taten, nur etwa ein Zehntel abgeurteilt, 750 davon in Polen. Nur 45 Auschwitz-Täter mussten sich vor deutschen Gerichten verantworten. Auch einige der Frankfurter Angeklagten kamen trotz schwerster Schuld mit geringen Strafen davon: "Victor Capesius, der selektiert hatte, war nur drei Jahre in Haft, er starb 1985. Emil Hantl, der mit Phenol getötet hatte, erhielt dreieinhalb Jahre und wurde nach dem Urteil auf freien Fuß gesetzt. Er wurde 82 Jahre alt. Wilhelm Boger, der Mörder Lili Toflers und vieler anderer, starb 1977 im Gefängnis. Bis zu seiner Verhaftung hatte er als unbescholtener Bürger in Stuttgart gelebt. Unter seinem richtigen Namen." (taz, 20.12.2003)

3. De-fencing in erweiterter Perspektive

Sommerliche Anti-Lager-Tour möchte neue Schnittstellen erproben

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:03

Eigentlich war die Sache schon in Köln gelaufen: Das Antirassistische Grenzcamp ist am Ende, es ist endgültig an seinen inneren Widersprüchen gescheitert. (vgl. ak 477) Vor diesem Hintergrund hat sich mittlerweile aus Teilen des bisherigen Grenzcamp-Zusammenhangs ein neues bundesweites Bündnis gebildet. An ihm sind unter anderem The Voice, mehrere Gruppen aus dem kein-mensch-ist-illegal-Netzwerk, Karawane, FrauenLesben-Zusammenhänge, Brandenburger Flüchtlingsinitiative, JungdemokratInnen sowie diverse autonome (antirassistische) Gruppen beteiligt. Auf zwei außergewöhnlich gut besuchten Vorbereitungstreffen wurde beschlossen, im Spätsommer 2004 eine ca. zwölftägige Anti-Lager-Tour auf die Beine zu stellen.

Von West nach Ost sollen zwischen dem 22. August und dem 5. September sechs bis acht jeweils unterschiedliche Lager(typen) angesteuert werden. An drei Orten soll einige Tage gecampt werden, ansonsten sind eher Stippvisiten vorgesehen. Auf jeden Fall soll es überall - in Kooperation mit lokalen Vorbereitungsbündnissen - "de-fencing"- und andere Aktionen geben. Eine ebenfalls zentrale Rolle dürften die gemeinsamen Tour-Fahrten per Bus und PKW spielen, allein schon ob der drohenden Residenzpflichtkontrollen. Als mögliche Tour-Orte stehen derzeit Neuss, Bramsche/Osnabrück, Hannover, Halberstadt, Tramm/Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Eisenhüttenstadt in der engeren Wahl.

Im Visier: das Universum Lagersystem

Auch wenn allgemein von "Lagern" die Rede ist, es besteht Einigkeit darüber, dass das (globale) Universum der Lager äußerst vielschichtig ist: Allein in Deutschland lassen sich vier Lagertypen unterscheiden: Zentrale Erstaufnahmestellen, Sammellager für Flüchtlinge, Abschiebeknäste und Ausreisezentren, also Abschiebelager. (vgl. ak 474) Hinzu kommen prototypische Zwischenformen wie das für 550 Menschen ausgelegte Lager in Bramsche/Osnabrück. Dort wird versucht, auch Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch laufen, mittels Techniken zur so genannten freiwilligen Ausreise oder in die Illegalität zu drängen, die eigentlich dem Repressionsarsenal der Ausreisezentren entstammen.

Aus kontrolltechnologischer Perspektive ist das deutsche Lagersystem innerhalb Europas das zweifelsohne effektivste. Das hat einerseits mit seiner engmaschigen Dezentralität zu tun, andererseits damit, dass Flüchtlinge in Deutschland während ihrer gesamten, oft langjährigen Asylverfahren prinzipiell in Lagern anstatt in eigenen Wohnungen untergebracht sind. Umgekehrt wird in jüngerer Zeit auch andernorts ein forcierter Ausbau des Lagerregimes betrieben, unter anderem in England, den Niederlanden und Italien. Nicht weniger Aufmerksamkeit sollte dem expandierenden Lagergürtel entlang der neuen östlichen bzw. südöstlichen Außengrenzen der EU gezollt werden. (1) Bereits jetzt gibt es etwa 25 größtenteils EU-finanzierte Lager, die jeweils im äußersten Grenzgebiet der neuen EU-Beitrittsländer liegen und die zum Teil geschlossene Internierungen ganzer Gruppen vornehmen, etwa von afghanischen Flüchtlingen in Ungarn im September 2001.

Aus drei Gründen gilt es, solche Lager besonders unter die Lupe zu nehmen: Erstens ist dort rechtliche und andere Unterstützungsinfrastruktur kaum vorhanden; an ein faires Asylverfahren ist nicht zu denken, vielmehr drohen Erstaufnahme und Abschiebung nahtlos ineinander überzugehen. Zweitens laufen Flüchtlinge bzw. MigrantInnen Gefahr, beim Einkauf oder bei Anwaltsbesuchen inhaftiert zu werden. Die Lager sind in Grenzregionen angesiedelt, weshalb dort die Grenzpolizeien Sondervollmachten genießen. Ohne Einschaltung eines Gerichts können Flüchtlinge bzw. MigrantInnen innerhalb von 48 Stunden in das jeweils nächste, übernächste etc. Nachbarland "rückgeschoben" werden unter dem Vorbehalt, dass das jeweilige Nachbarland als so genannter sicherer Drittstaat gilt.

Mit anderen Worten: Die Grenzlager eignen sich bestens dafür, in das Räderwerk der durch die EU-Erweiterung massenhaft anstehenden Kettenrückschiebungen eingebunden zu werden. Damit in dieser Hinsicht alles rechtens ist, wirbt die Bundesregierung im Übrigen dafür, die neue Nachbarschaft der erweiterten EU als Ring sicherer Drittstaaten zu definieren. Das würde auch Länder wie Weißrussland einschließen, ein Land also, das selber im Ruf steht, die Menschenrechte systematisch zu verletzen und das obendrein über keinen rechtlich verbürgten Flüchtlingsschutz verfügt.

Drittens könnte den Grenzlagern eine "katalysatorische Funktion" (Helmut Dietrich) für die schrittweise Realisierung einiger innerhalb der EU und neuerdings auch des UNHCR diskutierten Pläne zukommen. Danach sollen Flüchtlinge und MigrantInnen zukünftig am Rande der EU oder besser noch kriegs- und krisenregionsnah untergebracht werden, etwaige Asylanträge sollen nur noch in solchen in der globalen "Peripherie" errichteten Lagern gestellt werden können. Dass dies mehr sind als bloße Sandkastenspiele biopolitischer MigrationsbürokratInnen, zeigen nicht nur extra-territoriale Lager wie die von der IOM im Auftrag der australischen Regierung auf der Pazifikinsel Nauru betriebenen Internierungslager für boat-people-Flüchtlinge (vgl. ak 473), sondern auch jüngst gescheiterte Verhandlungen zwischen England und Tansania: Danach hätten in England abgelehnte AsylbewerberInnen aus Somalia gegen Bezahlung in Lager nach Tansania "verbracht" werden sollen, alles weitere wäre sodann in den Verantwortungsbereich der tansaniischen Behörden gefallen. Bereits im vergangenen Jahr ist ein ähnliches Abkommen zwischen der Schweiz und dem Senegal erst in letzter Sekunde durch das sengalesische Parlament zu Fall gebracht worden.

Zwei Seiten einer Medaille

Innerhalb des Vorbereitungsbündnisses der Anti-Lager-Tour ist mittlerweile eine fruchtbare Debatte darüber entstanden, vom welchem Blickwinkel aus Lager konzeptionell angegangen werden sollten. Die einen sprechen sich dafür aus, Lager in erster Linie als Orte rassistischer Verfolgung durch den Staat zu markieren: Zum einen würden Flüchtlinge durch die Lagerunterbringung "an sich" festgesetzt und von der übrigen Bevölkerung isoliert werden; zum anderen produziere das lagerintern praktizierte Schikaneregime ständig Erfahrungen von Degradierung und Demütigung. Zweck sei es, Widerstand seitens der Flüchtlinge zu brechen bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen sowie Unterstützung von außen zu verunmöglichen. Indem Flüchtlinge gleichmäßig über die gesamte BRD verteilt würden, seien sie leichter überwach- und kontrollierbar; außerdem könne so verhindert werden, dass sie sich (wie z.B. in England) vor allem in Großstädten niederließen und dort von der Unterstützung durch (ethnische) Community-Netzwerke profitierten. Vor diesem Hintergrund erschließe sich auch die absolut prominente Rolle der Residenzpflicht innerhalb des herrschenden Lagersystems. Sie sei eines der wichtigsten Instrumente, mittels derer die Anwesenheit der Flüchtlinge in den dezentral lokalisierten Lagern durchgesetzt würde. Übergeordnete Zielsetzung des Lagerregimes bleibe indessen, die Abschiebemaschinerie möglichst reibungslos am Laufen zu halten. Die Kämpfe gegen Lager und Abschiebungen seien deshalb die beiden Seiten derselben Medaille.

Im Grundsatz wird dieser Argumentation nicht widersprochen. Gleichwohl wird ein zweiter - komplementärer - Blickwinkel aufgemacht. Danach sollten Lager nicht nur als konkrete "physische Orte" skandalisiert werden. Vielmehr sei im Lichte aktueller sozialpolitischer Angriffe ein "erweiterter Lagerbegriff" erforderlich. Es gelte, das herrschende Lagerregime als Kristallisationspunkt einer immer stärker verallgemeinerten Logik der Ausgrenzung sowie der sozialen Hierarchisierung zu begreifen. Ob Arbeitslose, Studierende ohne reiches Elternhaus oder papierlose und andere in prekarisierten Jobs Beschäftigte - immer mehr Menschen seien mit der Zumutung sozialer Apartheid konfrontiert, liefen Gefahr, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Inwieweit die durch das Lagerregime praktizierte Politik des Ausschlusses im gesamtgesellschaftlichen Trend liege, sei beispielhaft an der neoliberalen Verwaltung des städtischen Raumes ablesbar: Dieser Raum erfahre zunehmend eine Parzellierung in abgetrennte Zonen bzw. Waben. (vgl. ak 475) Die innerhalb der jeweiligen Zonen geltenden und normativ aufgeladenen Verhaltenscodes würden durch ein Netz unterschiedlicher Kontroll-, Überwachungs- und Ausschließungstechniken durchgesetzt. Hierzu gehörten nicht nur Gitter, Sicherheitsdienste und Videokameras, sondern auch subtilere Techniken. So würden Obdachlose in Einkaufszentren mitunter durch kalte Windböen vertrieben, die via Klimaanlage gezielt an einzelnen Orten erzeugt werden könnten. Ziel dieser Politik sei es, soziale Differenzen territorial zu fixieren, d.h. unliebsame Personen im Namen von Konsum, Sicherheit und Sauberkeit räumlich in Schach zu halten. Am meisten betroffen wären bestimmte, durch den öffentlichen Diskurs zu "gefährlichen Klassen" abgestempelte Randgruppen und Minderheiten wie Obdachlose, Skater, junge Männer mit migrantischem Hintergrund, Junkies, Prostituierte etc. Nicht anders als vielen Flüchtlingen drohe ihnen durch (weitere) Vertreibung "das Außen, das überall sein kann, da es den toten Winkel des demokratisch liberalen Einschlusses darstellt, den Nicht-Ort der Umkehrung des biopolitischen ‚Leben-Machens` in ein unauffälliges soziales oder reales ‚Sterben-Lassen` ..." (Oliver Razac)

Last but not least: Spiegelverkehrte Wiedergänger des Lagers sind "gated communities", d.h. gesicherte Wohnanlagen; sie dürfen getrost als die paradoxeste Erscheinungsform neoliberaler Raumpolitik betrachtet werden. Allein in den USA lassen sich acht Millionen Menschen freiwillig einschließen und von Sicherheitsfirmen bewachen - aus Angst vor Kriminalität sowie dem Wunsch, unbehelligt "unter sich" zu bleiben.

Im Zuge eines erweiterten und somit um politische Brückenschläge bemühten Lagerbegriffs sei es schließlich auch erforderlich, Lager unter politökonomischen Vorzeichen zu analysieren. So vertritt z.B. Tobias Pieper die These, dass eine von mehreren Funktionen des "dezentralen" Lagersystems darin bestünde, als flexibel anzapfbares Arbeitskräftereservoir für lokale, sowohl reguläre als auch irreguläre Arbeitsmärkte zu fungieren. So erhielten in Baden-Württemberg ca. 42 Prozent aller Flüchtlinge durch das Arbeitsamt regelmäßig temporäre Arbeitserlaubnisse. Demgegenüber arbeiteten Flüchtlinge rund um Berlin zumeist irregulär (so denn sie überhaupt arbeiteten). Nicht selten würden die privaten Betreiberfirmen der Lager als informelle Arbeitsvermittler auftreten - inklusive Provisionsgebühren; sie akzeptierten deshalb auch, dass zahlreiche Flüchtlinge faktisch nicht in ihren Unterkünften leben. Ebenfalls bedeutsam sei in diesem Zusammenhang, dass insbesondere aus den neuen Ausreisezentren etwa die Hälfte der InsassInnen in die Illegalität abtauche. Auch diese Menschen stünden dem irregulären Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Im Grundsatz werden diese Überlegungen rund um einen erweiterten Lagerbegriff innerhalb des Vorbereitungsbündnisses der Anti-Lager-Tour nicht in Frage gestellt. Gleichwohl wird starke Sorge vor überzogenen Vergleichen geäußert. So stelle es eine politisch falsche Nivellierung dar, würden am Ende erhöhte Freibadpreise direkt mit geschlossener Lagerinternierung ins Verhältnis gesetzt werden. Vielmehr gelte es stets das mitzudenken, was die grundlegende Differenz ausmache: Flüchtlingen und MigrantInnen drohe in Gestalt von Abschiebung der Verlust nicht nur aller sozialen, sondern außerdem aller staats-bürgerlichen Rechte (welche ohnehin schon stark beschnitten seien), d.h. die Reduzierung auf ihre "nackte Existenz" (Giorgio Agamben). In diesem Sinne müsse es darum gehen, Abschiebelager als die zugespitzteste Form gesellschaftlicher Entrechtung zu benennen - als Spitze des Eisbergs, ohne indes den Eisberg selbst aus den Augen zu verlieren.

Gregor Samsa

Anmerkungen:

1) vgl. Helmut Dietrich, "Flüchtlingslager an den neuen Außengrenzen - wie Europa expandiert", http://www.materialien.org/texte/migration/

AussengrLager.pdf

2) vgl. Oliver Razac, Politische Geschichte des Stacheldrahts, Zürich 2003

3) vgl. Tobias Pieper, http://www.materialien.org/

texte/migration/lagersystemoekonomie.pdf

4. A better life for all?

Zehn Jahre Demokratie in Südafrika: Gleichberechtigung, aber keine Gleichheit

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:04

Vor ziemlich genau zehn Jahren, Ende April 1994, fanden in Südafrika die ersten demokratischen Wahlen statt. Das Land war in Aufbruchstimmung, die Menschen hoffnungsvoll und erleichtert darüber, dass die zähe, mit Rückschlägen und steigender Gewalt behaftete vierjährige Übergangsphase nun vorbei war. Nelson Mandela, die wohl einzig wirkliche Pop-Polit-Ikone nach Che Guevara, wurde erwartungsgemäß der erste Präsident der Republik Südafrika. Und alle waren glücklich - auch die Weißen.

In jenen Tagen der allgemeinen Euphorie konnte man anhand der Call-in-Programme der Radiostationen gut die Gemütslage unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen studieren. Die Zustimmung zum Systemwechsel war einhellig. Wenngleich letztlich nur rund 62 Prozent der Wahlberechtigten den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) wählten, so war "Madiba Magic" (Nelson Mandela) doch der unumstrittene Hoffnungsträger, auf den alle - egal aus welcher politischen, sozialen oder ethnischen Ecke sie kamen - ihre Wünsche eines "A better life for all" (ANC-Wahlslogan 1994) projizierten. Bei einer Johannesburger Radiostation meldete sich damals u.a. eine weiße Zuhörerin, die überwältigt war ob der kilometerlangen Schlangen vor den Wahllokalen. Nie zuvor hatten Schwarze und Weiße so dicht beieinander gestanden und waren sich nahe gekommen. Hörbar bewegt meinte die Anruferin: "Ist es nicht toll, nun sind wir alle gleich!"

Dass dies eine der üblichen geschichtlichen Weichspülereien ist, kennt man ja auch aus anderen "Übergangsgesellschaften". Und auch zehn Jahre später sind in Südafrika die Menschen alles andere als gleich: Die Schwarzen gehen immer noch zu Fuß, während die Weißen schicke Autos fahren. Die Weißen wohnen immer noch in den schnieken Wohnvierteln und schicken ihre Kinder auf teure Privatschulen, während die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung weiterhin in Townships, Blechhütten und unterentwickelten ländlichen Gegenden wohnt. Ihre Kinder laufen oft zehn Kilometer zur nächsten Schule, in der es weder Fenster noch Bücher gibt. Die Weißen sitzen in den Restaurants an den Tischen, während die Schwarzen in der Küche schwitzen. Weiße SüdafrikanerInnen machen Urlaub an den Stränden von Kapstadt und Durban, während schwarze SüdafrikanerInnen die Urlaubsbetten machen, den Pool reinigen und die Autos bewachen. Und auch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Gewalt und Kriminalität verteilen sich nicht proportional gemäß der Bevölkerungsgruppen (79 Prozent AfrikanerInnen, 9,6 Prozent Weiße, 8,9 Prozent "Coloureds", 2,5 Prozent InderInnen): Sie treffen zuerst und überdurchschnittlich schwarze SüdafrikanerInnen. Dies sind die "gefühlten" ("windchill") Lebensrealitäten im neuen Südafrika.

Austausch der politischen Eliten und wirtschaftliche Kontinuität

Faktisch hatte es 1994 auf der politischen Bühne einen Austausch der Eliten gegeben: Die Apartheid-RassistInnen wurden mit "goldenem Handschlag" verabschiedet, die Spitzen der ehemaligen Befreiungsbewegung ANC übernahmen die Regierung. Nach und nach wurden in den Verwaltungen des Staates, der Provinzen und der Kommunen auf oberer und mittlerer Ebene die BürokratInnen ausgetauscht. Aber dort wo es um Eigentumstitel geht, ist bislang wenig umverteilt oder ausgeglichen worden. Zwar hat sich vor allem unter Südafrikas zweitem Präsidenten, Thabo Mbeki, seit 1999 in der Wirtschaft eine dünne schwarze Führungsschicht der so genannten Black-Economic-Empowerment-Generation etabliert, aber den Ton geben dort weiterhin die alten englisch- oder afrikaanssprachigen Eliten von vor 1994 an.

Der Anteil schwarzen Eigentums an der Gesamtwirtschaft wird auf eine einstellige Prozentzahl beziffert. In einer der größten Wachstumsbranchen, dem Tourismus, kontrollieren schwarze SüdafrikanerInnen weniger als drei Prozent des einträglichen Geschäfts. Auf die Frage, wann man denn wohl in Südafrika von einer nicht-rassistisch konnotierten Wirtschaft sprechen könnte, antwortete der Vorsitzende der Südafrikanischen Wirtschafts-Einheit (BUSA), Bheki Sibiya, "wenn 30 Prozent der Ökonomie Schwarzen gehören". Man hoffe, dass dies so in 15 Jahren Realität werden könnte. Ob dies bloß frommes Wunschdenken ist -, aber vor allem, wie viele Schwarze dann Produktionseigentümer sein werden, bleibt abzuwarten. Die Realität zehn Jahre nach der Befreiung von Apartheid und rassistisch organisierter Ausbeutung sieht hingegen anders aus: Rund 42 Prozent (eine andere Statistik, die allein "aktiv Arbeitssuchende" zählt, spricht von 28,2 Prozent) aller erwerbsfähigen SüdafrikanerInnen sind arbeitslos. Jede/r zweite SüdafrikanerIn lebt unterhalb der

Armutsgrenze. Das Land der vermeintlichen Gleichheit teilt sich mit Brasilien die Spitzenposition der Länder mit den höchsten Einkommensdisparitäten, den schärfsten Gegensätzen von Mittel- und Oberschicht versus weiter verarmenden Massen.

Und trotzdem findet man in Südafrika kaum jemanden (selbst unter den rund vier Millionen Weißen ist es eine Minderheit), der/die die Uhr zurückdrehen will. Ob schwarz oder weiß: Acht von zehn SüdafrikanerInnen glauben an den Erfolg der Demokratisierung in Südafrika. Und trotz der massiven Probleme, mit denen das Land und dessen Bevölkerungsmehrheit konfrontiert ist, schauen 70 Prozent der Bevölkerung optimistisch in die Zukunft. (1) Auch wenn die Erwartungen seinerzeit groß waren und viele Probleme im Alltag der Menschen weiterhin ungelöst sind, meinen Leute wie Sylvia Mwelase, eine Renterin aus Soweto: "Aber, wir verlieren die Hoffnung nicht. Das hier ist immer noch ein ‚Baby country`. Wir können nicht zurück, auch wenn wir uns schwer tun, eine Lösung zu finden."

Letztendlich sind zehn Jahre eben auch eine recht kurze Zeit, um die 350-jährige Geschichte von Kolonialismus, Siedler-Rassismus, Ausbeutung und Apartheid auszugleichen. (2) Berücksichtigt man Südafrikas Vergangenheit, so gibt es seit 1994 neben der allseitigen Ernüchterung und den vielen Enttäuschungen durchaus einige Erfolge oder zumindest positive Entwicklungen, die in anderen Post-Befreiungskampf- oder Transitionsgesellschaften ausblieben oder kurzfristig gescheitert sind.

Von der Apartheid zur "Rainbow-Nation"

Die Präsidentschaft von Nelson Mandela (1994-99) stand unter der Prämisse, den fragilen Demokratisierungsprozess, der im Februar 1990 mit Mandelas Entlassung aus dem Gefängnis begonnen hatte, zu zementieren. Oberstes Ziel war die Integration einer auf allen Ebenen desintegrierten Gesellschaft. Klar war, dass die einstigen Unterdrücker (anders als in Mosambik oder Angola) nicht einfach nach Hause geschickt werden konnten. Ihr Recht in Südafrika zu leben, war bereits in der Freiheitscharta von 1955 vom ANC anerkannt worden. Zudem setzte man auf das Know-how der Weißen beim Wiederaufbau des Landes. Erzbischof Desmond Tutu prägte seinerzeit die symbolträchtige Formel von der "Rainbow-Nation".

Weitere symbolische Akte folgten, die es allen SüdafrikanerInnen ermöglichen sollten, sich im neuen Südafrika einrichten zu können: In der Regierung der "Nationalen Einheit" saßen neben dem ANC und ihrem schärfsten politischen Konkurrenten und Bürgerkriegsgegner, der Inkatha-Freiheitspartei von Chief Buthelezi, auch VertreterInnen der ehemaligen Apartheid-Regierung, der Nationalen Partei sowie weitere kleinere Parteien, die ein breites politisches und gesellschaftliches Spektrum repräsentierten. Die neue Nationalhymne war eine Synthese aus dem alten Befreiungslied "Nkosi Si'kelel iAfrika" (Gott schütze Afrika) und der burischen Rassistenhymne "Die Stem" (Die Stimme). Die farbenfrohe Flagge vereinte die Farben des ANC und die der alten Burenrepublik. Ein Feiertag des kulturellen Erbes wurde eingerichtet, wo jede/r sein/ihr spezifisches Kulturerbe feiern konnte. Und Südafrika optierte für eine dezentrale Sprachenpolitik mit elf offiziellen Amtssprachen und ebenso vielen Nachrichtensendungen.

"Ein Wahlsieg für die Armen und Ausgegrenzten" ...

In gewissenm Sinne erinnert der ANC-Wahlkampf-Slogan "A better life for all" an das Kohl'sche Vereinigungs-Versprechen "Allen wird es besser gehen, keinem wird es schlechter gehen". Dabei war dem ANC wohl schon damals klar, dass sich eine qualitative Verbesserung der Lebensverhältnisse je nach Bevölkerungsgruppe und Klasse auf recht unterschiedlichen Ebenen vollziehen würde. Für die schwarze Bevölkerungsmehrheit (AfrikanerInnen, InderInnen und so genannte Coloureds) bedeutete dies primär, etwas beanspruchen zu können, was für den Rest der Welt Ende des 20. Jahrhunderts eine Selbstverständlichkeit war: unveräußerliche Bürgerrechte auszuüben bzw. diese geschützt zu wissen. Sie durften wählen und theoretisch hinziehen, wo sie wollten, konnten nicht mehr grundlos verhaftet und eingeknastet werden, nicht mehr von der Parkbank oder aus dem Bus geschubst werden, nicht mehr von selbstherrlichen Farmern an den nächsten Baum gebunden und totgeschlagen werden. Endlich durften sie ihre Kinder auf Schulen und Universitäten schicken, die nicht drittklassig waren. Erstmalig gab es eine Regierung, die sie gewählt hatten bzw. die sie und ihre Interessen repräsentierte. Phyllis Naidoo, Anti-Apartheid-Aktivistin und Kommunistin, die 1977 aus Südafrika fliehen musste, deutet die Veränderungen von 1994 folgendermaßen: "Es war ein bedeutsamer Sieg nach 342 Jahren des Kampfes gegen die militärische Macht der verschiedenen Regime in Südafrika. (...) dies war ein Wahlsieg für die Armen und Ausgegrenzten der südafrikanischen Gesellschaft." (3)

Die gewonnene politische Freiheit schien grenzenlos. Was die einen nie gewagt hatten zu träumen, war für die einstigen Herrenmenschen der Albtraum schlechthin: Vormalige "Terroristen" wurden Polizeichef oder Verteidigungsminister, kommunistische Gespenster wie "Rotsocke" Joe Slovo wurden Wohnungsbauminister, militante Gewerkschaftsführer wie Cyril Ramaphosa übernahmen die Großindustrien und schwarze Frauen, die im Apartheid-Südafrika nur als "Maid" bekannt waren, kletterten auf Parlamentssitze und Ministerstühle.

.... und Zucker für die Weißen

Andererseits hatte die "verhandelte Revolution", in der es weder klare Sieger noch Besiegte gab, ihren Preis. Für die einen war er schmerzlich, für die anderen war er letztlich das entscheidende "Zuckerle", das sie vollends in das Projekt eines demokratischen Südafrikas einschlagen ließ: Keine Strafverfolgung oder sonstige Sanktionen für die ehemaligen politischen und administrativen Eliten der Apartheid. Stattdessen ihre seichte und komfortable Verabschiedung in den Ruhestand. Keine Enteignung, Kollektivierung oder Umstrukturierung der Wirtschaft, die enorm von dem staatlichen Rassismus profitiert hatte. Stattdessen nun endlich eine entfesselte (weil nicht mehr international boykottierte), auf Wachstum und Export setzende Wirtschaft, die zwar Mindestlöhne, gewerkschaftliche Organisierung und ein paar schwarze Köpfe im Management akzeptierte, aber ansonsten weiterhin abschöpfen konnte wie zuvor - nun endlich auch ohne Erklärungsnöte!

Zudem hatte der ANC schon vor den Wahlen an die Adresse der Weißen versichert: Privateigentum wird nicht angetastet! Dies war nicht nur ein deutliches Signal an die Mittelklasse in den weißen Vororten, die bereits "Horden von Schwarzen" in ihren Vorgärten wähnte. Es war auch eine klare Botschaft an die kommerziellen Farmer, dass ihre Farmen und ihr Landbesitz gesichert seien. Tatsächlich war dann auch eines der ersten Gesetze, die von der ANC-geführten Regierung erlassen wurde, ein dreiteiliges Landgesetz, das die Rückgabe und Entschädigung von Land sowie die Rechte der LandarbeiterInnen regelte. Die Landrückgabe sollte hierbei dem Prinzip "Willing seller, willing buyer" folgen.

Wahrheit und Versöhnung

Die Integration der vormals stramm rassistisch strukturierten Gesellschaft erfolgte vor allem auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene. Das "südafrikanische Wunder" wurde nicht nur von Kairo bis Kapstadt gefeiert, sondern auch von Washington bis London, von UN bis IWF, vom Vatikan bis Teheran begrüßt. Südafrika, personifiziert in den Nobelpreisträgern Mandela und Tutu, war nicht nur seit langem Afrikas erste Erfolgsstory, die dem "vergessenen Kontinent" Auftrieb gab. Vielmehr propagierte die internationale Staatengemeinschaft "Südafrikas Weg" des friedlichen Übergangs und der Versöhnungsbereitschaft als Lösungsmodel für autoritäre Gesellschaften, Diktaturen und Bürgerkriegsgesellschaften.

Wesentlich beigetragen zu dieser Euphorie hat die 1995 ins Leben gerufene Wahrheits- und Versöhnungskommission, die von Tutu, Mandela, dem damaligen Justizminister Dullah Omar und der Zivilgesellschaft gegen Widerstände von Teilen des ANC und vor allem der Nationalen Partei durchgesetzt wurde. Die mehrjährige Aufarbeitung der Apartheid-Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen war ein zentrales Projekt aus der Zeit von Mandelas Präsidentschaft, das letztlich der weiteren gesellschaftlichen Integration dienen sollte.

Die konzeptionelle Idee hinter der Wahrheitskommission war, den Opfern und Überlebenden der Apartheid öffentliche Anerkennung für ihr Leid und den Verlust ihrer Angehörigen widerfahren zu lassen. Gleichzeitig wurde den TäterInnen Amnestie angeboten, wenn sie im vollen Umfang über ihre Taten aussagten und so zur Wahrheitsfindung beitragen würden. Drittens sollten die anerkannten Opfer individuell entschädigt werden, daneben waren weitere Formen symbolischer und gemeinschaftlicher Entschädigung vorgesehen. Wenngleich die ehemals regierenden weißen Nationalisten und ihr Anhang die Wahrheitskommission als "Hexenjagd" oder Siegerjustiz zu denunzieren versuchten, war sie doch ein weiterer Versuch, es allen im neuen Südafrika recht zu machen: Anerkennung, Aufklärung und ein bisschen Entschädigung für die Opfer und Überlebenden, Amnestie statt Bestrafung für aussagewillige TäterInnen und ein kollektives Geschichtsbild über die Apartheid-Vergangenheit, deren Charakter als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nun keiner mehr leugnen konnte.

Graeme Simpson, Direktor des Johannesburger Centre for the Study of Violence and Reconciliation (CSVR) weist jedoch in diesem Zusammenhang auf eine Schwäche der Kommission hin: "In mancherlei Hinsicht war die Wahrheitskommission doch eine bequeme Abkürzung. Man hatte ein öffentliches Bild der Vergangenheit

und musste sich nicht mit der eigenen Komplizenschaft beschäftigen." (4) Wenn auch die Wahrheits- und Versöhnungskommission von unterschiedlichsten Seiten zurecht und zu Unrecht kritisiert wurde, so war sie doch in vielerlei Hinsicht wesentlich kohärenter und konsequenter als andere Aufarbeitungsprozesse in Lateinamerika, Europa, Afrika oder Asien.

Der kurze Traum vom Sozialstaat

Die Desintegration in Südafrika setzte sich nach 1994 vor allem auf der ökonomischen und sozialen Ebene fort. War es vormals die Apartheid, die Lebenswelten trennte, so waren es nun die fortgesetzten wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten, die die sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen fortschrieben. Auch wenn es nun keine rassistische Raumordnung ("Group Areas Act") mehr gab, die die Menschen zwang, in Soweto oder anderen Townships zu leben, so konnte sich doch nur eine verschwindende Minderheit leisten, in die weißen Vorstädte zu ziehen. Die politische Apartheid war tot, die soziale Apartheid lebte fort!

Schon vor 1994 hatte der ANC, gemeinsam mit seinen Allianz-Partnern, dem Gewerkschaftsbund COSATU und der Kommunistischen Partei an einem umfangreichen "Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm" (RDP) gearbeitet, das wesentliche sozialstaatliche Aspekte enthielt und auf eine programmatische Armutsbekämpfung abzielte. Nach 1994 wurde das RDP Regierungsprogramm mit einem eigenen Ministerium, dem der ehemalige COSATU-Boss Jay Naidoo vorstand. Keine zwei Jahre später wurde jedoch das Ministerium aufgelöst und seine Aufgaben "querschnittsartig" von anderen Ministerien übernommen.

Das sozialdemokratische RDP wurde gegen das vor allem auf Wachstum setzende GEAR-Programm ("Wachstum, Arbeit und Umverteilung") eingetauscht. Neben internen Auseinandersetzungen im ANC über das richtige Wirtschaftsprogramm und der Hinterlassenschaft einer völlig überschätzten (weil tatsächlich maroden) Wirtschaft waren es auch die Zwänge der internationalen Kapitalmärkte, die die ANC-Regierung die Grenzen der Realisier- und Finanzierbarkeit dieses sozialstaatlichen Projekts erkennen ließ. In der ersten Zeit nach der Demokratisierung zahlte Südafrika die Hälfte aller Erlöse aus den Goldexporten in den internationalen Schuldendienst - Schulden, die das Apartheid-Regime in den 1980er Jahren (vor allem bei deutschen und schweizerischen Banken) gemacht hatte, um die Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Mehrheit zu finanzieren. (5) Noch vor den Wahlen im April 1994 hatte die Kohl-Vertraute Michaela Geiger bei einem Besuch für die deutsche Seite den Befreiungskämpfern des ANC unmissverständlich erklärt, sie sollten ja nicht daran denken, die Apartheid-Schulden nicht zurück zu zahlen.

Paradigmawechsel - von Mandela zu Mbeki

Mit dem bereits vor den zweiten demokratischen Wahlen von 1999 eingeleiteten Übergang vom charismatischen Visionär Mandela zum trockenen Technokraten Thabo Mbeki vollzog sich gleich auf mehreren Ebenen ein Paradigmawechsel im ANC, der Regierung und in gesamt Südafrika. Mandela wollte keine zweite Amtszeit: Zum einen war er schon über 80 Jahre alt, zum anderen wusste er - und mit ihm der ANC -, dass die immensen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen eine neue Regierungsspitze erforderten.

Damit vollzog sich auch ein Generationenwechsel: Die Riege der alten Befreiungskämpfer, die in den 1940er Jahren die ANC-Jugendliga gegründet und die jahrzehnte alte "Petitionspolitik" des ANC radikalisiert hatten, indem sie vom passiven Widerstand zum bewaffneten Kampf übergingen, trat mit dem Ende von Mandelas Präsidentschaft gänzlich ab. Jene wie Mandela, Walter Sisulu oder Govan Mbeki, die die Hälfte ihres Erwachsenenlebens im Knast gesessen hatten, und jene wie Oliver Tambo und Joe Slovo, die aus dem Exil den bewaffneten Kampf organisiert hatten, waren entweder tot oder älter als 80 Jahre. Thabo Mbeki, Sohn des alten ANC-Intellektuellen Govan Mbeki, verkörperte hingegen die Generation der Kinder. Früh politisiert, im Exil studiert und vorzeitig auf kommende Aufgaben vorbereitet.

Interessant ist auch, dass der ANC sich schon vor den ersten Wahlen von 1994 auf den Nachfolger Mandelas festgelegt hatte, als er Thabo Mbeki zum stellvertretenden Präsidenten vorschlug. Mandelas Kandidat hingegen war Cyril Ramaphosa, der die mitgliederstarke Minenarbeiter-Gewerkschaft (NUM) in den 1980er Jahren angeführt hatte und in der inländischen Anti-Apartheid-Bewegung eine zentrale Rolle spielte. Letztendlich war die Entscheidung für Mbeki und gegen Ramaphosa auch eine Perspektiventscheidung über wirtschaftspolitische Konzepte.

Black Economic Empowerment und Basisleistungen für die Armen

Mbeki verkündete alsbald auch das Ende des "Schmusekurses mit den Weißen". Nun sei es an der Zeit, die Situation der Menschen an der Basis, in den Townships und ländlichen Regionen erheblich zu verbessern. Das verschaffte ihm zu Anfang viel Respekt. Aber anders als es Ramaphosa angegangen wäre, setzte Mbeki dabei auf die Etablierung einer schwarzen Mittelklasse, die den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung begründen sollte. Mit Mbeki wurde der Elitenaustausch in den Verwaltungen und sonstigen staatlichen Institutionen verschärft vorangetrieben. Aber vor allem griff er das Mitte der 1990er Jahre entwickelte "Black Economic Empowerment" auf, ein Programm, das gezielt Schwarze in mittlere und höhere Wirtschaftspositionen bringen sollte und die Gründung schwarzer Unternehmen subventionierte.

Eines von Mbekis Lieblingsprojekten ist das kontinentale Wirtschaftsprogramm "Neue wirtschaftliche Partnerschaft für Afrikas Entwicklung" (NEPAD). NEPAD setzt auf eine wirtschaftliche "Partnerschaft" mit den Europäern und Amerikanern, fordert Marktzugang und gezielte Investitionen für die afrikanischen Ökonomien. Kritiker hingegen behaupten, NEPAD sei in Davos, Washington, London und Berlin bekannter als in Südafrika selbst.

Aber auch an der Basis, an den Lebensbedingungen der einst geknechteten und entrechteten Bevölkerungsmehrheit konnten einige Verbesserungen erzielt werden: Zwischen 1994 und 2002 wurden über eine Million neue Fertigbau-Häuser gebaut; für über acht Millionen Menschen wurde der Zugang zu sauberem, fließenden Trinkwasser eröffnet; weitere knapp vier Millionen Menschen wurden an das Stromnetz angeschlossen; im Gesundheitswesen wurden massive und umfangreiche Programme zur Bekämpfung von TB, Cholera und Malaria aufgelegt und im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung erhebliche Verbesserungen erzielt. Rund vier Millionen Kinder unter acht Jahren bekommen ein "Unterstützungsgeld" von 170 Rand pro Monat (das sind etwa 20 Euro), und ebenso viele GrundschülerInnen sind im staatlichen Ernährungsprogramm. Im diesjährigen Haushalt 2004/05, vorgelegt von Finanzminister Trevor Manuel, stellt Bildung mit 20 Prozent den größten Einzelposten, gefolgt von Sozialem mit 16 Prozent. Zieht man Gesundheit hinzu kommt man auf knapp 50 Prozent für sozialstaatliche Aufgaben - ein ungewöhnlich hoher Anteil verglichen mit anderen "Entwicklungs- und Schwellenländern".

Die von Mbeki und seinem Kabinett verfolgte neoliberale Wirtschaftspolitik, die auf Anreize für in- und ausländische Unternehmen setzt, auf Exportorientierung und Zugang zu den europäischen Märkten, auf einheimische Technologieentwicklung aber eben auch auf Eigeninitiative und Existenzgründungen in den Townships, hat nicht verhindern können, dass seit 1994 rund eine halbe Million Arbeitsplätze vernichtet wurden. Wie auch, denn diese Entwicklung folgt ja einem globalen Trend, und Südafrika hat hierauf ebenso wenig die richtigen Antworten wie Schröder oder Blair. Was die Weißen, KapitalistInnen und IWF/Weltbank freut, aber die verarmten Massen nicht unmittelbar positiv tangiert ist, dass Südafrika die Inflation mit durchschnittlich 7,3 Prozent seit 1993 vergleichbar gut im Griff hat und das Wirtschaftswachstum mit 2,9 Prozent ebenfalls wieder ansteigt. Auch die von den RassistInnen angehäufte Verschuldung aus den 1980er Jahren ist seit Mitte der 1990er Jahren durch eine viel geringere Neuverschuldung stabilisiert worden - 13 Prozent des Haushalts fließen in den Schuldendienst: 13 Prozent zu viel.

"Vision 2014" - Halbierung von Arbeitslosigkeit und Armut

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und Verbesserung der Situation der Menschen in den Townships, "illegalen" Siedlungen und vor allem ländlichen Regionen bleibt auch weiterhin die Herausforderung Nummer eins zehn Jahre nach dem Ende der Apartheid und dem Beginn der Demokratisierung. Wahlwirksam hat der ANC diesbezüglich ein Programm mit dem Namen "Vision 2014" aufgelegt. 100 Mrd. Rand (12,5 Mrd. Euro) sollen bereit gestellt werden, um die Arbeitslosigkeit in den nächsten zehn Jahren zu halbieren, noch einmal 15 Mrd. Rand (knapp 2 Mrd. Euro) fließen in ein Programm zur Breitenwirkung und Intensivierung des "Black Economic Empowerment". Die Armut soll gleichfalls halbiert werden, initiiert durch Wirtschaftswachstum, Bildungsinitiativen, Subventionen für Existenzgründungen und weitere sozialstaatliche Maßnahmen. Der Landreformprozess, bislang eine der größten Enttäuschungen, soll forciert werden: Bis 2014 sollen 30 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Landes zurückgegeben oder umverteilt werden. Dies steht im scharfen Kontrast zu den aktuellen Zahlen. Die Landlosen-Bewegung kritisiert, dass bislang lediglich 2,3 Prozent des Landes seit 1994 umverteilt wurden, während die zuständige Ministerin, Thoko Didiza, hervorhebt, dass von den insgesamt 69.000 Ansprüchen 45.000 gerichtlich entschieden wurden.

Völliges Versagen in der HIV-/Aids-Politik

Neben der Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit ist die HIV-/Aids-Epidemie die größte gesellschaftliche Herausforderung der nächsten zehn Jahre. Rund 4,5 Millionen Menschen in Südafrika sind HIV-positiv. Die erste repräsentative Studie, von derNelson-Mandela-Stiftung in Auftrag gegeben, korrigierte die bislang kursierenden Prozentzahlen von bis zu 20 Prozent auf 11,4 Prozent landesweit herunter. Allerdings variiert die HIV-Betroffenenheit je nach Alter, Geschlecht, Bevölkerungsgruppe und sozialem Status erheblich. Am schlimmsten betroffen sind afrikanische Frauen zwischen 25-29 Jahren, die in informellen stadtnahen Siedlungen leben. (6)

In der Aids-Politik haben beide ANC-Regierungen, Mandela und Mbeki, grenzenlos versagt. Mandela bezeichnet es heute als den größten Fehler seiner Amtszeit, dass er und der ANC die verheerenden Entwicklungen und Zustände diesbezüglich nicht eher und vor allem umfassender bekämpft haben. Unter Mbeki und seiner zynisch agierenden Gesundheitsministerin, Manto Tshabalala-Msimang, hat sich die HIV-/Aids-Krise weiter verschärft. Die letzten fünf Jahre haben Mbeki und seine willfährige Vollstreckerin alles getan, um eine intensive wissenschaftliche Diskussion und konkrete Verbesserung bei der Therapierung von HIV/Aids zu verhindern. Sie haben nicht nur den Zusammenhang von HI-Virus und Immunschwäche Aids geleugnet. Viel gravierender ist, dass sie die staatliche Behandlung von Aids-PatientInnen mit den derzeit einzigen und international als wirksam anerkannten anti-retroviralen Medikamenten untersagt bzw. verschleppt haben. Besonders fatal ist dies im Bereich der Mutter-zu Kind-Übertragung, wo eine Einzeldosis des Medikamentes AZT 72 Stunden vor der Geburt das Übertragungsrisiko des Virus um 50 Prozent senken könnte. Studien gehen davon aus, dass so zehntausende Babys pro Jahr vor der Infizierung mit HIV hätten gerettet werden können.

Stattdessen empfiehlt die Ministerin spezielle Ernährungsmaßnahmen für Infizierte, setzt hierbei auf die afrikanische Süßkartoffel, Knoblauch und andere einheimische Kräuter. Mbeki hat lange die Freigabe von anti-retroviralen Medikamenten mit dem Hinweis abgetan, die Afrikaner seien nicht die Versuchskaninchen der westlichen Pharmaindustrie.

Während die Regierung bei der Aufklärung um Ansteckungsrisiken und Sexualpraktiken sowie bei der Bekämpfung des Aids-Stigma durchaus entscheidende Schritte vorangekommen ist, hat sie hinsichtlich ihrer Blockadepolitik bei der Behandlung von Aids-Infizierten national und international wütende Kritik provoziert. Die Speerspitze der inländischen Aids-Bewegung, die Treatment Action Campaign (TAC), hat nicht nur internationale Pharmakonzerne (wegen deren Patentschutz-Politik), sondern auch die Regierung mehrmals vor Gericht gezerrt. Ungewohnt für südafrikanische Verhältnisse werden Mbeki, Tshabalala-Msimang und der Handelsminister Alec Erwin in Öffentlichkeit und Medien frontal angegangen, als Mörder beschimpft und auch schon mal vom Rednerpult genötigt. Mit ihrer HIV-/Aids-Politik stehen der Präsident und seine Ministerin recht isoliert dar, wenngleich es ihnen gelungen ist, innerhalb des ANC zu diesem Thema ein Denkverbot zu erteilen. Außerhalb des ANC gibt es hingegen nicht wenige, die sagen, dass die südafrikanische Regierung wegen ihrer Aids-Politik eigentlich auf die Anklagebank des Internationalen Menschengerichtshof in Den Haag gehört.

Vor wenigen Wochen nun hat die Regierung unter dem nationalen und internationalen Druck endlich damit begonnen, in ausgewählten öffentlichen Krankenhäusern einzelner Provinzen anti-retrovirale Medikamente zu verteilen. Obwohl dies letztendlich als Erfolg der Zivilgesellschaft zu werten ist, kommt die nun langsam beginnende öffentliche Abgabe für viele Infizierte zu spät, viel zu spät.

Hohe Gewaltpotenziale auch im neuen Südafrika

Die dritte große politische und gesellschaftliche Herausforderung der nächsten Dekade sind die nach wie vor extrem hohen Gewaltpotenziale im neuen Südafrika. Diese können nicht ohne ihre Ursprünge in der 350-jährigen, stets gewaltsamen Geschichte (insbesondere während der knapp 50-jährigen Apartheid) des Landes gesehen werden. Gewaltsame Aneignung, Kolonialismus und Apartheid haben in extremen Maße zur Entmenschlichung, unterdrückten und fehlgeleiteten Aggressionen sowie zu einer breiten Akzeptanz von Gewalt als Handlungsstrategie in der Gesellschaft beigetragen. Südafrika ist immer noch einer der gewalttätigsten Standorte der Welt, wenngleich es gelungen ist, z.B. die jährliche Mordrate von knapp 28.000 auf unter 20.000 zu reduzieren.

Auch hinsichtlich dieser Problematik ist die Ungleichheit im neuen Südafrika evident. Der Gewalt-, Kriminalitäts- und Sicherheitsdiskurs in Medien und Politik setzt bei den Habenden, Reichen und der Wirtschaft an. Dorthin werden auch die "repressiven" Maßnahmen und Ressourcen geleitet. Wenngleich Reiche (also letztendlich Weiße) viel über die Kriminalität lamentieren, sind sie von Alltagskriminalität und Kapitalverbrechen proportional weitaus weniger betroffen als durchschnittliche Twonship-BewohnerInnen. Während sich die Leute in den schicken Wohnvierteln und den Dienstleistungssektoren mit immer höheren Mauern, elektronischem Stacheldraht, Überwachungskameras, privaten Sicherheitsdiensten und rechtswidrigen Absperrungen ihrer Straßen oder ganzer Viertel abschotten, trifft die Gewalt vor allem die, zu denen keine Polizei kommt, wo es keine "Armed Response" oder Gitter vor den Fenstern gibt.

Dies gilt nicht nur für Mord, Raub und Auto-Entführung, sondern auch für das unvorstellbar hohe Niveau von häuslicher Gewalt, Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Frauen. Obwohl Regierung, Justiz und Zivilgesellschaft gegen diese Formen der Gewalt unermüdlich mit Aufklärungskampagnen, öffentlichen Statements und drakonischen Strafen (z.B. für Vergewaltiger) antworten, müsste der Akzent im Gewaltdiskurs noch eindeutiger auf präventiven, Opfer-zentrierten und auch progressiven Maßnahmen ("Männer-Bewegung") gesetzt werden, statt den altbekannten Mustern von mehr Polizei, überwachten öffentlichen Räumen und harten Gefängnisstrafen zu folgen.

Stärkung der sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft

Parlamentarisch ist in Südafrika in den nächsten Jahren an fortschrittlichen Impulsen oder Initiativen wenig zu erwarten. Wie auch in anderen Ländern gilt es hier, auf eine Erneuerung der sozialen Bewegungen und Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft zu setzen. Die Treatment Action Campaign hat am Beispiel von HIV/Aids vorgemacht, wie und wo man selbst eine in diesem Bereich selbstherrlich agierende Regierung unter Druck setzen und zu Kurskorrekturen zwingen kann. Auf lokaler Ebene, ausgerichtet an konkreten Problemen, haben Initiativen wie das Soweto Electricity Crisis Committee gezeigt, wie man effektive Boykotts rund um Basisleistungen wie Elektrizität organisiert und die Betroffenen mobilisiert. Auch die Landlosen-Bewegung hat Potenzial, die ungelöste Landfrage künftig so zu adressieren, dass sie dabei zu einem gewichtigen sozialpolitischen Akteur werden. Bürgerinitiativen in Schwerindustrie-Regionen wie Durban haben Papier- und Ölkonzerne erfolgreich dabei bekämpft, dass sie nicht so ohne weiteres ihre Produktion steigern können - auf Kosten und zum gesundheitlichen Schaden der unmittelbaren Township-Bevölkerung. Und unter der Führung der landesweit aktiven Selbsthilfeinitiative Khulumani treten Opfer und Überlebende des Apartheid-Regimes für individuelle und gemeinschaftliche Entschädigungsleistungen sowie für Gedenk- und Erinnerungsstätten ein.

Hin und wieder wird pessimistisch prophezeit, dass Südafrika sich "innenpolitisch" auf dem Weg zu einem nächsten "Zimbabwe" befindet. Der Vergleich ist dümmlicher als er nicht sein könnte: Südafrika hat, anders als Zimbabwe in den 1980er und 1990er Jahren, eine sehr ausdifferenzierte Zivilgesellschaft, die alles andere als ANC- oder regierungshörig ist. Südafrikas breite Medienlandschaft, es gibt Dutzende unabhängige Tageszeitungen, ein breites Netz von öffentlich-rechtlichen Radiostationen, investigative Wochenzeitungen und TV-Polit-Magazine, hat in den letzten zehn Jahren z.B. beim Thema HIV/Aids, bei Korruptionsskandalen oder bei Defiziten im Sozialwesen immer wieder kritisch berichtet. Hinzu kommen die in Südafrika traditionell starken religiösen Institutionen, die ihre gesellschaftspolitische Rolle aus der Zeit des Anti-Apartheid-Widerstandes noch nicht gänzlich vergessen haben. Sie melden sich vor allem bei menschenrechtlichen, sozialen und auch ökonomischen Themen zu Wort - oftmals gar radikaler als der ANC-nahe Gewerkschaftsbund COSATU. Des weiteren existiert in Südafrika seit Anfang der 1990er Jahre eine breite, in Teilen immer noch politisierte NGO-Szene, die nicht nur inländische Kampagnen- und Lobbyarbeit machen, sondern von denen sich einige zu Themen wie z.B. Verschuldung, Waffenhandel, Weltbank oder Umweltschutz international vernetzt haben und global diskutieren. Und schließlich gibt es in Südafrika auch noch den ein oder anderen unabhängigen Intellektuellen und "moralische" Instanzen wie Tutu und Mandela, die sich in den letzten fünf Jahren nicht selten mit der Regierung oder auch unmittelbar mit Thabo Mbeki angelegt haben.

Keine Chancengleichheit am Kap der guten Hoffnung

Südafrika hat in den vergangenen zehn Jahren ein ganzes Stück an Normalität gewonnen und sich nach vorne entwickelt. Wer sich heute noch offen rassistisch gebärdet, kriegt ganz deftig aufs Maul - und das ist gut so.

Zudem hat sich eine vitale Menschenrechtskultur etabliert, und die staatliche Menschenrechtskommission arbeitet zu den unterschiedlichsten Vorwürfen von Rassismus und Menschenrechtsverletzungen, auch staatlicherseits. Jedoch, von einer Gleichheit und Chancengleichheit am Kap der guten Hoffnung zu reden, ist auch nach zehn Jahre Demokratie viel zu früh. Die bittere Ironie ist, dass die Apartheid politisch zwar zehn Jahre tot ist, aber die Fortschreibung der von ihr bedingten Ungleichheiten sicherlich noch die nächsten 50 Jahre "lebendig" sein wird. Es bleibt abzuwarten, wie die Menschen, die von dieser Ungleichheit primär betroffen sind, in der nächsten Dekade mit der Spannung von konkreten Erwartungen und existenziellen Bedürfnissen einerseits und diesbezüglichen Konzepten des ANC andererseits umgehen werden.

Andreas Rosen, Johannesburg

Andreas Rosen hat für den Weltfriedensdienst e.V. (WFD) die letzten zwei Jahre bei der Organisation SINANI/Programme for Survivors of Violence (PSV) in Durban/KwaZulu-Natal gearbeitet. Er wohnt/arbeitet gegenwärtig in Johannesburg.

Anmerkungen:

1) Repräsentative Umfrage der Henry J. Kaiser Family Foundation und der Harvard Universität unter knapp 3.000 erwachsenen SüdafrikanerInnen zwischen September und November 2003.

2) 1652 steuerte der Holländer Jan van Riebeeck das Kap an und begründete damit die Unterwerfungsgeschichte des südlichen Afrikas durch englische KolonialistInnen und burischsprachige SiedlerInnen.

3) Interview mit Phyllis Naidoo, Querbrief 1/2004: "Südafrika - Ein Land auf dem Weg zur Versöhnung", Weltfriedensdienst e.V

4) Interview mit Graeme Simpson, Querbrief 1/2004

5) Im letzten Jahr der Apartheid 1993 betrugen die Auslandsschulden des Regimes rund 25 Mrd. US-Dollar, die die demokratische Regierung "erbte" und zurückzahlen muss. Zu diesen so genannten völkerrechtswidrigen Schulden gibt es eine internationale Kampagne. Mehr unter www.woek.de.

6) Lange Zeit gab es für Südafrika keine verlässlichen, repräsentativen Statistiken zu HIV/Aids, weil man primär anhand von schwangeren Frauen, die sich testen ließen, die Infizierungsquote hochgerechnet hat. Die erste umfassende bevölkerungs- und altersgruppen- sowie geschlechtsspezifische Studie wurde Ende 2002 von der Nelson-Mandela-Foundation und dem Human Science Research Council (HSRC) vorgelegt.

5. Die dem Tod entgegen ging

Erinnerungen an Lissy Schmidt

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:05

Bei einer unserer viel zu seltenen Zusammentreffen stellte ich Lissy Schmidt eine Frage, die sie zum Lachen brachte: "Sag mal, kannst du etwas zum Einsatz deutscher Waffen sagen?" Dass es in Deutschland vor rund 15 Jahren eine rege öffentliche Debatte darüber gab, ob deutsche Waffen vertragswidrig in den kurdischen Provinzen der Türkei im Einsatz sind - und dass die Bundesregierung behauptete, hierüber keine Erkenntnisse zu verfügen - entlockte ihr seinerzeit nur ein lautes Lachen. Die in Deutschland zeitweise für politischen Zündstoff sorgende Debatte war für alle, die sich mit der Materie auskannten, zu grotesk, zu absurd, um ernst zu bleiben.

Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre konnte Lissy Schmidt nicht nur etwas, sondern sehr viel zum Einsatz deutscher Waffen im kurdischen Kriegsgebiet sagen. Schließlich war sie die einzige Journalistin, die sich dauerhaft in den verschiedenen Teilen Kurdistans aufhielt, auch und gerade in Gegenden, die vom Militär abgeriegelt und zu "verbotenem Gebiet" erklärt worden waren.

Ihre Recherchen führte sie zunächst vor allem in die kurdischen Provinzen der Türkei, dann folgten immer wieder Reisen in den Iran, nach Syrien und in den Irak. Nachdem sie von türkischen Behörden als "unerwünschte Person" ausgewiesen wurde, hielt sie sich vor allem im kurdischen Autonomiegebiet in Nord-Irak auf. Sie pendelte zuletzt zwischen Erbil und Frankfurt am Main, arbeitete für die französische Nachrichtenagentur Agence France Press, ihre Reportagen und Artikel erschienen u.a. in der Frankfurter Rundschau.

Lissy Schmidt war eine der ersten, die über die Giftgas-Angriffe auf Halabja und andere kurdische Orte berichtete. Sie beschränkte sich dabei nicht auf Betrachtungen aus der Ferne, sondern recherchierte auch hier vor Ort und ließ Betroffene zu Wort kommen. Ein Überlebender aus dem kurdischen Halabja - im irakisch-iranischen Grenzgebiet gelegen - zitierte sie mit den Worten: "Ich bin schon 30 Jahre Peschmerge. Wissen Sie, was das heißt? Peschmerge heißt ‚Die dem Tod entgegen gehen'. Ich fürchte mich nicht. Aber gegen chemische Waffen kann ich meine Frau und Kinder nicht mehr schützen. Wir können nichts mehr tun. Da muss die Weltöffentlichkeit eingreifen."

Doch die Weltöffentlichkeit nahm viele Jahre keine Notiz von den Ereignissen im Jahr 1988, als im Zuge der so genannten Anfal-Offensive die irakische Luftwaffe immer wieder kurdische Dörfer und Städte bombardierte. Tausende KurdInnen wurden dabei Opfer von Giftgasangriffen. Gerade in den Jahren bis zum Beginn des Golfkriegs 1991 gingen zahlreiche, heikle Rüstungsgeschäfte internationaler Unternehmen mit dem Regime Saddam Husseins über die Bühne. Der Tod mehrerer tausend KurdInnen war auch für deutsche Genehmigungsbehörden kein Grund, das Treiben der in die irakische C-Waffenproduktion involvierten Firmen zu stoppen.

Nach mittlerweile teils bekannt gewordenen Aussagen des 1995 nach Jordanien geflohenen und nach seiner Rückkehr in den Irak ermoderten irakischen Ministers für Militärrüstung, Hussain Kamil al-Majid, stammten etwa 70 Prozent der Giftgasanlagen von deutschen Unternehmen. Belegt ist sogar, dass Angestellte der hier in Erscheinung tretenden Firmen für den Bundesnachrichtendienst (BND) tätig waren. Was das Verhalten der damaligen CDU/CSU/FDP-Bundesregierung in ein ganz besonderes Licht rückt.

Ebenfalls nicht in die Weltöffentlichkeit gelangten lange Zeit genaue Informationen dazu, was sich in anderen Teilen Kurdistans ereignete. Vor allem wenn es sich um Vorgänge auf dem Boden des NATO-Partnerlandes Türkei handelte, schien die Losung der Regierungen in den westlichen Ländern zu lauten: Augen zu bzw. sich ahnungslos stellen.

Mitte März 1992 gab Lissy Schmidt einen in der Türkei verfassten Artikel die Überschrift "Chronik eines angekündigten Krieges" - und berichtete von Ereignissen, die ein Schlaglicht auf zentrale Aspekte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik warfen: "Wo kommen die denn her? Die Bewohner der kurdischen Großstadt Diyarbakir sind den Anblick riesiger Polizeiaufgebote gewohnt. Nicht gewohnt sind sie den Anblick von Kalaschnikow-Maschinengewehre sowjetischer Bauart in den Händen von Polizisten und Paramilitärs. Im

Frühjahr sind die ersten der bundesdeutschen Geschenke in der Türkei eingetroffen. Gerade zum richtigen Zeitpunkt, werden viele Militärs dort gedacht haben. Zeitgleich mit dem Eintreffen der abgelegten NVA-Waffen begannen die Vorbereitungen für eine von Regierung und Generalstab seit Monaten angekündigte Großoffensive des türkischen Heeres gegen die kurdische Guerilla und die Bevölkerung. ‚Wir werden keinen von ihnen übrig lassen. Die sollen mal sehen, dass wir das, was Saddam Hussein gemacht hat, auch können. Solche markigen Sprüche, die sich zwar für den Ministerpräsident eines EG-Anwärterstaates gar nicht schicken, aber dennoch von Süleyman Demirel stammen (damaliger Staatspräsident der Türkei, ak), waren in der türkischen Presse in den vergangenen drei Monaten immer wieder zu lesen".

Das war der Anfang einer staatlicherseits herbeigeführten Eskalation, die Lissy Schmidt kurze Zeit später ganz bewusst "argentinische Verhältnisse" nannte: Auf diesen Begriff brachte sie Vorgänge wie eine rasch ansteigende Zahl von Dorfzerstörungen, Vertreibungen, Folter und Verschleppungen von Oppositionellen durch "unbekannte Täter" - unter Einsatz deutscher Waffen, die genau in jener Zeit in sehr großer Zahl aus Beständen der aufgelösten Nationalen Volksarmee der DDR an die Türkei geliefert wurden. Belegt durch Fotos, Filmaufnahmen und unzähligen Zeugenaussagen; nicht zuletzt zusammengetragen und festgehalten von Lissy Schmidt.

Ein Fakt, den deutsche Außenminister und deren Sprecher in den zurückliegenden Jahren, in jüngster Zeit auch unter Zuständigkeit von Joseph Fischer, mit einer wenig fantasievollen Lüge zu verschleiern versuchen: Der Satz "der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass deutsche Waffen im Einsatz sind" gehört zum festen Standardrepertoire diverser Sprecher des Auswärtigen Amtes. Der Grund, warum es sich in den zurückliegenden Jahren kein Außenminister nehmen ließ, in der Öffentlichkeit dies wenig ansehnliches Schmierentheater aufzuführen: Der Einsatz deutscher Waffen bei Dorfzerstörungen durch das türkische Militär oder bei den in den letzten Jahren immer wieder stattgefundenen, völkerrechtswidrigen Vorstößen weit auf nord-irakisches Territorium, ist nichts anderes als ein Verstoß gegen deutsch-türkische Vereinbarungen, dem ein Lieferstopp folgen müsste.

Dazu war seinerzeit die Kohl-Kinkel-Regierung nicht bereit, und die Schröder-Fischer-Regierung ist es heute immer noch nicht. Die Türkei ist ein geostrategisch wichtiger Partner, und die Vertreibung und Ermordung von KurdInnen ist auch unter Einsatz der aus Deutschland gelieferten Waffen aus offizieller Sicht der Dinge ganz offensichtlich kein Anlass, die zwischenstaatlichen Beziehungen darunter "leiden" zu lassen - und ein Waffenembargo zu verhängen.

In diesem Sinn war die journalistische Tätigkeit Lissy Schmidts, ihre Berichte über Verschleppungen Oppositioneller, über Dorfzerstörungen und Übergriffe auf die Zivilbevölkerung sowohl für türkische als auch für deutsche Stellen höchst unangenehm. In der Türkei wurde sie zwei Jahre vor ihrem gewaltsamen Tod nach einer Festnahme in der Polizeistation geschlagen und stundenlang verhört. Was sie aber danach nicht davon abhielt, bis zu ihrer Ausweisung aus der Türkei den Opfern von staatlichen Übergriffen eine Stimme zu geben und auf verschlungenen Pfaden in Gebiete zu reisen, die das Militär von der Außenwelt abzuriegeln versuchte.

Der gewaltsame Tod

Vor zehn Jahren, am 3. April 1994, starben Lissy Schmidt - damals 35 Jahre alt - und ihr kurdischer Begleiter Aziz Kader Faraj im Kugelhagel von drei Attentätern. Ihr Auto war 30 km östlich der Stadt Süleimaniye von dem Auto der drei Täter zunächst gerammt und dann beschossen worden.

Eine Woche nach dem tödlichen Anschlag auf Lissy Schmidt, die nicht nur ein halbes Dutzend Sprachen, sondern auch mehrere kurdische Dialekte beherrschte, wurden zwei der drei Täter von Sicherheitskräften der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) festgenommen. Beide Männer gaben an, im Auftrag des irakischen Regimes die Morde ausgeübt zu haben. Dem Regime war demnach die Anwesenheit internationaler MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen, aber auch unabhängiger JournalistInnen ein Dorn im Auge. Klar ist, dass sich Lissy Schmidt mit ihrer Arbeit viele Feinde gemacht hatte, und ihre Bemühungen, den Opfern von Vertreibung und Zerstörung eine Stimme zu geben, vielerorts unerwünscht war.

In einer Traueranzeige "Gedanken zur Ermordung von Lissy Schmidt" hieß es seinerzeit: "Wir haben eine Freundin verloren. (...) Noch im Februar dieses Jahres hat sie uns von ihrer Gefährdung erzählt. Sie hat sehr offen über den Tod gesprochen, der ihr ständig drohe. Sie hat angekündigt, dass ihr Tod in jedem Fall systematisch geplant sein würde. Falls es dazu käme, wäre es schwierig aufzuklären, wer die Täter seien. In

einem Kriegsgebiet gibt es viele, für die kritische Journalisten so gefährlich sind wie bewaffnete Kämpfer. Trotz dieser Bedrohung, sehenden Auges, ist sie in Kurdistan geblieben, eine streitbare, temperamentvolle Frau, zornig auf die Unterdrücker des kurdischen Volkes und ihre Helfer in der Bundesregierung. Sie ist an der Seite der Opfer geblieben, auch an der Seite derer, die sich bewaffnet und gewehrt haben. Sie hat von diesem Kampf berichtet, von den Menschen, die ihn führen, ihren Zielen und Träumen. Lissy Schmidt hat die Spuren deutscher Rüstungsexporte in die Türkei verfolgt und über den Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan berichtet. Ihre Schilderungen waren Grundlage und Ansporn für unsere Arbeit, die Anteile der Gewalt zu bekämpfen, die ihren Ursprung in der Bundesrepublik haben. Sie hat mit den Menschen in Kurdistan gelebt, hautnah, sie ist zu einem Teil ihres Befreiungskampfes geworden. Ihre Wurzeln in der Bundesrepublik haben ihr ermöglicht, weiterzugeben, was sie erfuhr. Wir versprechen, diese Arbeit fortzuführen. Lissy wird unter uns weiterleben ..."

Die Lücke, die damals durch den Mord gerissen wurde, konnte danach allerdings von niemandem geschlossen werden. Ihr Mut, ihre Beharrlichkeit und ihre Erfahrungen wären gerade in den letzten Jahren - erst Recht in Zeiten "eingebetteter Journalisten", deren Fotos und Berichte nur stark gefiltert an die Öffentlichkeit gelangen - von unschätzbarem Wert gewesen.

"Ihre Reportagen (...) dienten nie als Sprachrohr der Staatsmacht, sondern handelten vom Alltag der kleinen Leute, ihren Sorgen und ihrer Existenznot", so die Frankfurter Rundschau in einem Nachruf. "Sie werden ein Beispiel für einen menschlichen Journalismus bleiben, unbequem für volksferne Mächtige und selbstgerechte Funktionäre, solidarisch mit Verfolgten und Gejagten."

Thomas Klein

Stationen einer "unerwünschten Frau"

Lissy Schmidt studierte in Mainz und Frankfurt a. Main Journalismus und Politik. In den 1980er Jahren war sie aktiv in der Friedensbewegung und gegen die Flughafenerweiterung in Frankfurt (Startbahn West). Hier beteiligte sie sich an der Arbeitsgruppe zur militärischen Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens.

Die Beschäftigung mit dem Thema Rüstungsexport und mit der deutschen Asyl- und Abschiebepraxis führten zu ersten Türkei-Aufenthalten. Dort schrieb sie für türkische Tages- und Wochenzeitungen. Nach der Verlagerung ihrer Tätigkeit von der West-Türkei in die kurdischen Provinzen, arbeitete sie zeitweise mit dem Menschenrechtsverein in Diyarbakir zusammen. Wegen ihrer Berichterstattung über die gewaltsamen Übergriffe türkischer Sicherheitskräfte auf die Trauernden der Beerdigungsfeier für den 1991 ermordeten kurdischen Politiker Vedat Aydin, wurde sie verhaftet. Nach Intervention der Deutschen Botschaft kam sie wieder frei.

Während einer erneuten Türkei-Reise als Begleiterin einer Delegation von RechtsanwältInnen und ParlamentarierInnen wurde sie 1992 erneut verhaftet und als "unerwünschte Person" des Landes verwiesen. Bis zu ihrem gewaltsamen Tod lebte und arbeitete sie die meiste Zeit im kurdischen Autonomie-Gebiet im Nord-Irak, wohnte in der Stadt Erbil.

6. Selbstgebastelte Pässe

Hamburg schiebt mit dubiosen Passersatzpapieren ab

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:06

Die Hamburger Ausländerbehörde ist dafür bekannt, dass sie nicht gerade zimperlich mit ihrem Klientel umgeht. Ihre Methoden haben sich in den letzten Monaten noch verschärft. Mit Praktiken, die zum Teil gegen Gesetze verstoßen, die in jedem Falle aber menschenrechtswidrig sind, versuchen Hamburger Behörden, afrikanische Flüchtlinge, die keinen Pass oder Passersatzpapiere haben, abzuschieben.

Im vergangenen Jahr haben Hamburger Behörden 3.184 Menschen abgeschoben. "Diese hohe Zahl konnte nur erreicht werden, indem die Ausländerbehörde Methoden anwandte, die nicht nur gegen fundamentale Menschenrechte, sondern oft auch gegen geltende Gesetze verstoßen", sagt Conni Gunßer vom Flüchtlingsrat Hamburg. Seit Monaten mehren sich zudem die Hinweise, dass Hamburger Behörden äußerst fragwürdige und rechtswidrige Methoden anwenden, um afrikanische Flüchtlinge ohne Pässe abschieben zu können. Bereits seit Jahren werden Flüchtlinge zu Botschaftsanhörungen vorgeladen, die in den Räumen der Ausländerbehörde stattfinden. "Aber auch das führt - trotz Bestechungsgeldern und Druck auf die Botschaften - offensichtlich nicht immer zur Ausstellung von Reisepapieren", berichtet der Hamburger Flüchtlingsrat.

Im Sommer 2003 wurde in der Hamburger Ausländerbehörde die Sonderabteilung "Rückführung Afrika" eingerichtet, in der Flüchtlinge ohne Ausweispapiere zeitweise täglich vorgeladen werden. Die BehördenmitarbeiterInnen verhören und durchsuchen die Flüchtlinge und nehmen ihnen Adressbücher, Notizzettel, Mobiltelefone und Schlüssel ab. Darüber hinaus werden auch die Flüchtlings-Unterkünfte durchsucht. Aus den Adressen, Fotoalben und Telefonnummern konstruiert dann die Behörde eine Staatsangehörigkeit, die der Flüchtling angeblich besitzen soll.

Wer keine Papiere hat, kriegt welche gemacht

Wenn alle Versuche gescheitert sind, den Flüchtlingen einen Pass oder Passersatzpapiere zu besorgen, etwa bei den Botschaftsanhörungen, stellt die Behörde für Inneres neuerdings ein so genanntes EU-Standardreisepapier aus. Es ist gültig für die einmalige Einreise in ein bestimmtes Land. Das ist so als würden beispielweise die Behörden der Zentralafrikanischen Republik AusländerInnen, die dort leben, Einreisedokumente für Deutschland ausstellen. Die Ausländerbehörde verwendet das Dokument ihrem Sprecher Norbert Smekal zufolge nach einem Vorschlag der Europäischen Union seit 1994. Das Papier werde "in Einzelfällen" eingesetzt für "Rückführungen, wenn es nicht möglich ist, reguläre Papiere des Herkunftslandes zu erhalten", so Smekal. Ob diese Papiere von dem jeweiligen Land akzeptiert werden, darüber informiere sich die Behörde durch Lageberichte des Auswärtigen Amtes oder durch Anfragen bei deutschen Botschaften vor Ort. Offiziell gibt es aber keine Liste afrikanischer Staaten, die dieses Reisedokument akzeptieren. Laut Ralph Bornhöft, Leiter des Hamburger Einwohnerzentralamtes, werde das Papier verwendet, wenn das Zielland das Dokument akzeptiere und zweifelsfrei nachgewiesen sei, dass der Betreffende auch Staatsbürger des Landes sei.

Mitte März sollten allerdings drei Flüchtlinge mit dem EU-Standardreisepapier mit einem Lufthansaflug nach Burkina Faso abgeschoben werden - und dies ohne ein entsprechendes Abkommen oder eine Einwilligung der burkinischen Botschaft. Diese hatte erklärt, dass ein Reisepapier (Laissez-passer), das von einer anderen Institution als der Botschaft Burkina Faso ausgestellt wurde, keine rechtliche Wirkung habe und von den zuständigen Behörden nicht anerkannt werde. "Folglich könnte ein Laissez-passer, hergestellt gemäß den europäischen Normen, nicht dazu dienen, einen im Ausland lebenden Staatsangehörigen Burkina Fasos auszuweisen", so die Botschaft.

Die Abschiebung war von Protesten am Flughafen begleitet und scheiterte nach Informationen des Rechtsanwalts Mark Nerlinger am passiven Widerstand zweier Flüchtlinge. Sie hätten geweint, gesagt, sie wollten nicht fliegen und seien nicht aus dem BGS-Bus ausgestiegen. Daraufhin wurde - wohl nach Entscheidung des Piloten - die Abschiebung gestoppt.

Die Lufthansa beteilige sich an dem Rechtsbruch, wenn sie die Flüchtlinge an Bord nehme, so der Hamburger Flüchtlingsrat. Laut Lufthansa würden keine "Abschüblinge" ohne gültige Papiere an Bord genommen, das

EU-Standardreisedokument sei ihr nicht bekannt. Einschlägige Erfahrungen, beispielsweise mit China, das Passersatzpapiere nicht anerkenne und den Fluggäste die Einreise verweigere, habe das Flugunternehmen sensibel gemacht, so ein Lufthansa-Sprecher. Schließlich müsse die Fluglinie in diesen Fällen für die Kosten des Rückfluges aufkommen.

Hamburg: Abschieben um jeden Preis

Der Hamburger Rechtsanwalt Mark Nerlinger vertritt zehn Flüchtlinge, die ohne gültige Papiere abgeschoben werden sollen. Es sei ein "eindeutig rechtswidriges Verhalten der Hamburger Ausländerbehörde", da sie damit gegen die Hoheit des burkinischen Staates verstoße, so der Jurist. Dass es nicht rechtens ist, Menschen ohne gültige Ausweis-Papiere abzuschieben, bestätigte das Hamburger Verwaltungsgericht in einem anderen Fall. Es verbot die Abschiebung eines abgelehnten Asylbewerbers mit einem EU-Standardreisedokument nach Benin, weil das Land die Aufnahme verweigerte. Andererseits hatte das Hamburger Amtsgericht in mehreren Fällen entschieden, dass mit dem deutschen Reisedokument abgeschoben werden könne, da die Ausländerbehörde in der Vergangenheit bereits Abschiebungen mit diesem Papier erfolgreich durchgeführt habe.

Unklar ist, wie verbreitet die EU-Standarddokumente sind. Die Behörden behaupten, sie führten darüber keine Statistik. Auch Organisationen wie Pro Asyl und Amnesty International haben darüber wenig Erkenntnisse. Deshalb sucht der Flüchtlingsrat Hamburg nach weiteren Informationen. Nerlinger geht davon aus, dass diese Papiere seit einigen Monaten "in großem Stil" eingesetzt werden. Er als einzelner Anwalt habe im vergangenen halben Jahr allein 20 EU-Standarddokumente für verschiedene afrikanische Länder gesehen. Da er schätzt, dass sich etwa 80 Prozent der betroffenen Flüchtlinge nicht anwaltlich vertreten lassen, geht er von einer hohen Dunkelziffer aus.

"Die bedrohliche Dimension wird immer noch verkannt", so Conni Gunßer vom Flüchtlingsrat Hamburg. Komme diese Methode europaweit in Mode, demonstriere das nicht nur die ungleichen Machtverhältnisse zwischen europäischen und afrikanischen Staaten. Es würde auch bedeuten, dass Menschen in großer Zahl abgeschoben werden könnten.

Anke Schwarzer

Flüchtlingsrat Hamburg, Tel. 040-431587, info@flüchtlingsrat-hamburg.de, www.flüchtlingsrat-hamburg.de

7. "Zapfer Kurt" und seine Opfer

Vom Polizeispitzel zu Trotteln gemacht

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:07

"Spitzel. Ein kleine Sozialgeschichte", so heißt ein Buch, das im Mai im Verlag Assoziation A erscheinen wird. Neben zahlreichen Fallbeispielen aus dem Bereich der politischen Bespitzelung, widmet sich das Buch auch den anderen Formen "nachrichtendienstlicher" Steuerung. Wir veröffentlichen einen typischen Fall in leicht gekürzter Form aus dem kriminellen Milieu.

Am 1. August 1983 erfreute die BZ, "größte Zeitung Berlins", ihre LeserInnen mit einem spannend klingenden Aufmacher. Berichtet wurde von einem gescheiterten Raubüberfall auf die Hauptkasse der Adam-Opel-AG-Niederlassung in Tempelhof. Durch einen "heißen Tipp" waren "die Beamten des Raubdezernats ganz offensichtlich gut auf einen bevorstehenden Überfall vorbereitet". Und so wimmelte es "auf dem Firmenhof ... schon seit Stunden von Kriminalbeamten." Die Kripo-Falle "schnappte um 16.45 Uhr" zu: "Drei Männer waren aus einen lilafarbenen VW K 70 am Alboinplatz gestiegen. Als ‚Murkel` über den Opel-Hof lässig in Richtung Kassentür schlenderte, stürzten drei ‚Gebrauchtwagen-Kunden` auf ihn, warfen ihn zu Boden ... Drei Minuten später gingen den Kripoleuten auch seine beiden anderen Komplizen ins Netz: der 47-jährige Gerhard V. aus Charlottenburg und der 32-jährige Jürgen F. aus Schöneberg. Die drei Männer gaben zu: Wir wollten die Kasse mit rund 300.000 DM plündern. Außer dem Trio und dem Opel-Kassierer (Helmut T.) verhaftete die Kripo noch einen fünften Mann, den 38-jährigen Fliesenleger Ralf R. aus Rudow. Er hatte für den Kassierer die Kontakte zu ‚Murkel` und seinen Freunden hergestellt." Einen Tag später wusste die Berliner Morgenpost den in der BZ genannten "heißen Tipp" als "goldrichtigen Tipp aus der Unterwelt" zu präzisieren, der den "sorgfältig ausgetüftelten Überfall" auf das Autohaus habe "platzen" lassen.

Bei mehreren Verfahren tätig geworden

Selbst in der Springer-Presse sind nicht alle Berichte von vornherein frei erfunden. In dem Ermittlungs- und Gerichtsverfahren sollte allerdings dem "heißen" oder "goldrichtigen Tipp" eine überraschende Bedeutung zukommen. Denn er kam von jemandem, der in den Presseberichten gar nicht auftauchte: Zapfer Kurt, bereits seit Jahren als Spitzel für die Polizei tätig. Im Gerichtsurteil hieß es, dass er "in einer Reihe von Verfahren auf mehreren großen Gebieten der Kriminalität in Berlin und München ... tätig geworden" sei und mit der Polizei außerordentlich "erfolgreich" zusammengearbeitet habe. So erfolgreich, dass er von der Polizei laufende Zuwendungen in einer Höhe erhielt, "die ihn in den Stand setzten, zumindest teilweise seinen Lebensunterhalt daraus zu bestreiten". Spitzel Kurt "gab nicht nur sporadisch von Fall zu Fall Hinweise, wenn er zufällig von Straftaten erfuhr", sondern verfügte über "die allgemeine Billigung der Strafverfolgungsbehörden dazu, sich umzuhören und (sich) in kriminelle Pläne einzuschalten", um - man ahnt es bereits und so schrieb es das Gericht -, "Straftaten aufzuklären oder zu verhüten". Das klingt ehrenwert, aber bekanntlich steckt der Teufel im Detail. Und deshalb muss die Geschichte jenes so fulminant wirkenden Fahndungserfolges ganz anders geschrieben werden.

Anfang Juli 1983 begingen der seit mehreren Jahren als Kassierer bei einer Autofirma tätige Helmut T. und sein Freund Ralf R. den schweren Fehler, ausgerechnet Zapfer Kurt in seiner Berliner Kneipe von ihren Überlegungen zu erzählen, einen Überfall auf die Firmenkasse durchzuführen. Alleine trauten sie sich diese Aktion nicht zu. Kurt zeigte sich an der Sache sehr interessiert und sagte zu, gegen eine entsprechende Beteiligung mit weiteren Personen den Raub auszuführen. Mitte Juli bemühte sich Zapfer Kurt fieberhaft, diese Komplizen für den Überfall zu besorgen. Das Gericht stellte später fest, dass sich diese Aufgabe "als schwierig" erweisen sollte.

Zunächst gelang es Zapfer Kurt jedenfalls Jürgen F. anzuwerben, den er seit "einigen Wochen vom Rummelplatz her" kannte. Als nächsten gewann Kurt Gerhard V., der "ihm aus Lokalen bekannt" war. Gerhard V. wollte jedoch erst nicht mitspielen. Kurt "ließ jedoch nicht locker". So suchte er Gerhard V. "mehrfach zu Hause und auf seiner Arbeitsstelle" auf und ",bekniete` ihn stundenlang", um ihm "die Tat schmackhaft zu machen". Irgendwann muss Gerhard V. zugestimmt haben.

Nun konnte sich Zapfer Kurt ein paar Tage vor dem großen Tag mit dem Leiter des polizeilichen Raubdezernats persönlich in Verbindung setzen, um ihm von dem für den 29. Juli geplanten Überfall zu

berichten. Mit dieser präzisen Spitzelinformation versorgt, konnte die Polizei ihre Vorbereitungen für den Überfall treffen.

Doch am großen Tattag sollte sich für den Spitzel Kurt zunächst herausstellen, als er am Vormittag Jürgen F. von seiner Wohnung abholen wollte, dass dieser noch im Bett lag: "Jürgen F. hatte weitgehend der Mut verlassen, er meinte zu Kurt, das ganze sei ‚doch wohl eine Nummer zu groß für ihn, auch verwies er darauf, dass er sich am Vortage die Hand verletzt habe, die verbunden war." Der etwas beleibte Jürgen F. gab zu bedenken, dass er bei der Flucht hinten über die Mauer und über den Zaun des angrenzenden Grundstücks Probleme haben werde, diese zu überwinden. Doch Kurt, "der wusste, dass es dazu nicht kommen würde", beruhigte ihn. Was den Zaun betraf, so versprach er, ein Loch hineinzuschneiden und eine Decke darüber zu legen, damit Jürgen F. gut hinüber käme. Er selbst werde dann mit einem Fluchtauto dort stehen. Danach fuhren beide mit dem Auto von Jürgen F. zur Arbeitsstelle von Gerhard V. und besuchten ihn auf dem Bau. Während Jürgen F. im Auto wartete, musste Kurt geschlagene zwei Stunden auf Gerhard V. einreden, "dem ebenfalls, nun da die Tatzeit heranrückte, wieder Bedenken gekommen waren". Schließlich erklärte sich Gerhard V. unter der Bedingung, dass ein dritter Mann gefunden werde, bereit, doch noch bei dem Überfall mitzumachen.

Langsam geriet Spitzel Kurt, der "sein Vorhaben unbedingt an diesem Tag ausführen (wollte), weil er wusste, dass die Polizei auf ihren Einsatz vorbereitet war", in Zeitnot. Zusammen mit Jürgen F. fuhr er nun zu dem ihm bekannten "Murkel", den er seit ca. zwei Wochen als Gast aus dem Lokal "Bierquelle" kannte. Im Beisein von Jürgen F. weihte Kurt "Murkel" in den Tatplan ein und bedrängte ihn mitzumachen. "Murkel" sträubte sich zunächst, ließ sich aber nach intensivem Zureden schließlich breitschlagen, mitzumachen.

Nachdem der Spitzel endlich alle drei Räuber organisiert hatte, telefonierte er mit Helmut T. in der Firma, um sich den Kassenstand durchsagen zu lassen. Wahrheitswidrig teilte er dann seinen Leuten mit, dass rund 500.000 DM in der Kasse seien, um deren "Interesse an der Tat noch zu steigern". Danach erläuterte er ihnen den Tat- und Fluchtplan und verließ sie. Jürgen F., Gerhard V. und "Murkel" verbrachten die verbleibende Wartezeit in einem Park. Zwar äußerte Gerhard V. einmal, er habe "eigentlich gar keinen Bock" und er habe das Gefühl, es werde etwas schief gehen, worauf "Murkel" antwortete, noch könnten sie abhauen, doch blieben alle bei der Stange, da sie, so das Gericht, "einem gewissen Gruppendruck" erlagen.

Derweil hatte der Spitzel Kurt die Bullen angerufen, um ihnen die Personalien und eine Personenbeschreibung der von ihm organisierten Kompagnons mitzuteilen. Jürgen F., Gerhard V. und "Murkel" fuhren schließlich um 16.30 Uhr zum Autohaus und verteilten die für den Überfall benötigen Gegenstände. Von einer Seitenstraße aus begab sich "Murkel" als Erster in den Betriebshof. "Auf dem Hof noch wurde er von der Polizei festgenommen. Er erschrak so sehr, dass es bei ihm zu einer unkontrollierten Darmentleerung kam." Die beiden Gefährten wurden ebenfalls widerstandslos festgenommen. Wenig später wurden auch Helmut T. und Ralf R. verhaftet. Erfolgreicher hätte die ganze Angelegenheit für die bestens vorbereiteten Beamten des Raubdezernates gar nicht laufen können. Dank des umtriebigen Spitzels Kurt waren ihnen drei Räuber "in flagranti" in die Arme gelaufen, und zwei weitere konnten sie danach von zu Hause abzuholen. Da lacht die Polizeistatistik.

Ein gewisser Gruppendruck

Aus welchen Gründen auch immer kam dieser märchenhaft glatt gelaufene Einsatz dem Leiter des Raubdezernats nach den ersten Vernehmungen der Erwischten doch zu komisch vor. Irgendwie gewann er den Eindruck, dass Zapfer Kurt "ihm gegenüber seine Rolle falsch dargestellt hatte", weshalb er "ihn nunmehr als Mittäter und Initiator der Tat" ansah und festnehmen ließ. Doch hier mochte der Oberstaatsanwalt nicht mitspielen, da der Spitzel zwar als ein "Agent provocateur" gehandelt habe, letztlich jedoch "die Tatvollendung nicht gewollt habe, ein strafbares Verhalten also nicht vorliege".

Vor Gericht schien es dem Spitzel dann aber doch ratsam, bei zwei Auftritten unter Berufung auf das Recht eines Beschuldigten, sich nicht zu belasten, das Maul zu halten. So blieb der Strafkammer des Landgerichts Berlin in der Urteilsbegründung nichts mehr übrig, als ihn mit spitzen Fingern anzufassen. Schließlich habe er zumindest die Angeklagten Jürgen F., Gerhard V. und "Murkel" "zur Tat überredet, ... darüber hinaus die gesamte Tatausführung in allen Einzelheiten bestimmt". Es sei der Spitzel gewesen, der "diese drei Angeklagten fest im Griff" gehabt hätte. Sie hätten "sich in allem nach seinen Anweisungen gerichtet und

nichts außerhalb des Tatplans getan". Hinsichtlich des Motivs des Spitzels Kurt vermutete das Gericht, dass er "sich von ... einer höheren Anzahl von mitwirkenden Straftätern eine höhere Belohnung von der Polizei und möglicherweise zusätzlich eine Belohnung von der Firma" versprochen habe. Insgesamt zeige der "Missgriff wie im vorliegenden Fall" die Notwendigkeit, dass V-Leute der Polizei "an kurzer Leine gehalten oder ausgebildet werden" müssten. Wegen diesem "Verfahrenshindernis" wurde das Gerichtsverfahren gegen die in erbärmlichster Weise vom Polizeispitzel zu Trotteln gemachten Gerhard V., Jürgen F. und "Murkel" nach langen fünf Monaten der U-Haft eingestellt. Helmut T. und Ralf R. kamen als Anstifter jenes glorreichen Überfalles nicht so davon. Wie die weitere Karriere des Spitzel Kurt verlaufen ist, war leider nicht in Erfahrung zu bringen.

Da lacht die Polizeistatistik

Unter Organisierungsgesichtspunkten kann man diese so erschütternd naiv in die Arme der Polizei gelaufene Überfallaktion sicher noch nicht einmal mehr desaströs nennen. Und die sozialen Beziehungen im kriminellen Milieu sind wohl zuweilen jenseits dessen angesiedelt, was man gerade noch als "trübe" bezeichnen könnte. Doch muss das bodenlose Engagement des Spitzels Kurt verwundern: Wie konnte er auf den Gedanken kommen, dass diese wesentlich von ihm vorangetriebene Sache bei den Bullen und der Justiz glatt durchgehen könnte? Das Gericht scheint sich diese Frage auch gestellt zu haben und kam zu dem sybillinischen Schluss, dass es letztlich "nicht möglich (sei), positiv festzustellen, (dass) Kurt völlig auf eigene Faust gehandelt" habe, als er Jürgen F., Gerhard V. und "Murkel" anwarb. Da in der Gerichtsverhandlung "die meisten der ... beamteten Zeugen nur sehr zurückhaltend aussagten und ihre Aussagegenehmigungen recht eng auslegten", zog das Gericht den Schluss, dass es "bei der Vielzahl der Kontakte des Kurt zu Strafverfolgungsbehörden ... nicht ausgeschlossen (werden könne), dass ihm von einem Beamten geraten worden ist, einen umfassenden, leicht feststellbaren und eindeutig strafbaren Sachverhalt zu provozieren, statt es bei dem Aufdecken der Pläne des Helmut T. und Ralf R. sein Bewenden haben zu lassen". Mit anderen Worten: Was wäre der Spitzel ohne den Repressionsapparat, der ihn führt und spielt?

Dario Rossa

Erzählt nach dem Urteil des Landgericht Berlin vom 23.2.1984, dokumentiert in: Klaus Lüderssen, V-Leute - Die Falle im Rechtsstaat, Frankfurt 1985. Der Name des Polizeispitzels ist mit Ausnahme der Anfangsbuchstaben frei erfunden. Dario Rossa lebt in Berlin und hat diesen Artikel angeblich in einer Neuköllner Eckkneipe verfasst.

Markus Mohr, Klaus Viehmann (Hg.): Spitzel, Eine kleine Sozialgeschichte, Assoziation A, 256 Seiten, zahlreiche Abb., 18 Euro.

8. Fluchtlinien in den Wänden der Schattenstädte

Zu Besuch bei den indischen MedienpraktikerInnen des Cybermohallas - eine Reportage

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:09

Wir stecken fest. Die lärmende Masse knatternder Autorikschas, staubiger Marutis und bemalter Lastwagen bewegt sich zäh durch die Zwölf-Millionen-Metropole. Nach der Zerstörung des gut funktionierenden öffentlichen Verkehrssystems in den 1990er Jahren sind Autorikschas das hauptsächliche Fortbewegungsmittel, wenn man längere Strecken durch Delhi zurücklegen will. Shveta, Jeebesh und ich sitzen in die Rückbank des dreirädrigen Taxis gequetscht, auf dem Weg vom Cybermohalla Labor in Dakshinpuri, zu Sarai in Civil Lines.

Wegen der Texte aus den Labors war ich gekommen. Und um die irregulären Städte zu sehen, aus denen sich die Megastadt zusammensetzt. Die illegalen Siedlungen, die die Probleme lösen, an denen die Moderne gescheitert ist. Die unsichtbaren Städte, die von der Architektur ignoriert werden und in die täglich mehr Leute einwandern als in die gesamte Bundesrepublik. Die auf keiner Karte verzeichneten Städte, in denen heute weltweit eine Milliarde Menschen leben, bald werden es nach UNESCO Berechnungen zwei Milliarden sein. Die selbsterrichteten Städte, die den realen Horizont bilden für Projekte wie Park Fiction, die versuchen die Stadt neu zu definieren. Die improvisierten Städte, in denen Sarai bisher zwei Cybermohalla Labs betreibt.

Das Gewühle der Zweitakter, der Dreiräder, der Regierungs-Ambassadors. Ich sehe zur offenen Tür raus. Delhi ist eine Stadt, die niemand kennt. Links knallen Bollywoodbeats aus der Anlage, rechts steht ein Mann auf dem Außenbrett eines überfüllten Busses, als sich eine ungewöhnliche Autorikscha ins Sichtfeld schiebt. Eine Autorikscha, die in einem Bild meinen Eindruck dieser Stadt zusammenfasst, dieser Clusterstadt, dieses gigantischen Archipels aus unbekannten Inseln. Mein Blick fällt auf die Rikschasitze, die mit einem eigenartigen Bezug ausgestattet sind: mit einer alten Landkarte, einer antiken Seefahrerkarte. Keine Ahnung, wieso der Rikschafahrer sich ausgerechnet diesen Bezug ausgesucht hat.

Delhi: Archipel aus unbekannten Inseln

Die Landkarte in der Autorikscha scheint eine Inselgruppe aus der Zeit der Entdeckungen wiederzugeben. Eine Karte, der noch anzusehen ist, dass das Wissen des Zeichners Lücken hat, eine unkomplette Karte, die von sich weiß, dass sich unbekannte Universen in ihren Leerstellen verbergen. Mit so einer Karte hat der Fahrer seinen Sitz gepolstert, ein Steuermann in den unkartierten Weiten der Megametropole, ein Navigator, der die Ströme kennt zwischen den Landmarken, der die Namen der Inseln kennt, aber nicht weiß, welche Welt sich auf dieser Insel befindet. Ein Kapitän, der eine Beziehung herstellt zu jener Epoche der Entdeckungen, als mit jeder neuen Insel neue Versprechen auftauchten, mit jeder Erzählung von neuen Ländern die Produktion von Vorstellungen ausgelöst wurden.

Das ist genau das Gegenteil, denke ich, von dem GPS-Blick, dem Global Positioning System, das einem überall auf der Welt sagen kann, auf welcher Position man sich befindet, aber das nichts über die Welt weiß, das so abstrakt ist wie die globale Warenwirtschaft, die einem dauernd suggeriert, sie sei die überall gültige Wirklichkeit, obwohl sie doch von der Wirklichkeit keine Ahnung hat.

"Das ist das zweite Labor. Im nächsten Jahr werden wir das nächste Labor eröffnen," reißt mich Jeebesh aus meinen Gedanken, "... bis wir sechs Labore in verschiedenen Teilen der Stadt haben. Stell Dir die Beschreibungen vor, die dort entstehen werden. Wir werden Material sammeln, und in zwei, drei Jahren werden wir langsam ein Bild von dieser Stadt bekommen. Dann werden wir wissen, was die Schattenstadt ist."

Die Schattenstadt. Der Kontrast könnte kaum größer sein zwischen dem hektischen Stau, den Straßen, auf denen man sich nur geduldet fühlt, aber nicht aufhalten kann, und der konzentrierten Ruhe im Cybermohalla Lab, im dritten Stock eines Wohnhauses, mitten in Dakshinpuri, einem Arbeiterviertel in Süd Delhi. Raju hatte vor Fotos gesessen, die Rakesh in der Woche zuvor gemacht hatte. Enge Ausschnitte von Wänden und Häusern in Dakshinpuri, die Raju 45 Minuten lang beschrieb. Lakhmi bediente das Tonband, und Pinky, Nisha, Kiran und Sangeeta hörten seiner Erzählung zu, die die zwölf Bilder umkreiste, in jedes Detail eindrang, interpretierte und assoziierte, die Spuren las, als gälte es in diesen Wänden die Nord-West-Passage zu finden, mitten im Alltag die Öffnung in die Welt des Imaginären, die Traumstadt.

Die Geschichten im Cybermohalla entstehen durch Tausch, eine Kultur des sich Geschenke Machens, in langen Unterhaltungen, durch gemeinsames Denken. Cybermohalla sind selbstregulierte Labors, urbane Forschungszentren, die nichts mit Sozialarbeit zu tun haben. An keiner Kunstakademie dieses Landes wird ein so genaues Hingucken gelehrt. Die Jugendlichen, von denen die meisten die Schule abgebrochen haben, treffen sich fast jeden Tag, arbeiten an Geschichten, blogs oder Gimp-Animationen, ausschließlich mit Linux basierter Open Source Software, deren Ethik und Begrifflichkeit Sarai auf die Stadt überträgt.

Gedanken zu verschenken

In dem Bild, das Indien von sich selbst zeichnet, ist die Stadt ein Blindfeld. Sowohl Gandhis als auch Nehrus Visionen eines postkolonialen Indiens bezogen sich auf das Land und die Landkommune und sahen die Stadt vor allem als Ort der Fremdherrschaft. Ein seltsames Verhältnis, denn mittlerweile gehören Indiens rasant wachsende Städte zu den größten der Erde. Doch die indische Stadt ist weitestgehend ungeschrieben.

In diese Leerstelle fluten die Writings aus den Labors. Mit ihren sensiblen Beschreibungen der improvisierten Siedlungen schaffen die Jugendlichen nicht nur die urbane Literatur der Megastädte. Sie stellen die westliche Trennung von Aktivität und Contemplation, von Rezeption und Produktion in Frage. Denn ihre Dichtung verstärkt die Siedlungen auf einer zweiten Ebene. Damit wird aus einem der machtfernsten Medien ein Element der konstituierenden Macht.

Denn die Blindheit und Stille erleichtert es der Macht, die selbstgebauten Siedlungen als Problem darzustellen. Seit den 1970ern werden die Siedlungen immer wieder brutal geräumt und abgerissen. Auf der detailliertesten Karte von Delhi sind die bastis oft weiße Flächen mit zwei, drei rosa Rechtecken drin. Wenn man dann zu diesen "weißen Flächen" hingeht, ist alles dicht bebaut. Diese Karten spiegeln die hochfragmentierte, politisch-paranoide Sicht auf die Stadt, in der die Straßen schon der unteren Mittelschicht abends gesperrt und bewacht werden, in der ganze Viertel der Öffentlichkeit unzugänglich sind.

Auf diesen Blick trafen wir, zu meiner Überraschung, wieder in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, New Delhi. Dort waren wir, um Visa zu bekommen. 16 junge Medienpraktiker des Cybermohalla waren von der Theatergruppe Hajusom! nach Hamburg eingeladen, um am "Play Mas Festival of Young Performers" teilzunehmen. Doch ein Blick in die Pässe reichte dem deutschen Visabeamten. Als der erste Name eines muslimischen Viertels, einer irregulären Siedlung auftauchte, wurden die gesamten Unterlagen ungelesen zurückgeschoben. Diese Unterlagen reichten nicht aus, belog man uns. Bis zum Abflug hatten wir noch 20 Stunden Zeit ...

"Indien ist ein Problemland", sagte mir der Visabeamte zwei Stunden später, nachdem ich mich erfolglos bei der Botschaft beschwert hatte. Den Hinweis auf die Einladung durch die Kulturstiftung des Bundes schob er beiseite: "Welche Kulturstiftung? Es gibt in Deutschland viele Kulturstiftungen." Die zuständige Kulturattaché war, wie wir später erfuhren, während der sich dramatisch zuspitzenden Vorgänge shoppen.

Begegnungen der Letzten Internationalen

In der Nacht saßen wir bei Sarai und schickten E-Mails in die Welt, in denen wir um Unterstützung baten. Das Fax der deutschen Botschaft dürfte selten stillgestanden haben. Erst die Protestfaxe von Universitäten, Akademien und Kunstinstitutionen aus ganz Europa und eine Intervention des Goethe Instituts konnte schließlich das soziale "Global Positioning System" im Kopf des Visabeamten außer Kraft setzen. Am nächsten Tag bekamen wir dank dieser globalen Zusammenarbeit die Visa ohne Murren und gerade noch rechtzeitig ausgehändigt.

Wochen vorher hatten uns die Jugendlichen durch das Labyrinth ihrer Siedlungen geführt, in denen jeder Stein eine Geschichte erzählt, hatten in ihren Wohnungen Tee angeboten, uns die Enge der Gassen und die Weite der Dachterrassen gezeigt. Nicht auszudenken, welche Wirkung es im Viertel gehabt hätte, wenn dieses Geschenk von deutscher Seite mit Einreiseverbot beantwortet worden wäre.

Die Performances des Cybermohalla auf Kampnagel waren übrigens jedes Mal ausverkauft. Sie trugen den treffenden Titel "What is it that flows between us?". Es sind kleine unwahrscheinliche Begegnungen wie diese, zwischen jungen MedienpraktikerInnen aus Indien, die ihren Alltag beschreiben, und jungen Flüchtlingen aus Hamburg, die eine neue Art des Theaters entwickeln, bei denen sich die Letzte Internationale immer wieder konstituiert. Die Zukunft ist ungeschrieben.

Christoph Schäfer

Christoph Schäfer ist Künstler und lebt in Hamburg. Er ist Mitglied der Gruppe Park Fiction. Sarai Media Lab aus Delhi und Park Fiction aus Hamburg kennen sich seit der Documenta11. Beide Gruppen verbindet eine Praxis, die die Grenzen des Kunstfeldes überschreitet, um in experimentellen Prozessen und kooperativen Projekten Verbindungen zwischen der Stadt und dem Imaginären herzustellen, ein Interesse für urbanes Handeln unterhalb der Ebene der Politik. 2003 lud Park Fiction Sarai Media Lab für den Kongress "Unlikely Encounters in Urban Space" nach St.Pauli ein (vgl. ak 477). Mitglieder von Park Fiction verbrachten jetzt ein Vierteljahr als Gäste der Gruppe in Delhi und begleiteten 16 Cybermohalla-Mitglieder auf ihrem Weg zum "Play Mas Festival" der Gruppe Hajusom nach Hamburg.

Die Originaltexte aus dem Cybermohalla findet man auf Englisch und Hindi unter www.sarai.net. Mehr Infos über Park Fiction unter www.parkfiction.org und über Hajusom unter www.hajusom.de.

9. Komplizen des Völkermordes

Frankreichs Rolle beim Genozid in Ruanda

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:10

Unter den Ländern, die angesichts des begonnenen Genozids in seinem Land "nicht gehandelt" hätten, sei eines, das sich "bis heute weigert, um Entschuldigung zu bitten", und das er deshalb explizit erwähnen wolle, sagte Ruandas Staatspräsident Paul Kagamé in seiner Rede zum zehnten Jahrestags jenes 7. April 1994, an dem der 100 Tage währende Genozid begann. Gemeint war Frankreich. Die Franzosen, fuhr Kagamé fort, "haben die Soldaten und die Milizionäre trainiert und bewaffnet, die den Genozid verüben würden, und sie wussten, dass sie den Genozid verüben würden."

Mit Blick auf die Opération Turquoise, die Frankreichs Armee im Juni 1994 im Südwesten Ruandas durchführte, fügte der ruandische Präsident hinzu: "Die Franzosen haben bewusst die Mörder gerettet, ohne die Opfer zu schützen." Zu guter letzt merkte er an: "Sie besitzen die Kühnheit, hier zu bleiben, ohne sich zu entschuldigen!" In kaltem Zorn packte die französische Delegation ihre Koffer und reiste umgehend ab.

In Paris verwahrte sich das Außenministerium in einem Kommuniqué gegen die "gravierenden und wahrheitswidrigen Anschuldigungen". Und die Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie sprach davon, dass Frankreich glücklicherweise - mit der Opération Turquoise - eingegriffen und so "einen totalen Genozid verhindert" habe. Dennoch starben durchschnittlich 10.000 Personen pro Tag, und das drei Monate lang. Nach jüngsten Angaben konnten bisher 937.000 Opfer namentlich identifiziert werden, und die Gesamtzahl der Getöteten überschreitet wahrscheinlich eine Million. Ruanda hatte damals insgesamt sieben Million EinwohnerInnen, davon knapp ein Fünftel Tutsi.

Seit 1994 wird in Paris behauptet, die nach dem Sturz des völkermörderischen Regimes gebildete Regierung repräsentiere lediglich "die ethnisch begründete Macht der Tutsi". Tatsächlich hat die Regierung unter Paul Kagamé, die aus der ehemaligen Rebellenarmee der RPF (Ruandische Patriotische Front) hervorgegangen ist, den Vermerk der "ethnischen Zugehörigkeit" - Tutsi, Hutu oder "Sonstige" - auf den ruandischen Ausweispapieren abgeschafft.

Dieser Passeintrag hatte es seinerzeit den Exekutoren des Genozids ungemein erleichtert, die Menschen nach ihrer "ethnischen Zugehörigkeit" zu selektieren. Paul Kagamé ist übrigens selbst Hutu. Zwar stimmt es, dass die RPF ursprünglich von nach Uganda geflüchteten oder dort aufgewachsenen Tutsi gegründet wurde, nachdem es bereits kurz nach der Unabhängigkeit zu ersten Massakern durch eine Hutu-Regierung mit rassistischem Nationsverständnis gekommen war. Dennoch ist das jetzige Regime, auch wenn es von einer militärisch geprägten Elite dominiert wird, zumindest darum bemüht, die aufgerissenen Gräben zwischen Bevölkerungsgruppen allmählich zuzuschütten.

Auch in Paris gab es in der zweiten Aprilwoche Gedenkveranstaltungen. Eine Vereinigung von Überlebenden des Genozids, Ibuka, die in beiden Ländern aktiv ist, hatte eine Kundgebung auf dem "Platz der Menschenrechte" gegenüber dem Eiffelturm angemeldet. Doch ihr Antrag wurde abgelehnt. Stattdessen durften am 6. April Hutu-Politiker unter Führung von Léon Habyarimana demonstrieren. Es handelt sich um einen der Söhne des früheren ruandischen Präsidenten, unter dessen Führung sich die Ethno-Milizen herausgebildet hatten. Die Ermordung von Staatschef Juvénile Habyarimana am 6. April 1994, wahrscheinlich durch Extremisten aus den eigenen Reihen, hatte den Startschuss zu dem - seit längerem vorgeplanten - Völkermord an den Tutsi gegeben, der am folgenden Morgen anfing.

Der Genozid wird geleugnet oder relativiert

Den AnhängerInnen und Angehörigen des ehemaligen Chefs des Regimes, in dessen Inneren der Genozid geplant und vorbereitet worden war, wurden auch Räumlichkeiten in der altehrwürdigen Sorbonne im Zentrum von Paris zur Verfügung gestellt. Dort durften sie geschichtsrevisionistische Thesen verbreiten: Wenn überhaupt ein Genozid und nicht ein irgendwie "ungeordnetes Töten" stattgefunden habe, dann hätten die Rebellen des RPF wesentlichen Anteil an dessen Auslösung.

Die mehreren hundert Personen, die an den Beginn des Genozids am 7. April 1994 erinnern wollten - unter ihnen etwa ein Drittel RuanderInnen - mussten dagegen fernab des Zentrums, zwischen dem

Montparnasse-Bahnhof und dem Platz von Denfert-Rochereau, demonstrieren. Die TeilnehmerInnen ließen, entsprechend der in Ruanda verbreiteten Trauerfarbe, violette Luftballons steigen. Es sprachen eine damals 16jährige, die den Genozid überlebte, der französische Intellektuelle André Glucksmann und François-Xavier Verschave, der Sprecher von Survie (Überleben), seit den Achtziger Jahren eine der wichtigsten Afrika-Solidaritätsvereinigungen in Frankreich. Am frühen Abend führte Survie noch eine weitere Kundgebung im Les-Halles-Viertel im Zentrum von Paris durch, unter dem Motto La France, complice d'un génocide. Sie endete mit einem symbolischen Die-in auf einem Platz mit starkem Publikumsverkehr.

Zusammen mit Partnerorganisationen hat Survie in den letzten Wochen auch mehrere gut besuchte Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei wurde erstmals auf französischem Boden der bereits 1995 ausgestrahlte Film der britischen BBC The bloody tricolour ("Die blutige Tricolore") gezeigt, der eindeutige Hinweise auf die Mitwisserschaft Frankreichs vor und nach dem Beginn des Genozids enthält. Zu den französischen Politikern, die von der BBC interviewt wurden, gehört auch Jean-Christophe Mitterrand, der Sohn des damaligen Staatspräsidenten François Mitterrand, der ihn 1982 zum Leiter der "Zelle für afrikanische Angelegenheiten" ernannte; afrikanische Gesprächspartner gaben Jean-Christophe den treffenden Spitznamen Papamadit ("Papa-hat-mir-gesagt").

Auf die Nachfrage, ob der Völkermord in Ruanda manchmal seinen Schlaf störe, antwortet Mitterrand junior in dem Film stoisch lächelnd "Nein", um sich dann auf eine diplomatische Antwort zu besinnen: Natürlich sei das Vorgefallene tragisch, aber er fühle sich in keiner Weise verantwortlich. Jean-Christophe Mitterrand verband Anfang der 1990er Jahre eine persönliche Freundschaft mit dem Sohn von Präsident Habyarimana. Auf die Frage nach Frankreichs Verwicklung antwortet er lediglich: Bullshit. Der damalige Gendarmerieoffizier und Präsidentenberater Paul Barril, ebenfalls von der BBC befragt, wusste Schreckliches über den damaligen Rebellenführer Paul Kagamé zu berichten: "Er spricht nicht einmal Französisch, kein Wort! Er versteht nur Englisch!"

"Frankreich hat Schlimmeres verhindert"

Auf diese Weise zeigt der damals in der Umgebung Mitterrands einflussreiche Herr, welche Triebkräfte die Männer an den Schalthebeln der französischen Republik damals antrieben, jenes Regime bis zum bitteren Ende zu unterstützen, dessen extremistischer Flügel den Genozid planmäßig durchführte. Eingeweihte sprechen vom so genannten "Faschoda-Komplex", benannt nach einer Kleinstadt im Sudan. Dort waren 1898 die französische und die britische Kolonialarmee aufeinander getroffen, die beide versuchten, ihr Kolonialreich nach einer Achse zu ordnen: "von Kairo nach Kapstadt" die Briten, "von Dakar bis Djibouti" die Franzosen. Damals zog Frankreich den Kürzeren, und so entstand der "Komplex" in einem Teil seiner Eliten.

Koloniale Schnittmuster lebten zu späterer Zeit in der Bewahrung sprachlicher Einflusszonen in Afrika fort. Das ruandische Regime bekannte sich zur Frankophonie, während die im anglophonen Nachbarstaat Uganda aufgewachsenen Tutsi-Flüchtlinge - und die von ihnen gestellten Rebellen der RPF (Ruandische Patriotische Front) - vorwiegend Englisch sprachen. Das reichte aus, um hohe Staatsbeamte in französischen Ministerien beim Gedanken an einen Sieg der RPF über das Regime in Kigali in Panik ausbrechen zu lassen. Bereits 1992 hörte Paul Kagamé, als damaliger Vertreter der Rebellenarmee, bei einer Unterredung im französischen Außenministerium, die Drohung: "Wenn Sie versuchen sollten, nach Kigali durchzubrechen, dann werden Sie bei Ihrer Ankunft niemand von ihren Familien", gemeint waren die Tutsi, "mehr lebend antreffen." Das deutet darauf hin, dass die Kagamé gegenüber sitzenden Staatsbeamten wussten oder ahnten, wozu die im Inneren des Regimes herausgebildeten Hutu-Milizen fähig waren.

Einen weiteren Beweggrund hat der Journalist Patrick de Saint-Exupéry in seinem soeben in Paris veröffentlichten Buch L'inavouable ("Das Uneingestehbare") benannt. Infolge seiner Hintergrundartikel in der konservativen Tageszeitung Le Figaro musste das französische Parlament schon 1998 eine Untersuchungskommission einsetzen, in der sowohl einige sozialistische wie auch manche bürgerliche Abgeordnete äußerst kritische Nachfragen stellten. Der offizielle Abschlussbericht versucht dagegen vor allem offenkundige Verantwortlichkeiten zu vertuschen.

Doch de Saint-Exupéry, der auch heute noch für den Figaro arbeitet, hat im Juni 1994 mit eigenen Augen gesehen, wie die französische Armee mit ihren Elitetruppen am Hügel von Bicérero eintraf, dem einzigen Ort in Ruanda, wo sich wochenlang ein bewaffneter Widerstand gegen die Milizen des Völkermords aufrecht erhalten

konnte. Die Franzosen vertrösteten die Überlebenden, sie würden bald wiederkommen, bevor sie abrückten - und ließen in den folgenden drei Tagen nochmals 2.000 von ihnen massakrieren. Ab diesem Zeitpunkt konnte nichts mehr de Saint-Exupérys Ansicht erschüttern: Die Franzosen waren in Ruanda eingerückt, um die RPF zu bekämpfen, aber nicht, um Überlebende zu retten. Oder allenfalls überlebende Mörder.

Patrick de Saint-Exupéry sieht neben dem "Faschoda-Komplex" noch einen weiteren Faktor, der die französische Haltung erklären könnte. Es handelt sich um die so genannte "Theorie des revolutionären Krieges". Diese in Wirklichkeit konterrevolutionäre Technik wurde durch französische Militärs während ihrer Kolonialkriege in Vietnam und Algerien entwickelt. Sie trägt diesen Namen, weil sie sich angeblich von Lenin und Mao inspirieren ließ. Diese nennen als Voraussetzung für den militärischer Sieg die Unterstützung durch die Bevölkerung, in der die Guerilla "wie ein Fisch im Wasser" schwimmen muss. In Konsequenz daraus predigten die Militärs, zur Aufstandsbekämpfung müsse die Bevölkerung kontrolliert, notfalls unter Aufsicht gestellt - siehe die Zwangsumsiedlungslager im Algerienkrieg - oder in durchmilitarisierte Milizsysteme gepresst werden. Nach dem Ende des Algerienkrieges unterrichteten französische Offiziere diese Theorie an der US-Militärschule von Fort Bragg, später gaben sie ihr Wissen an argentinische Foltergeneräle weiter.

Le Monde macht aus Opfern Täter

Ruanda, wo das frühere Regime die Hutu-Bevölkerung in Milizen zu organisieren versuchte, bildete laut Saint-Exupéry ein Testfeld für die Anwendung solcher Theorien. Deswegen hätten manche französische Militärs dem Regime in Kigali nicht nur aus Pflichterfüllung als Berater gedient, sondern sich wirklich mit dessen "Sache" identifiziert.

Dank der Rolle de Saint-Exupérys hat der konservative Figaro (erstaunlicherweise, angesichts seines sonstigen Profils) eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung der französischen Verantwortung in Ruanda gespielt. Auch die linksliberale Libération hat in den letzten Wochen überwiegend sehr kritisch über die Rolle des Landes 1994 berichtet.

Dagegen spielt Le Monde, die ansonsten als wichtigste französische Qualitätszeitung gilt, in dieser Frage mit Abstand die übelste Rolle. Diese Pariser Abendzeitung, die bereits im Frühjahr 1994 die RPF stets als "schwarze Khmer" - unter Anspielung auf Pol Pot - verunglimpfte und während des Genozids mitunter Opfer- und Tätergruppen in einem wirren Gemälde zu verwischen suchte, zielt in ihrer Berichterstattung im Wesentlichen auf eine Rechtfertigung der französischen Außenpolitik ab.

Bernhard Schmid, Paris

10. Erster Mai, Russland nicht dabei

Die EU-Osterweiterung schürt Russlands Angst vor Abkopplung

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:12

Wenn zum Stichtag 1. Mai eine Reihe ehemaliger RGW-Staaten, und mit den baltischen Ländern sogar drei ehemalige Sowjetrepubliken den Prozess der Einbindung in das politische und wirtschaftliche System der Europäischen Union formal vollziehen, werden in Russland weder Jubelschreie ertönen noch landesweit vernehmbare Proteststimmen laut. Die EU-Osterweiterung als mediales Ereignis zu bezeichnen wäre übertrieben, in der Bevölkerung stößt dieses Thema lediglich auf marginales Interesse, wenn nicht gar - etwas weniger euphemistisch formuliert - auf völliges Desinteresse.

Anders die Ausdehnung der NATO gen Osten, welche in Russland als implizite Drohung verstanden wird. Die Aufnahme der Luftraumüberwachung von vier belgischen Flugzeugen Ende März über den baltischen Staaten, welche selbst über keine eigene Luftwaffe verfügen, erzeugte eine mehr als symbolträchtige Wirkung. Als Punkt auf der Tagesordnung steht zudem eine mögliche NATO-Partnerschaft mit Georgien, und die Ukraine hat bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet, wonach den Truppen der Allianz Zugang zu ukrainischem Territorium gewährleistet werden soll. Dies sah die stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Dumaausschusses Natalja Narochnitskaja zu der Äußerung veranlasst: "Der Druck auf das nichtkommunistische Russland hat sich im Vergleich zum Druck auf die UdSSR um ein Vielfaches erhöht. Die 250 Jahre andauernden Bemühungen Russlands im Süden stehen nun vollkommen unter Bedrohung". (Izwestia, 9.4.04)

Nun nimmt sich die Ausweitung der Allianz zwar aus russischer Perspektive wesentlich aggressiver aus als die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU. Erfahrungen mit den osteuropäischen NATO-Mitgliedern wecken hingegen in Moskau Befürchtungen, die gerne als "postsowjetisches Syndrom" bezeichnet werden. Dahinter verstecken sich während der Beitrittsverhandlungen vormals sozialistischer Länder unterdrückte antirussische Tendenzen, die sich nach dem 1. Mai als Bremse auf die Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Russland und der EU auswirken könnten. Demnach bereiten den Kremlstrategen weniger die Kern-EU-Länder Kopfzerbrechen, die sich, allen voran Deutschland und Frankreich, gerne mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin Seite an Seite präsentieren, als die ehemaligen Verbündeten im Warschauer Pakt und traditionellen osteuropäischen Handelspartner.

Aber selbst institutionalisierte Gipfeltreffen zwischen der EU und Russland, reich an schönen Worten und mit wenigen Ausnahmen voll des Lobes an die zunehmende Marktkompatibilität des rohstoffgesegneten Riesenreiches im Osten, können auf Dauer nicht über die zu erwartenden gravierenden Handelseinbussen für Russland durch die EU-Osterweiterung hinwegtäuschen. Unterschiedliche Quellen beziffern diese auf zwischen 150 bis 300 Millionen Euro. Der Direktor des Ressorts für gesamteuropäische Zusammenarbeit des russischen Außenministeriums, Alexander Gruschko sprach in einem Interview mit der Zeitung Wremja nowostej vom 15.3.2004 gar von bis zu 450 Millionen Euro, allerdings mit der Einschränkung, dass sich die Verluste kaum arithmetisch berechnen ließen.

Handelseinbuße durch Osterweiterung

Gegenwärtig wickelt Russland bereits über ein Drittel seines Außenhandels mit der EU ab, nach dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten werden es über 50 Prozent sein. Alle zehn Beitrittsländer stellen für Russland nicht zuletzt durch ihre bislang günstigen Handelsbedingungen wichtige Exportpartner dar. In einigen Ländern wird deren Energiebedarf überwiegend aus russischen Gas- und Öllieferungen gedeckt, in Einzelfällen beträgt der Anteil an russischem Gas sogar 100 Prozent. Russland verdient zudem an Uranlieferungen und der Aufarbeitung von abgebrannten Kernbrennstäben. Aluminium, Stahl, chemische Erzeugnisse und Textilien werden ebenso exportiert wie Getreide. Gerade im Agrarsektor konnte Russland in den vergangenen Jahren spürbar zulegen. Die Übernahme der strengen EU-Vorgaben errichten in den Beitrittsländern jedoch ernsthafte Hindernisse für die Einfuhr russischer Erzeugnisse, weniger wegen erhöhter Zollsätze als auf Grund der protektionistischen Anti-Dumping-Maßnahmen innerhalb der EU.

Laut EU-Regelwerk sind die neuen Mitgliedsstaaten verpflichtet "einseitige Abhängigkeiten" zu vermeiden. Im Klartext heißt dies, Russland muss seine faktische Monopolstellung im Energiebereich aufgeben. Lieferungen

von Produkten tierischer Abstammung werden ganz wegfallen. Auf Aluminium, für welches bislang keine Einfuhrabgaben entrichtet werden musste, werden sechs Prozent aufgeschlagen. Umgekehrt ist Russland dazu verpflichtet, Einfuhrzölle zu senken, beispielsweise für aus dem Baltikum importierte Agrarprodukte.

Zwar insistierte der Kreml bereits 1999 im Zuge der Festlegung der Rahmenbedingungen der geplanten EU-Osterweiterung auf die Klärung strittiger Fragen und der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen, doch, so die Kritik aus Moskau, sei die Europäische Union damals zu sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt gewesen und habe sich erst spät entschlossen, die Versäumnisse nachzuholen.

Angesichts der begründeten Befürchtung vor signifikanten Handelseinbussen legte Moskau Mitte März in Brüssel ein 14 Punkte umfassendes Programm vor. Darin ist die Rede von Kompensationszahlungen für drohende finanzielle Einbußen, des weiteren soll die EU den Beitritt Russlands zur WTO unterstützen, freien Reiseverkehr für russische Staatsbürger durch Litauen von und nach Kaliningrad garantieren, dem Russischen in Lettland und Estland den Status als einer der Staatssprachen verleihen und schließlich auf die Abschaffung der Visapflicht zwischen Russland und der EU hinarbeiten. Andernfalls sei Russland nicht bereit, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU, welches 1994 unterzeichnet und 1997 in Kraft getreten war und welches u.a. eine Freihandelszielformulierung enthält, pauschal auf die Beitrittsländer zu erweitern. Dies würde in seiner Konsequenz die Nichtanerkennung dieser Staaten durch Russland als vollwertige EU-Mitglieder bedeuten. In Brüssel wurde dieser Schritt als deutlicher Affront aufgefasst und dementsprechend kommentiert. "Schwerwiegende Konsequenzen für die europäisch-russischen Beziehungen" seien in Folge nicht auszuschließen, hieß es. Inoffiziell war von Handelssanktionen und einer möglichen Aufkündigung des Partnerschaftsabkommens die Rede.

Russische Minderheit im Baltikum

Allerdings dauerten die ultimativen Auseinandersetzungen nur kurz an. Bereits Ende März verlautbarten EU-Handelskommissar Pascal Lamy und der russische Wirtschaftsminister German Gref eine "90-prozentige Lösung" des Konflikts und stellten in Aussicht, dass die ausstehenden umstrittenen Fragen bis zu dem für den 22./23. April geplanten Besuch von EU-Kommissionspräsident Romano Prodi beim russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau beigelegt sein sollten. Dies betreffe insbesondere die Höhe der Zölle für den Warentransport aus der russischen Exklave Kaliningrad durch das ab Mai der EU angehörende Litauen ins russische Mutterland. Die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU soll am 27. April in Luxemburg auf einer Sitzung des Ständigen Partnerschaftsrates Russland - EU erfolgen.

Die schnelle Beilegung des Konfliktes rief in russischen Medien Verwunderung und teils harsche Kritik an der schwachen Position von Gref hervor, der sich gar zu der Aussage hinreißen ließ, die EU-Osterweiterung würde "Russland nicht einen Dollar kosten". (Novaja gazeta, 29.3.04) Man fühle sich betrogen, so der Grundtenor in einigen Zeitungen. Wie so oft hätten die russischen BürokratInnen erst viel Lärm produziert und schließlich klammheimlich eine Vereinbarung mit den EuropäerInnen getroffen. Immer wieder ist von Bedauern oder gar Resignation zu lesen, da letztlich die EU über wesentlich mehr Mechanismen verfüge, Russland auf den rechten Weg zu geleiten als umgekehrt. Und angesichts sich beidseitig verschärfender Einreisebedingungen zwischen den alten und neuen EU-Staaten einerseits und Russland andererseits, schenkt der Forderung nach visafreiem Reiseverkehr ohnehin niemand mehr Glauben.

Festung Russland?

Besonders pikiert reagiert die russische offizielle Presse auf jegliche Versuche aus Europa, Russland in Menschenrechtsfragen zu belehren, während Bürgerrechtsgruppen ob der ausbleibenden Einmischung internationaler Institutionen in Tschetschenien harren. Doch solange das wenig einflussreiche Europaparlament versierter auf diesem Gebiet agiert als die Brüsseler Kommissare, tragen die Forderungen nach Beendigung von Mord und Folter in Tschetschenien zwar zur gelegentlichen Bildung von Misstönen im russisch-europäischen Verhältnis bei, erfüllen jedoch alles in allem lediglich die Funktion eines drohenden Zeigefingers.

Eine ausführliche und empathische Berichterstattung erfolgt jedoch praktisch immer dann, wenn die Belange der im Baltikum lebenden russischen Bevölkerung tangiert werden. Besonders in Lettland hat sich deren Situation durch die weitgehende Abschaffung des Russischen als Unterrichtssprache zugespitzt. Und ab dem

1. Mai wird die zahlenmäßig starke russische Minderheit im Baltikum zwar auf EU-Territorium leben, ein Großteil davon jedoch ohne entsprechende EU-Staatsbürgerschaft. Dieser Umstand wird auch in Zukunft Anlass genug geben russischen Interessen im Baltikum Nachdruck zu verschaffen.

Doch die Kremlführung will sich nicht darauf reduzieren lassen Stärke zu demonstrieren und allein durch wiederholte Drohgebärden auf sich aufmerksam zu machen. Vielmehr geht es um die vollwertige Anerkennung im internationalen Politikgeschäft mit allen dazugehörigen Attributen. Das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der russischen Akademie der Wissenschaften formulierte in einer Publikation (1) die Vision für eine zünftige Zusammenarbeit mit der EU. Ausgehend von der Grundannahme, dass Sicherheit und Stabilität im europäischen Raum nur dann gewährleistet werden können, wenn auch der östliche Teil in die ökonomische Entwicklung eingebunden wird, sollte ein gesondertes Abkommen, welches über die langfristig geplante Schaffung eines wie auch immer gearteten gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes hinausgeht, der Beziehung zwischen Russland und der EU einen gefestigten juristischen Status verleihen. Die AutorInnen pochen nicht auf eine EU-Mitgliedschaft, sondern schlagen stattdessen die Einrichtung eines speziellen EU-Russland-Ministerrates vor, welcher für beide Seiten verbindliche Entscheidungen treffen solle. Die gesonderte Einbindung Russlands in den europäischen Wirtschaftsraum könne so die negativen Aspekte der EU-Osterweiterung bis zu einem gewissen Grade wett machen.

Zwar steht außer Zweifel, dass Russland de facto über einen Sonderstatus verfügt, der sich unter anderem auch in dessen Mitgliedschaft im Club der G8 niederschlägt. Diese stellt jedoch der auswärtige Ausschuss des US-Kongresses bereits offen in Frage, da Russland in seiner demokratischen Entwicklung hinterher hinke. Hingegen erfährt die aktuelle antisoziale Politik des Kreml weder in den USA noch in Europa Kritik. Dem nicht genug: Eine der Hauptforderungen an Russland in Bezug auf dessen geplanten WTO-Beitritt lautet, dass es die Gaspreise auf Weltmarktniveau anheben müsse, was für russische Unternehmen und nicht zuletzt für die Bevölkerung fatale Folgen nach sich ziehen könnte.

Putin widersetzt sich dem zwar bislang, aber das Lavieren zwischen innenpolitischen Erwägungen und dem Wunsch, als vollwertiger Spieler auf internationalem Terrain zu agieren wirkt sich zunehmend nachteilig auf die Befindlichkeiten innerhalb der russischen Gesellschaft aus. Da ist es nur logisch, dass die Idee, Russland müsse sich isolieren, immer mehr um sich greift. Unlängst kursierte in der Kremladministration ein Papier mit dem Titel "Festung Russland". (2) Darin wird eine klare Absage an jegliche "westliche" Logik formuliert. Dies geht einher mit einer Reihe von Appellen, sich auf die historischen Errungenschaften der Großmacht Russland oder wahlweise der Sowjetunion zu berufen. Des weiteren steht darin geschrieben: "Durch die prinzipielle Unmöglichkeit den Westen einzuholen führt eine offene Wirtschaftsform in Russland zum Verschwinden als Staat." Und das klingt in den Ohren vieler wie eine Art "jüngstes Gericht".

Ute Weinmann

Anmerkungen:

1) EU-Osterweiterung. Voraussetzungen, Probleme, Folgen. Nauka, Moskau 2003, S. 273ff

2) Publiziert in einer Sonderbeilage der Novaja gazeta vom 15.3.2004

11. Manisch-repressiver Antikommunismus

Südkorea: Sieben Jahre Haft für Song Du-Yul

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:13

Nach 37-jährigem Exil sieben Jahre Gefängnishaft für den deutsch-koreanischen Hochschullehrer Song Su-Yul! Dieses Urteil fällte am 30. März der Vorsitzende Richter Lee Dae-Gyeong der 24. Strafkammer am Seouler Distriktgericht.

In seiner Urteilsbegründung führte der Richter aus: "Professor Song hatte eine Funktion als Kandidat des nordkoreanischen Politbüros inne. Professor Song hat die nordkoreanische Ideologie durch seine wissenschaftliche Arbeit in Südkorea verbreitet. Er hat Nordkorea nie ausreichend kritisiert, sondern mit seinen Büchern eine theoretische Grundlage für pro-nordkoreanische Aktivitäten in Südkorea geschaffen." Erschwerend käme hinzu, dass "der Angeklagte keine Reue gezeigt und sich nicht für seine Taten entschuldigt hätte." Allesamt, so der Richter, Verstöße gegen das Nationale Sicherheitsgesetz (NSG).

Mit diesem Urteil hat die südkoreanische Justiz einmal mehr demonstriert, wie sehr sie noch den Kategorien des Kalten Krieges verhaftet ist und im Stechschritt mit lernresistenten, doch strategisch positionierten Dunkelmännern des Nationalen Geheimdienstes (NIS) marschiert. Dies im Jahre 2004. Zudem in einem Mitgliedsland der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das sich vermeintlich von der bleiernen Vergangenheit der Militärdiktatur verabschiedet und eigentlich demokratischen Prinzipien verschrieben hat.

Spätes Opfer des Kalten Kriegs

Ende September 2003 war der an der Universität Münster lehrende deutsch-koreanische Sozialphilosoph Song Du-Yul mitsamt Familie in seine Heimat Südkorea zurückgekehrt. Ihnen wurde ein großer Empfang bereitet, landesweit waren Vorträge für den bekannten Gegner der Militärdiktatur und Mentor der außerparlamentarischen Bewegung arrangiert. Statt dessen nahm sich der NIS des Akademikers an. Wochenlang wurde er unter entwürdigenden Bedingungen verhört. Dann hakte die Staatsanwaltschaft nach und beschuldigte Song, massiv gegen das aus dem Jahre 1948 bestehende NSG verstoßen zu haben. Ja, mit Song sei ihr ein wahrhaft dicker Fisch ins Netz gegangen, der im Politbüro der Partei der Arbeit Nordkoreas Rang 23 bekleide, ein unbelehrbarer Bewunderer der dort herrschenden Dschutsche-Ideologie sei und dem Ansehen Südkoreas in der Vergangenheit schwer geschadet habe. (vgl. ak 482)

Südkorea: Würdig für die Buchmesse?

Starker Tobak, den die Staatsanwaltschaft auch nach einem viermonatigen Prozess in keinem einzigen ihrer Anklagepunkte beweiskräftig untermauern konnte. Selbst nachdem ihr Kronzeuge, ein vor Jahren aus dem Norden in den Süden geflohener Überläufer, vollends eingeknickt war, forderte die Staatsanwaltschaft eine 15-jährige Haftstrafe, ein aus ihrer Sicht noch "mildes" Strafmaß. Nach dem NSG existiert Nordkorea nur als "staatsfeindliche Organisation". Ginge es nach der Logik der Staatsanwaltschaft, so der Angeklagte in seinem Schlussplädoyer, hieße dies, "dass alle deutschen Angestellten der deutschen Botschaft in Pjöngjang das Nationale Sicherheitsgesetz verletzt haben. Auch der Leiter des Goethe-Instituts in Seoul, der gleichzeitig für die Betreuung der Bibliothek in Pjöngjang zuständig ist und deswegen häufig nach Nordkorea reist, (...) müsste folgerichtig den Tatbestand der ‚Infiltration und Flucht` erfüllen."

Die Staatsanwaltschaft in Seoul verteidigt das NSG als "positives Recht". Das ist nachgerade absurd: Einerseits verhindert dieses Gesetz die Vereinigung des weltweit letzten geteilten Landes. Zum anderen treffen sich regelmäßig die Spitzen von Politik und Wirtschaft beider Länder im Geiste einer so genannten "Sonnenscheinpolitik". Lange bevor dieser Ausdruck geprägt wurde, hatte sich kein anderer Intellektueller unter den Exilkoreanern in Europa so sehr für den Dialog und eine friedliche Aussöhnung auf der koreanischen Halbinsel eingesetzt wie Song Du-Yul. Paradox: Da trafen sich ebenfalls Ende März im nordkoreanischen Mount Kumgang Resort zum neunten Mal durch den Koreakrieg (1950-53) getrennte Familienangehörige aus beiden Landesteilen, während gleichzeitig in Seoul dumpfe Kommissköpfe einen Mann verurteilen, der sich für eben eine solche Nord-Süd-Annäherung verdient gemacht hat. Für diese Verdienste wurde Herr Song erst wenige Tage vor der Urteilsverkündung in der Seouler Myongdong-Kathedrale mit dem Ahn

Joong-Geun-Friedenspreis geehrt, der im Andenken an einen herausragenden Widerstandskämpfer gegen die frühere Kolonialmacht Japan (1910-45) vergeben wird.

Spätestens jetzt ist vom Auswärtigem Amt ein starkes Engagement für den seit 1993 deutschen Staatsbürger Song gefordert. Und die Leitung der Frankfurter Buchmesse sollte wohl überlegen, ob sie an Südkorea als Gastland der Buchmesse 2005 festhält und wie sie dieses Skandalurteil kritisiert. Denn einem Land, in dem Gedanken und Worte nicht frei sind und deren Justiz erklärtermaßen die Feder mehr ächtet als das Schwert, sollte nicht auch noch eine internationale Plattform zur Selbstzelebrierung gegeben werden.

Rainer Werning

12. Fragend streiten wir voran

2. Antirassistisches Forum vom 7. bis 9. Mai in München

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:14

Bereits im Oktober 2003 in Darmstadt und dann im Januar 2004 in München war über Sinn und Zweck eines erneuten antirassistischen Forums diskutiert worden. Als Folgeprojekt des kein-mensch-ist-illegal-Forums im letzten Jahr in Hannover (vgl. ak 471) sollen nun einerseits die damals thematisierten inhaltlichen Stränge weiterbearbeitet, zum anderen aber auch die übergreifenden und zusammenführenden Fragen stärker gewichtet werden. In Anlehnung an eine bekannte bundesweite Jahreskonferenz hat das Münchener Forum schon einen Spitznamen erhalten: Antirassistische BÜKO - lies: Bündelungskonferenz.

Kein mensch ist illegal, Karawane oder Kanak Attak ..., 3-A-Kampagne, Extrameeting oder Gesellschaft für Legalisierung ..., Noborder oder migrationsbezogene Vernetzung im europäischen Sozialforum ..., es ist in den letzten Jahren nicht einfacher geworden, einen Überblick darüber zu behalten, was sich in der antirassistischen Linken so tut. Vielfalt oder Zersplitterung? Diese Frage steht seit längerem im Raum. Einfach zu beantworten ist sie nicht. Mark Terkessidis hatte bereits auf der Campkonferenz 2003 in Köln für eine "Multitude gegen das Migrationsregime" plädiert, als versucht wurde, die unterschiedlichen Ansätze in eine gemeinsame Diskussionen zu bringen. In Köln wurde deutlicher denn je, wie groß die inhaltlichen Differenzen sind, dass es Konkurrenzen und Scheinkonkurrenzen gibt.

Köln hat aber auch gezeigt, wie sinnvoll und notwendig eine bessere Koordination wäre. Damit will und kann nicht Vereinheitlichung gemeint sein, nicht die Hegemonie des einen oder anderen Ansatzes. Koordination meint im besten Fall, Schnittmengen herauszuarbeiten und Bündelungen zu ermöglichen, die den gegenseitigen Respekt zur Grundlage haben; sich effektiver auszutauschen, abzustimmen und so gegenseitig zu stärken.

In diesem Sinne ist das 2. Antirassistische Forum in München angelegt: als Kombination aus unterschiedlichen Workshops, die den jeweiligen Ansätzen und Kampagnen Rechnung tragen, sowie der Behandlung übergreifenden Fragestellungen, die versuchen, gemeinsame Debatten in Gang zu setzen und inhaltliche Klammern zu schaffen.

Raus aus der Zersplitterung

"Bestandsaufnahme antirassistischer Praxis im Kontext des sozialen Angriffs" lautet der Titel des Eröffnungsplenums, in dem die Frage im Mittelpunkt stehen soll, ob und wieweit die aktuellen sozialpolitischen Angriffe die jeweilige antirassistische Praxis und ihre Perspektiven beeinflussen: Von dem banalen (?) Faktum, dass auch "Antira-AktivistInnen" mehr Zeit in der Lohnarbeit verbringen müssen, über die Einordnung des Lager- und Grenzregimes in die Steuerung der Arbeitsmärkte bis hin zu den verstärkten Bemühungen, Brücken zur Betriebs- und Gewerkschaftslinken zu schlagen, oder sich in Sozialforen zu engagieren.

"Zwischen Flucht und Migration - Migration als soziale Bewegung? - How is your liberation bound up with mine? ..." sind die Überschriften eines zweiten Plenums, das damit einige zentrale Fragestellungen aufgreift, die im vergangenen Jahr bereits zu lebhaften Debatten geführt haben. Was bedeuten die unterschiedlichen Subjektivitäten im Spektrum von politischer Flucht und Arbeitsmigration? Existiert eine Hierarchisierung antirassistischer Kämpfe und Forderungen? Oder wie lassen sich trotz unterschiedlicher Ausgangssituation gemeinsame Ziele formulieren? Und wie können damit die ja staatlich konstruierten Kategorien aufgehoben werden, ohne dem vereinfachende Vereinheitlichungen entgegenzusetzen?

Schließlich soll ein Abschlussplenum zur Klärung beitragen, welche strukturellen Querverbindungen und internationalen Bezüge möglich sind, gerade auch angesichts der unterschiedlichen Prioritätensetzungen sowie begrenzter Kapazitäten. Bündelung scheint dementsprechend in mehrfacher Hinsicht angesagt: Denn einerseits hat die antirassistische Linke bislang keine nennenswerte Mobilisierungskraft gewinnen können. Es bleiben zumeist einige hundert Leute, die sich an jeweiligen Aktionen beteiligen. Und die Strukturen erscheinen verzettelt und doch reichlich der Fluktuation unterworfen. kein mensch ist illegal z.B. steckt als bundesweites Netzwerk in der Krise, der alte Grenzcamp-Zusammenhang hat sich noch letztes Jahr aufgelöst. Andererseits haben die Spezialisierungen aber auch gewachsene Kompetenzen zur Folge, und einige

Kampagnen der letzten Jahre, wie z.B. zur "Deportation Class", brachten konkrete Ergebnisse mit sich. Die Selbstorganisierungsansätze von Flüchtlingen haben sich stabilisiert, die internationalen, europäischen Kontakte sind entwickelter denn je. Und mit den neuen Zusammenarbeitsversuchen mit der Betriebs- bzw. Gewerkschaftslinken (siehe Artikel auf dieser Seite) sind vielversprechende Brücken in andere soziale Felder aufgemacht.

Die antirassistische Linke hätte insofern gute Gründe, übergreifend Bilanz zu ziehen und sich zumindest einmal im Jahr zu einer Bündelungskonferenz zu sammeln. Ob diese Perspektive mit dem Münchener Forum auf den Weg gebracht wird, lässt sich angesichts der benannten Zersplitterung und häufig regional beschränkten Initiativen gleichwohl noch nicht absehen.

h., ag3f Hanau

Weitere Informationen: www.contrast.org/borders/kein/forum.html

13. Ganz entspannt im Supermarkt

Anmerkungen zum Thema "Aneignung"

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:15

"Alles für Alle und zwar umsonst": Teile der radikalen Linken haben die Aneignungspraxis (neu) entdeckt. Nicht nur in Berlin, Hamburg oder Köln sind "umsonst"-Kampagnen entstanden - eine Orientierung, die in der Linken jedoch nicht nur auf Gegenliebe stößt: "Eigentum und Diebstahl. Schwarzfahren für die Revolution?" lautete etwa Anfang April der kritische Titel einer Veranstaltung in Berlin.

Die linken Vorbehalte gegenüber Aneignung und Aneignungspraxis sind alt und weit verbreitet. Für die offizielle ArbeiterInnenbewegung sind "Einklauen" und "lumpenproletarischen Verhaltensweisen" eher moralisch anrüchig und/oder "kleinbürgerlich-anarchistisch". Für manche/n marxistische/n TheoretikerIn sind sie nur eine implizite Bestätigung des Privateigentums: "Hauptproblem ist dabei, dass sich mit der Aneignungspraxis niemals Produktionsverhältnisse thematisieren lassen. Mit der Orientierung auf Waren wird nicht gebrochen, man möchte sie eben nur umsonst." (1) Nun kann man sicherlich eine Reihe ernsthafter Bedenken gegen die momentanen "umsonst"-Kampagnen formulieren, doch dermaßen verkürzte Urteile werden dem Thema Aneignung und Aneignungspraxis kaum gerecht.

Aneignung stellt eines der konstituierenden Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaft selbst dar - ein Prinzip, das über Privateigentum und die bloße Aneignung von Waren weit hinausgeht. Das Kapitalverhältnis beruht auf der Dialektik von Aneignung und Enteignung. Die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet nämlich gleichzeitig die Enteignung des kollektiven Produktionsprozesses: Mit der Aneignung insbesondere der Ware Arbeitskraft eignen sich die Kapitalisten auch unbezahlte Mehrarbeit, den Mehrwert, sowie Zeit, Kreativität, Kontrolle und Macht an. Die Aneignung der lebendigen Arbeit ist gleichzeitig die Enteignung von Produktions- und Reproduktionsmitteln, die Enteignung der kollektiven Kontrolle über die eigenen Produktions- und Reproduktionsbedingungen. Hierin liegt das Wesen der kapitalistischen Aneignung: in der Aneignung unbezahlter Arbeit, des Mehrwerts, und damit der Herrschaft und Kommando über die lebendige Arbeit.

Enteignet die Enteigner!

Wenn Marx also von Kommunismus u.a. als der "Expropriation der Expropriateure" (2) spricht, so wäre es ein fatales Missverständnis, wenn seine NachfolgerInnen das lediglich auf die kollektive Aneignung von Gütern, also auf die Kollektivierung des Privateigentums reduzierten wollten. Worum es in einer linken Aneignungsperspektive vielmehr gehen muss, ist die kollektive (Wieder-) Aneignung des eigenen Lebens, d.h. der Bruch mit der kapitalistischen Herrschaft und Kontrolle über unsere Tätigkeiten, unsere Zeit, unsere Bedürfnisse.

Eine System sprengende Perspektive muss also über die Verteilungs- und Eigentumsfrage hinaus die sozialen und kulturellen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse diskutieren. Manche GenossInnen haben das als "Aneignung der Arbeit" bezeichnet. Dieses Label ist problematisch, weil es nahe legt, man könne sich die real existierende Arbeit und diese Arbeitsbedingungen einfach zu eigen machen. Aber "Aneignung der Arbeit" als "Kampf gegen die Arbeit", als Kampf gegen die Herrschaft und Kontrolle im Arbeitsprozess, in den Arbeitsbedingungen, in der Arbeitsorganisation, im Technikeinsatz - das wäre schon die richtige Stoßrichtung.

Im Sinne einer Aneignung der eigenen Existenzbedingungen ist eine kommunistische Aneignungsperspektive somit nicht nur möglich, sondern auch zwingend erforderlich. In dieser Perspektive wird deutlich, dass Aneignung von links gedacht sehr viel mehr ist als nur die "Aneignung von Waren und zwar umsonst".

Auch unabhängig von irgendwelchen linken Kampagnen gibt es eine mehr oder weniger weit verbreitete Aneignungspraxis: Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Stromklau, Versicherungsbetrug, die kleinen und größeren Bescheißereien gegenüber Sozial- und Arbeitsämtern etc. All diese Praktiken stellen - zumindest vordergründig - tatsächlich weder die Ware noch das Privateigentum in Frage, erst recht nicht die kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen. Und in irgendeiner Weise revolutionär sind sie schon gar nicht. Sie sind vielmehr konkrete Umgangsweisen mit den herrschenden Alltagsbedingungen.

Manchmal sind sie Überlebensstrategie, manchmal Ausdruck von Konsumismus, manchmal einfach nur Lust am Abenteuer oder Ausdruck sportlichen Ehrgeizes.

Schwarz fahren, Stromklau, Sabotage

Und dennoch greift selbst hier der Vorwurf der Warenorientierung zu kurz. In aller Regel beinhaltet eine solche Praxis nämlich auch eine individuelle Rebellion gegen den Konsumverzicht und damit gegen die gesellschaftlich verordnete Verweigerung von Bedürfnisbefriedigung. Wo Bedürfnisse nur über den Konsum von Waren befriedigt werden können und wo die Teilnahme am Warentausch in zentralem Maße über gesellschaftliche Exklusion oder Inklusion entscheidet, ist auch die individuelle Aneignung eine systemimmanente Rebellion gegen den gesellschaftlichen Ausschluss bzw. für gesellschaftliche Teilhabe. Wenn mache linke KritikerInnen hier nur die angeeignete Ware, aber nicht das angeeignete Bedürfnis sehen, dann entgeht ihnen das subversive Potenzial in solchen Handlungsweisen - nämlich der Wille, auch ohne allgemeines Äquivalent in den Genuss von Gebrauchswerten zu kommen.

Real existierende linke Aneignungspraktiken beinhalten immer drei Momente: a) Sie zielen auf eine kollektive und egalitäre Aneignung von Gebrauchswerten, d.h. für eine gesellschaftliche und gleiche Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Parole "Alles für Alle" bringt das auf den Punkt. b) Sie formuliert das uneingeschränkte und unbedingte Recht auf Bedürfnisbefriedigung für jeden und jede. Sie sind also der aktionsmäßige Ausdruck einer Orientierung auf das unteilbare und unbedingte Existenzrecht eines jeden Menschen, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zuschreibung, Alter oder Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt; ein Recht, das eben nicht vom Staat gefordert, sondern in der eigenen Praxis hier und jetzt durchgesetzt wird. c) Sie setzten auf die kollektive Aktion, auf die "Propaganda der Tat", auf Verbreiterung und Kommunikation der eigenen Politik. Es geht also nicht zuletzt auch um die Vermittlung von Kampferfahrungen, Tipps und Tricks.

Alle drei Komponenten machen aus einer solchen Praxis vielleicht keine revolutionäre Strategie (m.W. hat das aber auch niemand behauptet), nichts desto weniger können sie aber sozialrevolutionäre Alltagspraxis begründen, mit einer dezidiert antikapitalistischen Perspektive: Die Umsetzung des Existenzrechts für alle jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik hier und jetzt.

Es ist richtig, dass manche dieser Aneignungskampagnen in der Thematisierung der kollektiven Bedürfnisbefriedigung, der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, eine offene Flanke in Bezug auf die Thematisierung der Produktions- und Reproduktionsbedingungen, der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, hatten und haben. Das galt z.B. schon bei der Entstehung der Existenzgeldforderung Anfang der 1980er Jahre. Formuliert als Kampf gegen die Arbeit und als Abwehrparole gegen das "Recht auf Arbeit" wurde die Arbeit und die kapitalistischen Verwertungsbedingungen zwar theoretisch thematisiert, eine entsprechende Praxis blieb hingegen immer minoritär. Die Parole "Wir nehmen uns, was wir brauchen" transportierte zwar die kollektive Bedürfnisbefriedigung, doch in dem Maße, wie der Kampf gegen die Arbeit wegfällt, blieb eine so konzipierte Aneignungspraxis tendenziell reproduktionsorientiert.

Das ist allerdings kein Argument gegen Aneignungspraxis an sich, sondern gegen ihre Verkürzungen. Es käme darauf an, den Begriff Aneignung und die entsprechenden praktischen Schritte breiter zu fassen: Aneignung der Produktionsmittel, Aneignung und kollektive Selbstbestimmung der Produktionsbedingungen, Aneignung und kollektive Selbstbestimmung über alle Bereiche des Lebens.

Orientierungspunkte für solche Ansätze gibt es in der Geschichte linker Aneignungskämpfe durchaus: in der Häuserbewegung der 1970/80er Jahre oder den Kämpfen der Jobber- und Erwerbslosenbewegung. Die militanten Betriebskämpfe Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre um die Entkoppelung von Einkommen und Produktivität beinhalteten ebenso eine Aneignungspraxis wie die gleichzeitigen selbstbestimmten (Miet-)Preisreduzierungen. Parolen wie "Wir wollen Alles", "Weniger arbeiten, mehr Geld, noch weniger arbeiten", "Autoriduzione" (3), "Miete ist Raub" drücken das genauso aus wie die ersten Null-Tarif-Kampagnen (Rote-Punkt-Aktionen).

Heute kann eine (sozial-)revolutionäre Alternative zur Agenda 2010 und der damit verbundenen Umstrukturierung von Produktion, Reproduktion und sozialpolitischer Re-Regulierung gar nicht auf eine Aneignungspraxis verzichten. Nur so kann die abstrakte Vorstellung eines Existenzrechts oder von sozialen Grundrechten praktisch gemacht werden.

Das Problem bei Aktionen wie etwa den "umsonst"-Kampagnen liegt also überhaupt nicht im Moment der Aneignung selbst, im Gegenteil. Es liegt vielmehr - ähnlich wie bei dem Versuch, 1999 eine "Existenzgeldkampagne" loszutreten - im Charakter der Kampagne.

Die neoliberale "Kolonisierung der Lebenswelten" in den Köpfen der Menschen kann nur aufgebrochen werden, wenn es der Linken gelingt, praktisch in die gesellschaftlichen Basisprozesse von Produktion und Reproduktion zu intervenieren. Wenn man das aber ernsthaft durchdenkt, setzt das eine linke Alltagspräsenz und linkes Alltagsverhalten voraus, das heute praktisch völlig verschwunden ist: in den Betrieben und Büros, in den Stadtteilen, in den Mietshäusern, den Kindergärten, den Sozial- und Arbeitsämtern etc. etc. Diese Leerstellen werden nicht durch noch so gut gemeinte Kampagnen gefüllt, sondern durch Basisorganisierung und die (Re-) Politisierung des eigenen alltäglichen Kampfes, die eigenen Existenzbedingungen auf die Reihe zu bekommen.

Kampagne und/oder subversiver Alltag

Das ist der wesentlichste Unterschied der jetzigen Kampagnen zu ihren historischen Vorläufern: Damals waren Aneignung und Aneignungskampagnen eingebettet in eine linke und linksradikale Alltagspraxis von Sozialberatung, Hausbesetzung, Ämterbegehung/Ämteragitation und Besuchen bei Chefs, die keine Löhne gezahlt hatten.

Für sich genommen und als reine Kampagnenslogans hatten und haben Parolen wie "Wir wollen Alles" und "Wir wollen nicht nur ein Stück vom Kuchen, sondern die ganze verdammte Bäckerei" ja durchaus auch die erwähnte offene Flanke. Eingebunden in die damaligen Klassenauseinandersetzungen war Aneignung jedoch Teil einer sehr viel breiteren klassenkämpferischen Praxis. Und sie zielte gleichzeitig als Aneignung des eigenen individuellen und kollektiven Lebens auch auf eine ganz andere Gesellschaft: auf ein Ende der Warenbeziehungen und auf eine Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse nicht in erster Linie an die Macht will, sondern in erster Linie keine Arbeiterklasse mehr sein will.

Wie eine solche Praxis heute, unter geänderten gesellschaftlichen Bedingungen, aussehen kann, weiß niemand wirklich. Hier ist das Feld für Experimente weit offen, und in diesem Sinne wäre die Auseinandersetzung mit den konkreten Aneignungskampagnen zu führen. Es geht dabei nicht um eine besserwisserische (und tendenziell praxisfeindliche) Kritik, sondern vielmehr darum, auf welche Weise heutzutage Aneignungspolitik auf alle Bereiche des Lebens ausgeweitet und alltagsmächtig gemacht werden kann. Und das ist eine Aufgabe, die letztlich nur praktisch von Leuten gelöst werden kann, die sich auch politisch im sozialen Alltag bewegen.

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Aus einem Einladungstext für die genannte Veranstaltung in Berlin

2) Enteignung der Enteigner

3) Selbstreduktion; Bezeichnung für die Anfang der 1970er Jahre in Italien weit verbreitete Praxis der selbstbestimmten Mietkürzungen

14. Die Kosten rebellieren ...

Internationale Versammlung zu Prekarisierung

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:16

Maßgeblich initiiert von LabourNet Germany und in Zusammenarbeit mit kein mensch ist illegal findet vom 25. bis 27. Juni 2004 in Dortmund eine internationale Versammlung unter dem Titel "Die Kosten rebellieren" statt. Ziel der Konferenz: Gewerkschafts-, Betriebslinke und Erwerbsloseninitiativen einerseits und antirassistische AktivistInnen und migrantische Selbstorganisationen andererseits sollen in eine längst überfällige, verstärkte gemeinsame Debatte gebracht werden.

Prekarisierung" - der Begriff erfreut sich zunehmenden Gebrauchs - und das ist erstmal gut so. Denn zumindest in seinem Bedeutungspotenzial hebt er sich wohltuend ab von den wenig sagenden Parolen gegen Kahlschlag und Sozialabbau: So kommt die Thematisierung von prekärer Arbeit weder an Frauenarbeit und noch weniger an migrantischer Arbeit vorbei. Prekarisierung verweist zudem auf die gesamte Existenz, auf die Tatsache, dass Arbeit und Freizeit zunehmend entgrenzt werden. Und nicht zuletzt eröffnet der Begriff eine (post)operaistische Lesart der aktuellen Ausbeutungsstrategien.

"Prekäre, flexible Jobberei" war in früheren Zeiten durchaus positiv besetzt. Die "Flexibilisierung von oben" war eine notgedrungene Antwort auf die zunehmende Verweigerung gegenüber dem 40-Stunden-Fabrikdiktat. Ein aktueller Slogan für eine 1.-Mai-Demonstration in Italien lautet dementsprechend: "We live in precariousness, we want flexicurity!". Und damit ist die Frage nach Forderungen und Zielen gestellt, die in einem "zurück zu alten, garantierten (Ausbeutungs-)Verhältnissen" weder aufgehen können, noch wollen ...

Am 25. Juni, zum Auftakt der Prekarisierungskonferenz in Dortmund, wird dieses vielschichtige Bedeutungspotenzial jedenfalls zur Sprache kommen. Die Tatsache, dass sich in steigender Tendenz auch die früheren "IG-Metall-Normalarbeitsverhältnisse" prekarisieren, soll dabei jedoch nicht zu einer plumpen Vereinheitlichungsfloskel à la "wir sind alle Prekäre" führen. Bereits am Eröffnungsabend werden vielmehr ganz "unterschiedliche Handlungsansätze aus dem Kaleidoskop prekarisierter Arbeitsverhältnisse" zur Sprache kommen: vom Netzwerk migrantischer HausarbeiterInnen über die selbstorganisierte Interessenvertretung von Medienbeschäftigten bis zu streikenden Leiharbeitern bei der Post in Istanbul.

Der Konferenzsamstag wird dann zunächst von Arbeitsgruppen geprägt sein; zwei Beispiele aus der Bandbreite der bisher geplanten Angebote:

- "Arm per Tarifvertrag" wird nicht nur die spezifische Situation im Reinigungssektor unter die Lupe nehmen. Der Titel macht bereits klar: Tarifverträge sind längst keine Garantie mehr für ein solides Einkommen, die Leiharbeitstarifierung hat hierbei "neue Maßstäbe nach unten" eröffnet ...

Kaleidoskop prekarisierter Arbeitsverhältnisse

- "Neue Formen der Organisierung in prekären, migrantischen Arbeitsverhältnissen" lautet der Titel eines anderen Workshops, zu dem auch Gäste der französischen Basisgewerkschaft SUD sowie des Latino-Workers-Centers aus New York erwartet werden. Hier sollen Erfahrungen, Voraussetzungen und Möglichkeiten, aber auch Begrenztheiten außer- wie alternativgewerkschaftlicher Handlungsansätze reflektiert werden.

Samstagabend gerät mit Metro nicht zufällig einer der weltweit größten Handelskonzerne ins Visier. Denn auf ganz unterschiedlichen Ebenen profitiert Metro von prekarisierten Arbeitsverhältnissen: Zum einen bei den direkt in den Metro-Märkten Beschäftigten, die z.B. in der Türkei wegen Mitgliedschaft in einer unabhängigen Gewerkschaft entlassen werden. Zum anderen über die transnationalisierten Zulieferketten aus Billiglohnzonen, sei es mit Gemüse aus Südspanien, das in den Cash- und Carry-Märkten vertrieben wird, sei es mit Computerteilen aus Rumänien oder China, die bei Media-Markt in den Regalen landen.

Schnittstellen sichtbar machen

Die Bedeutung der internationalen Ausrichtung von Handlungsansätzen, die eben nicht an deutschen oder (ab Mai erweiterten) EU-Grenzen Halt macht, wird am Metro-Beispiel schon überdeutlich. Dementsprechend steht

die Frage von transnationalem Austausch, Koordination oder gar Organisierung ziemlich weit oben auf der Tagesordnung, wenn zum Konferenzabschluss am Sonntag weitere Perspektiven diskutiert werden.

Doch die zentrale Herausforderung liegt zunächst zweifelsohne darin, was bereits im Aufruf als Anspruch formuliert steht: "Wir möchten an der gesellschaftlichen Schnittstelle prekäre Beschäftigung und (legale wie illegale) Migration in beide Richtungen die Grundlage für eine intensivere Zusammenarbeit legen". Spannend wird also die Frage sein, inwieweit es gelingen wird, diesen "heterogenen Kreis von politischen Gruppen, von migrantischen Selbstorganisationen bis zu GewerkschafterInnen, von antirassistischen bis zu Erwerbslosen-, Jobber- und Anti-Hartz-Initiativen für kontroverse Debatten zu versammeln, sich darin auf strategische Ansatzpunkte und politische Forderungen zu verständigen."

Das Interesse und die zugesagte Beteiligungen an der Konferenz wachsen jedenfalls beständig. Nun bleibt zu hoffen, dass auch die Vorbereitung und der Verlauf weiterhin in produktiven Bahnen verläuft. Einfach und konfliktfrei wird die Diskussion dabei jedoch nicht werden. So wird beispielsweise in der aktuelle Ausgabe des Grundstein, der Mitgliederzeitung der IG BAU, zur Denunziation (migrantischer) SchwarzarbeiterInnen aufgerufen. Das ist und bleibt unerträglich und indiskutabel. Jedoch sollte darüber nicht vergessen werden, dass es innerhalb der IG BAU reichlich andere Ansätze gibt und dass bis auf Vorstandsebenen über die Notwendigkeit transnationaler Gewerkschaftsorgansierung diskutiert wird. Insofern sollte vermieden werden, bei den anstehenden Debatten in vereinfachenden Polarisierungen zu verfallen, in denen sich gegenseitig wahlweise Protektionismus und Rassismus bzw. Lohndumping und Utopismus (für offene Grenzen) vorgeworfen wird. Spannender erscheinen da vielmehr die Zwischentöne und Ambivalenzen, damit am Ende die "Kostenpunkte" wirklich und spürbar rebellieren.

h., ag3f Hanau

Weitere Informationen: www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/kongress.html

15. "Selbstgenügsamkeit finde ich schrecklich"

Wahlalternative, soziale Bewegung und Organisierung

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:17

Norbert Hackbusch ist Mitglied im Vorstand der Hamburger WählerInnenvereinigung REGENBOGEN - Für eine neue Linke. Dirk Hauer sprach für ak mit ihm über den Widerstand gegen die Agenda 2010 und die Diskussion um eine neue linke Wahlalternative

ak: Mal ein bisschen ketzerisch: Brauchen wir zur Zeit wirklich eine neue Wahlalternative?

Norbert Hackbusch: Ja, das brauchen wir dringend. Das Problem ist ja, dass die Linke angesichts der momentanen gesellschaftlichen Veränderungen nicht in der Lage ist, irgendeinen gesellschaftlich relevanten Widerpart zu bilden. Bei aller Liebe: Die linksradikalen und autonomen Kleingruppen können vielleicht eine Bauwagendemo organisieren, aber sie sind gegenwärtig nicht in der Lage, wirklichen gesellschaftlichen Widerstand zu organisieren.

Können nicht die sozialen Bewegungen, für die vielleicht attac stehen könnte, diesen gesellschaftlichen Widerpart zur Agenda 2010 bilden?

Ich bin da insgesamt skeptisch und sehe mich durch die Erfahrungen aus anderen Ländern bestätigt. Man muss ehrlicherweise sagen, dass überall dort, wo es nennenswerten gesellschaftlichen Widerstand gibt, dieser in den klassischen Strukturen abläuft: Gewerkschaften, Parteien - und wenn es linksradikale Parteien sind. Diese Strukturen sind das wesentliche Rückgrat und nicht irgendetwas Neues.

Aber ist an der Diskussion um eine linke Wahlalternative mehr dran, als nur den Druck auf die SPD zu erhöhen?

Die Debatte findet vor dem Hintergrund statt, dass es inzwischen ein Vakuum links von der Sozialdemokratie gibt; das, was die Grünen früher mal besetzt hatten. Da erreicht die Diskussion um eine Wahlalternative schon die Medienöffentlichkeit und erzielt in gewissem Maße durchaus Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs.

Die momentane Debatte wird ja eher im linkssozialdemokratischen Bereich geführt, also auf der Grundlage relativ traditioneller Sozialstaatsvorstellungen. Der REGENBOGEN hingegen steht eher für eine antiautoritäre und staatskritische Strömung in der Sozialpolitik. Verschwindet dieses Spektrum jetzt nach den Wahlerfahrungen in Hamburg und angesichts der Diskussion um die Wahlalternative?

Dafür sehe ich keinerlei Anzeichen. Dieses Spektrum artikuliert sich nach wie vor. Die Frage ist hier die nach der gesellschaftlichen Ausstrahlung. Und da gibt es für mich gerade in Bezug auf die Wahlalternativdiskussion interessante Entwicklungen. Der BR-Vorsitzende bei Porsche hat z.B. zu Hartz IV gesagt, dass er gerade den Angriff auf die Schwächsten in dieser Gesellschaft eine haarsträubende Unverschämtheit findet. Dass jetzt jemand die Rechte von Langzeiterwerbslosen verteidigt, der sonst immer "Arbeit, Arbeit über alles" hochgehalten hat, und das in einer Talk Show, das ist für mich ein Indiz dafür, dass es sich lohnen würde, gesellschaftliche Auseinandersetzungen um soziale Rechte anzustoßen, die weit über das undogmatische Spektrum hinausgehen können.

Außerdem stellt die gesellschaftliche Entwicklung selbst den alten Sozialstaatsgedanken in Frage. Das ist ja nicht nur das Ergebnis des neoliberalen Projektes. Das beschreibt z.B. Negri völlig zurecht. Wenn die neue Wahloption also überhaupt irgendwas werden soll, dann muss sie sich mit etwas Neuem verbinden. Und da werden sich die InitiatorInnen anstrengen müssen. Sie werden nicht mit ihren alten langweiligen sozialdemokratischen Positionen daher kommen können. Man merkt den Papieren auch an, dass sie sich zumindest des Themas bewusst sind.

Trotzdem: Ich habe eher den Eindruck, dass die Diskussion um die Wahlalternative eine Diskussion der alten linken Sozialdemokratie ist, die gerade untergeht und ihren alten Sozialstaat behalten will. Die neue Diskussion um eine radikalreformerische Neukonzeption von Sozialstaat kommt im Moment gar nicht vor.

Na, das ist doch auch klar. Zum einen wird diesen Leuten die Sozialstaatskritik von rechts um die Ohren gehauen. Da ist es schon klar, dass man auf bestimmten alten sozialstaatlichen Elementen beharrt. Dieser

Impetus "des Neuen" macht misstrauisch, und das gar nicht so zu unrecht. In einer Situation, wo unter dem Label des "Modernen" alles zerschlagen wird, werden diejenigen, die das Alte behalten wollen, immer ein Teil des Widerstandes sein.

Du gehörtest im REGENBOGEN zu denjenigen, die sich bei der Hamburger Bürgerschaftswahl am deutlichsten für eine Wahlbeteiligung und für das Wahlbündnis auch mit den traditionslinken Organisationen stark gemacht hatten. Ist diese Hinwendung zu linkssozialdemokratischen Positionen nicht gescheitert?

Ich würde innerhalb der Linken immer ganz hart diskutieren, dass Wahlbeteiligungen entscheidend wichtig sind. Gerade die Linke in Deutschland hat die Tendenz, sich in sich selbst, in die eigenen kleinen Zirkel zurückzuziehen und sich dort wohl zu fühlen. Diese Selbstgenügsamkeit, auch in den Aktionen, finde ich schrecklich. Angesichts der jetzigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist eine solche Linke fast uninteressant, sie hat keine gesellschaftliche Wirkung. Deswegen muss man sich immer die Frage stellen: Wie viele Leute sind wir? Werden wir mehr?

Du hast das Argument stark gemacht, dass Wahlen und Wahlbeteiligungen als Terrain der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wichtig sind. Besteht da aber nicht ein Problem bei einem Organisationsansatz, der so Top down daherkommt? Werden dadurch nicht gesellschaftliche Auseinandersetzungen auf Wahlkämpfe reduziert?

Selbst die Wahlen in Hamburg, die uns ja eigentlich völlig überfordert haben, haben gezeigt, dass Leute, die in diesem Zusammenhang aktiv geworden sind, das auch jetzt und weiterhin sind. Die haben ihre Strukturen keineswegs verloren. Es gibt ja Zusammenhänge und Vernetzungen, Initiativen, Bündnisse etc., die auch unabhängig von Wahlen weiter aktiv sind. Wahlen und Wahlbeteiligung und solche Strukturen schließen sich offensichtlich nicht gegenseitig aus.

Wenn ich das richtig verstehe, wird die momentane Wahlalternative als neue Parteigründung diskutiert. Wäre bei dem momentanen Parteien- und Organisationsspektrum in diesem Milieu - SPD, PDS, DKP, Gewerkschaften - nicht ein Wahlbündnis die vernünftigere Alternative?

Wir haben ja in Hamburg mit der letzten Bürgerschaftswahl konkrete Erfahrungen mit einem Wahlbündnis gemacht, und man muss schon zugeben, dass die Kräfte so schwach waren, dass man froh war, überhaupt das Bündnis hinzubekommen, geschweige denn überhaupt einen richtigen Wahlkampf zu führen. Von daher spricht vieles dafür, dass man eigentlich eine neue Organisation bräuchte. Drei Momente sind hier wichtig: erstens, die PDS ist im Westen gescheitert. Die müssen einfach akzeptieren, dass sie eine Ostpartei sind und daraus organisatorische Konsequenzen ziehen. Zweitens: Die Bindung der Gewerkschaften an die SPD verhindert, dass die Gewerkschaften wirklich eine Alternative zu Schröder und zur Agenda 2010 formulieren können. Und drittens: Wir haben nur ein gewisses Zeitfenster zur Verfügung. Gerade jetzt in Hamburg merken wir sehr deutlich, dass es nur dann möglich ist, etwas links von der SPD auf die Beine zu stellen, wenn die Sozialdemokratie regiert. Bei einer CDU-Regierung greifen wieder die ganzen Illusionen vom kleineren Übel in Bezug auf Sozialdemokratie und Grüne.

Also jetzt Parteiaufbauarbeit?

Ich habe beim ESF in Paris gelernt, dass z.B. die Franzosen etwas haben, was uns hier völlig fehlt, nämlich die Weitergabe von gesellschaftlichen und Widerstandserfahrungen auch über Generationen hinweg. Und für einen solchen Transfer von Erfahrungen braucht es tatsächlich vernünftige Organisationsformen. Die linken und linksradikalen Formationen, die immer wieder ad hoc entstehen, können das nicht leisten. Die sind in ihrem Agieren und Verhalten oft viel angenehmer und besser als die tradierten parteiförmigen Strukturen, aber eine Weitervermittlung von Erfahrungen kriegen sie nicht hin. Gerade in Deutschland habe ich oft den Eindruck, dass jede Generation das Rad neu erfinden muss. Dieses Problem durch eine Partei lösen zu wollen, ist natürlich falsch. Aber das bedeutet ja nicht, dass man sich nicht damit auseinander setzen soll.

Darüber hinaus zeigt sich am Beispiel REGENBOGEN auch, dass eine nationale, bundesweite Option notwendig ist. Das ist zwar furchtbar und schade, aber es ist so. Die Auseinandersetzung ist eben keine regionale, sondern eine nationale, wenn nicht gar eine internationale. Nur mit lokalen Gruppen kann man nichts erreichen, man wird noch nicht einmal genügend Aufmerksamkeit erzielen.

Aber haben Wahlen und Wahloptionen nicht nur dann Sinn und Aussicht auf Erfolg, wenn es starke Bewegungen gibt, die sie vor sich hertreiben?

Na ja, Demonstrationen von 500.000 Leuten sind ja durchaus schon was Besonderes. Da sind schon viele Leute in Bewegung, und sie stehen gegen die Bundesregierung. Wir sind doch nur deshalb so skeptisch, weil diese Bewegung keine kräftigen eigenen Züge trägt. Was in der Tat fehlt, ist eine organisatorische Orientierung. Ob das eine Wahlalternative sein muss, weiß ich auch nicht genau. Andererseits reißen mir im Moment die Gewerkschaften den Mund ein bisschen weit auf. Schließlich sind ihre RepräsentantInnen fast alles eingeschriebene und wichtige Sozialdemokraten. Und vor diesem Hintergrund spricht schon einiges dafür zu sagen: "Nein, das machen wir nicht mehr mit. Wir bauen eine Wahlalternative zur SPD auf."

Das heißt, man muss eine Kraft entwickeln, die unabhängig von den Gewerkschaften ist?

Das immer. Unabhängig von den Gewerkschaften etwas auf die Beine stellen zu können, ist wunderbar.

Aber damit hättest du wahrscheinlich innerhalb dieser Wahlalternative durchaus Probleme. Wenn ich das richtig sehe, ist sie doch sehr gewerkschaftsfixiert.

Ja, diese Wahlalternative ist bisher noch gar nichts für mich. Bisher habe ich nur gesehen, dass das ein paar Leute sind, die irgendwas ins Internet stellen. Ich denke, dass es dieses Vakuum links von der SPD gibt und dass dort etwas entstehen könnte. Aber es wird nicht einfach sein, das einzusammeln. Vielleicht braucht es dazu in bestimmten historischen Situationen auch bestimmte Personen. Ich glaube z.B. mit Leuten wie Gysi und Lafontaine würde das ganze noch eine ganz andere Dynamik entfalten. Aber damit müsste man sich dann konkret auseinander setzen, nicht mit dem, was sich jetzt ein paar Leute mehr oder weniger am Schreibtisch ausgedacht haben.

Wie siehst du angesichts dieser Diskussionen um Vakuum, linke Wahlalternative etc. die Rolle des linksradikalen Spektrums? Kannst du was mit einer Haltung anfangen, die da sagt: "Wir machen uns doch nicht die Finger schmutzig bei der Neugründung einer linkssozialdemokratischen Partei"?

Ich habe vollstes Verständnis dafür, wenn sich Linksradikale da nicht die Finger schmutzig machen wollen. Allerdings gebe ich zu bedenken: Die GenossInnen sollten ihre eigene Situation nicht überschätzen. An der eigenen Geschichte müssten die eigentlich erleben, mit welcher Geschwindigkeit man plötzlich mitten im System landet, wie wenig "nachhaltig" die eigene linksradikale, autonome Politik gewesen ist und wie schnell man auch im eigenen Alltag ganz systemimmanent agiert. Deshalb ist meine Anforderung auch hier eigentlich immer die, gesellschaftlich zu wirken, zu sagen: Wie ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung? Welche Rolle spiele ich darin? Uns allen täte es gut, wenn linksradikales Gedankengut, das ja eh nur schwach ausgeprägt ist, in diesen Auseinandersetzungen eine Rolle spielen würde. Angesichts des momentanen gesellschaftlichen Roll Backs halte ich diese Auseinandersetzung und das Einmischen in die gesellschaftliche Auseinandersetzung für existenziell notwendig.

"Es gibt ein Vakuum links von

der Sozialdemokratie"

"Für einen Transfer von Erfahrungen braucht

es tatsächlich vernünftige Organisationsformen"

"Ich beharre darauf: Wahlbeteiligungen

sind entscheidend wichtig"

"Eine Linke, die sich in gesellschaftliche

Auseinandersetzungen nicht einmischt,

ist fast uninteressant!"

16. Reflexionen über das Erinnern

Der Roman "Eine Art Liebe" basiert auf biografischen Daten Saul Friedländers

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:18

Linear erzählte Geschichten finden leichter ihr Publikum als Bücher, deren Inhalt sich an der komplexen, verschachtelten und chaotischen Präsenz von Wirklichkeit orientieren. In diesem Sinne hat es sich Katharina Hacker und auch ihren LeserInnen nicht einfach gemacht. Wer sich auf den sehr feinfühlig und zart erzählten Roman "Eine Art Liebe" über die Beziehung zweier Menschen und die sie prägenden Geschichten einlässt wird belohnt.

Sophie, eine deutsche Studentin aus Freiburg und alter ego der Autorin hält sich im Sommer 1990 zum Studium an der Hebräischen Universität in Jerusalem auf und lernt dort den Anwalt Moshe Fein kennen, der sich fortan besorgt und rührend um Sophie kümmert. Er erzählt der jungen Deutschen seine Geschichte, die Geschichte der Vertreibung der Familie Fein 1938 aus Berlin, Charlottenburg und ihres Exillebens in Frankreich. Seine Eltern konnten den Häschern der Nazis nicht entkommen, während Moshe, damals noch Moses, um den Preis seiner Identitätsverleugnung in einem katholischen Internat überlebte. Er erhielt die Taufe und aus dem Juden Moses wurde der Katholik Jean Marie. Dies war die Bedingung der mit Marschall Petain sympathisierenden katholischen Internatsleitung. Dort freundete er sich auch mit dem Schulkameraden Jean an, der ihm im Lauf der Zeit zu einem Bruder wird. Die Eltern von Moses Fein versuchten ohne ihren Sohn über die Schweizer Grenze zu gelangen. Das misslang und Moses alias Jean Marie sah sie nie wieder. Wie sich später herausstellte, hätten sie mit Kind eine bessere Chance gehabt, da die Schweizer Grenzer bevorzugt Familien den rettenden Einlass gewährten und kinderlose Paare abwiesen. Moses überlebt und bleibt mit der einzigen ihm nahen Person, Jean, in Verbindung.

Wie funktioniert Erinnern?

Doch schon sehr früh scheint Jean eine Bürde mit sich zu tragen. Er entschließt sich schon als Schüler dem Trappistenorden beizutreten, der sich das Schweigegelübde auferlegte. Die Faszination für ein karges religiös-geistiges Leben wird anfänglich auch von Moses geteilt, doch letztendlich trennen sich ihre Wege. Jean-Marie macht sich 1948 - nun wieder als Moses Fein - auf den Weg nach Israel, wo er nach einem Studium später heiratet und als Rechtsanwalt für die kleinen Leute tätig ist. Jean wird Mönch im Kloster und der Kontakt zwischen den beiden "Brüdern" wird immer spärlicher. Moses besucht ihn noch ein paar Mal und trifft sich mit ihm in Venedig. Moses bittet Sophie die Geschichte von Jean aufzuschreiben, denn Jean ist zu Beginn des Romans bereits seit drei Wochen tot.

Katharina Hacker lernte während ihres Studiums in Israel den Historiker Saul Friedländer kennen und assistierte ihm auch bei den Recherchen zu seinem Werk "Das Dritte Reich und die Juden". Saul Friedländer hatte die Geschichte seiner Rettung und der Vernichtung seiner Eltern bereits viel früher unter dem Titel "Wenn die Erinnerung kommt" 1979 veröffentlicht. Die biografischen Daten Friedländers bilden die Grundlage für den Roman "Eine Art Liebe", den Katharina Hacker Saul Friedländer widmete, auch wenn sie im Nachwort betont, dass zwischen Moses Fein und Saul Friedländer keine Ähnlichkeit feststellbar sei.

Wie erinnern, wenn der Ablauf einer Geschichte im Dunkeln liegt und imaginiert werden muss? Denn letztendlich hat Moses Fein nie Gewissheit über das genaue Schicksal seiner Eltern erlangt. Ihre Spuren verlieren sich, nachdem sie wieder nach Frankreich ausgewiesen wurden. Aber braucht die Erinnerung nicht Daten, oder zumindest überlieferte Geschichten? Für Sophie stellen sich ganz andere Fragen: Wie kann sie sich eine fremde Geschichte aneignen? Was ist zu tun, wenn ihr von Moses eine Geschichte geschenkt wird, zumal es die erlebte Geschichte eines Juden ist, der sie zur weiteren Verarbeitung in die Hände einer deutschen Autorin legt? Wie stark darf sie auf Details insistieren, wenn das Erinnern so schmerzhaft ist? Diese Fragen stellen sich auch den LeserInnen, wenn Katharina Hacker ungemein sensibel den Prozess der Geschichtspreisgabe und -aneignung schildert. Dabei gelingen ihr immer wieder wunderbare Passagen mit klugen Reflexionen über das Erinnern:

Erinnern ist nicht linear

"Du erzählst so durcheinander, dass man es sich nicht merken kann und ganz wirr wird. ‚Still. Alles ist Durcheinander, Tohuwabohu, und wenn es ein Vorher und Nachher gibt, gerät es durcheinander, weil wir nicht den Verstand haben, zusammenzutun, was zusammengehört, und zu trennen, was getrennt gehört. Und um uns, die wir nicht unterscheiden können zwischen Hauptstück und Zwischenspiel, tauchen wie zum Spott Leute auf, als wären sie Erinnerungen, und die Erinnerungen tauchen auf, als wären sie Menschen. Vielleicht gibt es Zusammenhänge, vielleicht aber auch nur Täuschungen, vielleicht wachen wir mit leeren Händen auf.`"

Vertrauen, Verletzung, Distanzierung und wieder zaghafte Annäherung sind Etappen oder Stationen, die im Verhältnis zwischen Moses und Sophie im Lauf des Romans und der Geschichtsaneignung durchlaufen werden. Die Romanhandlung umfasst mehrere Zeitebenen und Perspektiven und Katharina Hacker gelingt es sehr gut, die Selbstfindung der Erzählerin, die Rückbesinnung und Wiederaufnahme einer Liebe zu Sebastian, den sie verlassen hatte, ohne jegliche Peinlichkeit zu integrieren. Während der Roman bei der geschilderten Suche einer Erklärung für Jeans Tod fast als Kriminalgeschichte gelesen werden kann, enthält er nebenbei ein Stimmungsbild der israelischen Gesellschaft.

Eine große Leistung der Autorin, die zum Schluss Erwähnung finden muss, ist es, das schwierige Thema deutscher Vergangenheit und Mord an den europäischen Juden frei von falschen und abgegriffenen Betroffenheitsformeln zu halten. Sie vertraut auf die von ihr erzählte Geschichte und das Einfühlungsvermögen der LeserInnen.

Matthias Reichelt

Katharina Hacker, Eine Art Liebe, Roman, 266 Seiten, Suhrkamp Verlag 2003, 22,50 Euro

Saul Friedländer, Wenn die Erinnerung kommt, Verlag C.H. Beck 1998, 192 Seiten, 9,90 Euro

Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Die Jahre der Verfolgung 1933 - 1939, Verlag C.H. Beck 1998, 464 Seiten, 29,90 Euro

17. Die Kritische Theorie wurde zu Grabe getragen

Ein Interview mit Moshe Zuckermann über die Herrschafts- und Kapitalismuskritik bei Adorno und ihre Nicht-Rezeption im Adorno-Jahr

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:19

Der jüdische Gelehrte Moshe Zuckermann wird in der deutschen Öffentlichkeit vorwiegend als Historiker und Autor Zionismus-kritischer Schriften wie "Zweierlei Holocaust" wahrgenommen. Er gilt auch als intellektueller Protagonist der israelischen Linken, die sich gegen eine Großisrael-Ideologie und für eine Beschleunigung des Friedensprozesses in Palästina ausspricht. Aber das sind nur Facetten von Zuckermanns umfangreichem geistigen Schaffen und politischem Wirken. In Israel zählt der Universalgelehrte schon längst zu den bedeutendsten Vertretern der Kritischen Theorie.

Mit seinem geistigen Vater Theodor W. Adorno verbindet ihn ein ideologiekritisches Denken, für das Auschwitz - wo, so Zuckermann, die "Entindividualisierung des Individuums als historischer Prozess kulminiert" ist - unerschütterbare Voraussetzung ist. Es geht um ein Denken, das in die Frage mündet: "Wie können wir eine Gesellschaft schaffen, in der Menschen nicht mehr zu Opfern werden?" Dazu gehört nicht nur die Behauptung, die "Zerstörung der Erinnerung" sei "ein innerstes Prinzip" des Nazismus (Adorno), sondern auch das Festhalten an einem Begriff von Kunst als "eigenständiger Erkenntnisleistung" und "Vorschein" einer befreiten Menschheit: "Indem Kunst aus der Gesellschaft kommt, diese aber auch gleichzeitig transzendiert", schreibt Moshe Zuckermann in seinem Buch "Kunst und Publikum", "bewahrt sie die Erinnerung an das durch gesellschaftliche Barbarei verursachte menschliche Leid, zugleich aber auch die utopische Aussicht eines Ausbruchs aus dieser Barbarei."

Moshe Zuckermann wurde 1949 in Tel-Aviv geboren. 1960 zog der Sohn polnischer Holocaust-Überlebender nach Deutschland. Die Familie ließ sich in Frankfurt am Main nieder. Dort besuchte der junge Zuckermann das Goethe-Gymnasium und wuchs mit dem klassischen Bildungserbe auf. Er erhielt ausführliche Unterweisung in Musiktheorie, er komponierte und widmete sich intensiv der Malerei. "Seinen Adorno" lernte er schon als Schüler. 1970 kehrte Moshe Zuckermann nach Israel zurück. Er studierte Geschichte, Soziologie und Politologie an der Universität von Tel-Aviv. 1988 promovierte er bei Saul Friedländer. Seit 1990 lehrt Zuckermann Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften am Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas in Tel-Aviv. 2000 übernahm er zudem die Leitung des Instituts für Deutsche Geschichte.

Als Wissenschaftler, der sich dem Erbe der klassischen Frankfurter Schule verpflichtet fühlt, hat Moshe Zuckermann nicht nur zahlreiche Aufsätze zu zentralen Thesen der Kritischen Theorie wie "Faschismus, autoritärer Charakter und Kulturindustrie" veröffentlicht, sondern arbeitet auch daran, dem israelischen Publikum ihr herrschaftskritisches Denken zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck hat der vielsprachige Intellektuelle zahlreiche Segmente aus den Schriften von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Walter Benjamin ins Hebräische übertragen, darunter auch das erste Kapitel der "Dialektik der Aufklärung". Noch in diesem Jahr wird Moshe Zuckermann, zusammen mit dem Philosophen Zvi Tauber, eine vollständige Übersetzung des Herzstücks der Kritischen Theorie herausgeben.

Mit seiner Aphorismen-Sammlung "Verdinglichung des Menschen" gewährt Moshe Zuckermann erstmals tiefere Einblicke in seine geistig-kulturelle Welt. Der Band ist im vergangenen Jahr in Israel erschienen und liegt noch nicht in deutscher Übersetzung vor. Der Titel rekurriert auf Zuckermanns wichtigste Kritikfolie, einem aus Marx' Theorie des Warenfetischismus abgeleiteten Begriff, mit dem Adorno das Strukturmerkmal der Gesellschaft im Stande der Unfreiheit bezeichnet hat.

Ein halbes Jahrhundert nachdem der Urheber der "Negative(n) Dialektik" seine "Reflexionen aus dem beschädigten Leben" veröffentlicht hat, stellt der israelische Gelehrte weitergehende kulturdiagnostische Überlegungen an, denn die Welt des multimedialen Zeitalters und total vernetzten Menschen ist stärker vermarktlicht als jene, in die Adorno seine "Minima Moralia" gesetzt hatte. Zuckermanns rund 150 Aphorismen formieren sich zu einer fundamentalen Kritik des fortgeschrittenen Kapitalismus: Von einer Exkursion ins Land der Juden zu einer Zeit, in der das Entsetzen über Unterdrückung und Leid als "moralisierende Schöngeistigkeit verachtet" wird und "sich die depressive Verzweiflung als letzter Rettungsanker ausnimmt", bis zur Spurensuche nach Herbert Marcuses Kritik der "eindimensionalen US-amerikanischen Kulturindustrie"

bei "The Simpsons"; der jüdische Marxist führt uns eindringlich vor Augen, dass der Mensch in der total verwalteten Welt zu bloßem Material degradiert wird.

Im vergangenen Herbst lud Moshe Zuckermann namhafte Wissenschaftler, wie den Soziologen Detlev Claussen ("Grenzen der Aufklärung"), zu einer dreitägigen Adorno-Konferenz in sein Institut. Der Tagungsband wird im Herbst im Wallstein Verlag erscheinen.

So emphatisch die deutsche Medienmaschinerie das "letzte Genie" anlässlich seines 100. Geburtstags gefeiert hat, wird es wenige Monate später schon wieder totgeschwiegen. Genau die richtige Zeit, um Moshe Zuckermann zu einer kritischen Blütenlese des Adorno-Jahrs einzuladen.

Susann Witt-Stahl

Das folgende Interview mit Moshe Zuckermann entstand im April 2004. Susann Witt-Stahl und Moshe Zuckermann kommunizierten per E-mail.

18. "Die glauben, wir sind bekloppt"

Nach den Anschlägen in Madrid entlud sich die Wut an den Urnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:20

Im Verlauf eines Monats wurde die spanische Hauptstadt Madrid Mittelpunkt zahlreicher Ereignisse, die nicht nur die Ergebnisse der Parlamentswahlen am 14. März beeinflussten, sondern das Land sowie das Weltgeschehen prägen werden.

Am 11. März verübten fanatische Islamisten aus dem al-Qaida Umfeld in Madrid ein brutales Attentat, das etwa 200 Menschenleben und mehr als 1.800 Verletzte forderte. Mitten in der morgendlichen Rush-Hour explodierten mehrere Sprengsätze in vier vollbesetzten S-Bahnzügen, in denen vor allem ArbeiterInnen, SchülerInnen und Angestellte aus den östlichen und südlichen Vorstädten ins Zentrum unterwegs waren.

Spanien wurde im Zuge des von der US-Regierung ausgerufenen "Kriegs gegen den Terrorismus" neben Großbritannien zum wichtigsten Statthalter der USA in Europa. Die Partnerschaft mit den USA stand von Anfang an im Mittelpunkt der Außenpolitik des seit 1996 regierenden, rechtskonservativen Ministerpräsidenten José Maria Aznar. Trotz massiver Friedensmobilisierungen, fast 90 Prozent der spanischen Bevölkerung lehnte voriges Jahr den militärischen Eingriff im Irak ab, setzte Aznar die Beteiligung an der "Allianz gegen den internationalen Terrorismus" durch. Damit versprach sich die Madrider Regierung nicht nur politischen Rückhalt für ihre unnachgiebige Politik gegenüber den Autonomiebestrebungen im Baskenland und in Katalonien. Die Absicherung spanischer Auslandsinvestitionen und -interessen, vor allem in Lateinamerika und in den Maghrebstaaten, war ein weiterer Grund. Nicht zuletzt konnte Spanien durch den Schulterschluss mit Washington die europäische Politik maßgeblich beeinflussen. Spaniens Kriegspolitik hatte im Frühjahr 2003 die EU-Position im Irakkrieg gespalten und das Vertrauen der neuen EU-Mitgliedsländer in die NATO gestärkt. Im Dezember blockierte Aznar dann zusammen mit Polen das EU-Verfassungsprojekt.

In den ersten 48 Stunden nach dem Blutbad in Madrid beschuldigte die spanische Regierung die baskische ETA des Massakers. Dabei hatte unmittelbar nach den Anschlägen der Sprechers der verbotenen linksnationalistischen Basken-Partei Batasuna, Arnaldo Ortegi, eine Beteiligung von ETA kategorisch ausgeschlossen. "Wir werden niemals zulassen, dass eine Minderheit von Fanatikern uns unsere Entscheidungen über die nationale Zukunft aufzwingt", tönte davon unbeeindruckt Aznar. Keines der Massenmedien stellte die Version der Regierung in Frage. So wurden nicht nur lange Zeit eine Reihe von Falschmeldungen verbreitet und die Authentizität der Bekennerschreiben aus dem Umfeld von al-Qaida bestritten, sondern offen Wahlpropaganda für die Regierung gemacht.

Ein ETA-Anschlag hätte den Konservativen bei den Wahlen die absolute Mehrheit garantiert. "Schlachterei von ETA in Madrid" überschrieb die Tageszeitung El País ihre Sonderausgabe am Nachmittag des 11. März. Zuvor hatte Aznar persönlich alle Zeitungsdirektoren angerufen, um sie von der ETA-Täterschaft zu überzeugen. Noch am 13. März publizierte El Mundo seine Titelseite unter dem Slogan "Acebes (Innenminister, ak) ist überzeugt davon, dass neue Spuren die Urheberschaft von ETA beweisen".

"Euer Krieg, Unsere Toten"

Geschockt von den Bombenanschlägen beteiligen sich am 12. März in ganz Spanien elf Millionen Menschen an den Demonstrationen unter dem Motto "Mit den Opfern, mit der Verfassung, für die Niederlage des Terrorismus". Die Solidarität und das Mitgefühl unter der Bevölkerung waren sehr stark. Trotz der massiven Medienpropaganda wurden jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt Zweifel an der offiziellen Regierungsversion laut. "Wir sagten schon vor einem Jahr Nein zum Krieg", war auf den Kundgebungen zu hören. Ein Großteil der Bevölkerung brachte die Bomben mit der spanischen Beteiligung am Irakkrieg in Verbindung. Neben den Transparenten gegen Terrorismus tauchten in den folgenden Tagen zahlreiche Friedenssymbole auf. Viele zeigten sich enttäuscht, dass sie von der Regierung aus Propagandazwecken instrumentalisiert werden sollten. "Die glauben, wir sind bekloppt", empörten sich zwei junge Frauen auf einer Demonstration in Madrid. "Wir haben die Nase voll, dass die Regierung uns von vorne bis hinten betrügt, uns Informationen vorenthält und die Medien manipuliert", so Olatx und Maria aus dem Baskenland. "Am Sonntag würde es die Wahlergebnisse ändern, wenn die Regierung zugibt, dass sie uns in einen Krieg hineingeführt hat, den die

Bürger nicht wollten, und das, was passiert ist, Ergebnis dieses Krieges ist. Aber sie ziehen vor, uns wie Idioten zu behandeln, damit wir bloß ‚ETA nein` brüllen".

Manipulation sonder gleichen

Während die internationalen Medien bereits davon sprachen, dass al-Qaida das Verbrechen anrichtete, beharrten die nationalen Fernseh- und Radiosender auf der Regierungsversion. Selbst die Opposition war nicht gewillt, sich davon abzusetzen. "Wenn die Regierung sagt, dass es ETA war, dann sind wir auf der Seite der Regierung", argumentierte José Luis Rodríguez Zapatero, zum damaligen Zeitpunkt Spitzenkandidat des sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Manuel Monerero, Präsidiumsmitglied des linken Bündnisses Izquierda Unida (IU) kommentierte die Unfähigkeit seiner Partei so: "Die PSOE und IU waren vom Terrorismus gelähmt, reagierten nicht. Die Aktivisten der IU demonstrierten auf der Straße gegen Krieg, Gewalt und Machtmissbrauch, während ihre politischen Repräsentanten nicht wussten, was zu tun war."

Nur einen Tag nach den Trauermärschen protestierten Zehntausende vor den Parteizentralen des konservativen Partido Popular (PP) gegen Informations- und Medienmanipulation. Mit ihrem Versuch, die Toten für ihre Wahlzwecke zu benutzen, hatte es die PP zu weit getrieben. Ihr Kalkül schlug fehl. Ein heterogener Zusammenschluss aus linksradikaler Opposition, Kulturschaffenden und Friedensbewegung forderte statt dessen die Regierung heraus. "Lügner, Mörder" und "Euer Krieg. Unsere Toten" lauteten die Sprechchöre.

Die Protestierenden erreichten ihr Ziel: Das Schweigen der Medien wurde durchbrochen, die Bilder empörter Demonstranten, die friedlich die Wahrheit einforderten, füllten am Vorabend der Wahlen nicht nur die spanischen Bildschirme und Radioprogramme, sondern gingen um die ganze Welt. Damit wurde ein großer Teil der NichtwählerInnen mobilisiert - die Wahlbeteiligung erreichte fast 80 Prozent - und die Wut der Menschen entlud sich an den Urnen. Der PP verlor seine absolute Mehrheit, auch wenn er nur knapp 700.000 Stimmen einbüßte (jetzt 148 Abgeordnete). Die Sozialdemokraten (164 Sitze) gelangten mit der Hilfe von drei Millionen neuer Wählerstimmen (darunter 2,5 Millionen jugendlicher Erstwähler) an die Regierung. Etwa 500.000 IU-WählerInnen entschieden sich für die "nützliche" Stimme und machten ihr Kreuz bei dem PSOE. Erstaunlich war der Aufstieg der linksnationalistischen Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) und des bürgerlichen Partido Nacionalista Vasco (PNV), die in der Wahlkampagne als "Feinde der nationalen Einheit" diffamiert worden waren, um 234 bzw. 18 Prozent. Mit nur drei Abgeordneten versank die IU dagegen in der Bedeutungslosigkeit. In den parallel stattgefundenen Regionalwahlen in Andalusien erreichte die PSOE mit 50,27 Prozent die absolute Mehrheit.

Der Wahlsieg des PSOE eröffnete in Spanien erneut die Debatte über die Nah-Ost-Politik sowie über die Beziehungen zwischen der EU und den USA. Eines der Versprechen Zapateros bestand im Rückzug der spanischen Truppen aus dem Irak, falls die UNO dort bis zum 30. Juni nicht die Verantwortung übernimmt. Die US-Regierung bemühte sich seither krampfhaft, Zapatero umzustimmen. Beflügelt von der neuen Konjunktur demonstrierten zum Jahrestag des Angriffes auf den Irak, am 20. März, landesweit etwa 500.000 Menschen für die sofortige Beendigung der Besatzung, ohne jedoch klare Forderungen an die neue Regierung zu stellen. Als eine Woche später ein Kontingent der spanischen Truppen abgelöst wurde, zwang der noch amtierende Aznar den designierten Ministerpräsidenten Zapatero, der Ablösung schriftlich zuzustimmen. Der zukünftige Verteidigungsminister, José Bono, versprach unterdessen, während eines Besuchs in Washington Anfang April, die spanische Präsenz in Afghanistan auszubauen.

Sieg der PSOE bedeutet keinen Wechsel

Unmittelbar nach den Anschlägen des 11. März vergingen nur wenige Stunden, bis die Polizei und der Geheimdienst die ersten Verdächtigen festnahmen. Schnell stellte sich heraus, dass die Attentäter über eine ausgebaute Infrastruktur sowie über ein Netz von Helfern und Kontaktpersonen in zahlreichen Ländern verfügten. Es wird vermutet, dass die spanische Terroristenzelle in Marokko entstand und direkt oder indirekt mit den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA bzw. am 16. Mai 2003 in Casablanca, bei dem 33 Menschen getötet und rund 100 verletzt wurden, in Verbindung steht.

Spanien galt schon zuvor als einer der Knotenpunkte des nebulösen Netzwerks al-Qaida. Vor den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 trafen sich beispielsweise zwei der Hauptverdächtigen in Tarragona (Katalonien), um offenbar letzte Einzelheiten der Terrorflüge abzusprechen. Seitdem ließ die spanische

Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang 26 Personen verhaften und wegen al-Qaida-Mitgliedschaft anklagen. Insgesamt sitzen 33 Personen unter dem Vorwurf, radikalen islamistischen Gruppen anzugehören, in spanischen Gefängnissen.

"Blut für Blut, Zerstörung für Zerstörung"

Die Zahl der in das Madrider Verbrechen verwickelten Personen reicht bereits an die 50. International wird nach möglichen Drahtziehern gefahndet. Die europäischen Innenminister nutzten ihrerseits die Gunst der Stunde, um die EU-Sicherheitspolitik weiter zu verschärfen. "Europa braucht einen Anti-Terror-Plan", so der EU-Kommissar Michel Barnier. Von ihm stammt auch die Beistandsklausel in der zukünftigen EU-Verfassung, nach der alle Mitgliedsstaaten im Falle eines "Terrorangriffs" gegen ein Unionsmitglied politisch und militärisch Hilfe leisten müssen. "Heute ist es Madrid, morgen können Paris oder Brüssel eine chemische Attacke erleiden", erläuterte Barnier vor dem EU-Gipfel Ende März. "Die Leute wollen, dass Europa funktioniert", verteidigte Barnier die EU-Verfassung. Zapatero gab bereits sein Wort, den EU-feindlichen Kurs Aznars zu beenden und das Verfassungsprojekt auf dem nächsten Gipfel im Juni zu unterzeichnen.

Mit dem Argument, dem Terror mit "Demokratie" und al-Qaida mit der EU-Verfassung zu begegnen, ölt die PSOE ihre Propagandamaschinerie für das europäische Großmachtprojekt. Damit stimmt Zapatero automatisch für ein Aufrüsten der EU und die im Juni letzten Jahres verabschiedete EU-Verteidigungsrichtlinie, die von seinem Parteifreund und EU-Kommissar für Verteidigung und Sicherheitsfragen, Javier Solana, geschrieben wurde. Aber auch in anderen Bereichen wie Wirtschaftspolitik, Migration oder Autonomiefragen wird es mit der PSOE keinen "Wechsel" geben.

Und während man in Spanien in den Alltag zurückkehrte, die Gesprächsthemen wieder variierten und das neue Parlament seine Arbeit aufnahm, sprengten sich in dem südlichen Vorort Madrids Leganes sieben Islamisten in die Luft, als die Polizei sie wegen des Verdachts, die tödlichen Bomben des 11. März fabriziert bzw. gelegt zu haben, festnehmen wollte. Bei dem Selbstmordattentat wurde ein Polizist getötet, weitere Beamte erlitten Verletzungen. Einen Tag vorher entschärfte die Polizei auf der Bahnstrecke des Hochgeschwindigkeitszuges zwischen Madrid und Sevilla einen ähnlichen Sprengsatz, wie sie in der Wohnung der Verdächtigen gefunden wurden.

Nur eine Woche vor Ostern wurde bekannt, dass die spanische al-Qaida-Zelle weitere Bombenanschläge geplant hatte. "Ihr werdet keine Sicherheit genießen, wir werden euch in jedem Moment und an jedem Ort töten", hieß es in einer Videoaufzeichnung, die die Polizei in der zerbombten Wohnung fand. "Der Jihad steht über allem, weil unsere Brüder in der ganzen Welt ermordet und geköpft werden. Blut für Blut. Zerstörung für Zerstörung", endete diese Kriegserklärung. Der Krieg gegen einen unsichtbaren Feind hat nun auch in Europa Einzug gehalten. Dass diesen Krieg zuerst Flüchtlinge und MigrantInnen zu spüren bekommen, zeigen die Sicherheitsmaßnahmen der spanischen Polizei. Wer einem Muslim ähnlich sieht oder eine dunkle Hautfarbe hat, muss mit Schikanen und diskriminierenden Kontrollen rechnen.

Tom Kucharz, Madrid

19. Eine Chance, wieder zu leben

Interview mit Nathan Geffen von der Treatment Action Campaign (TAC) in Kapstadt, Südafrika

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:21

Der 8. August 2003 war ein Tag des Jubels für südafrikanische HIV-Infizierte: Nach jahrelanger Verweigerung beschloss die südafrikanische Regierung ein landesweites Anti-Aids-Programm. Es soll sicherstellen, dass jede/r der mindestens 500.000 Therapiebedürftigen mit Aids-Medikamenten behandelt werden kann. Umgerechnet 1,5 Milliarden Euro sollen dafür fließen. Die Selbsthilfebewegung Treatment Action Campaign (TAC) kündigte daraufhin an, ihre "Aktionen des zivilen Ungehorsams" gegen die Regierung auszusetzen, und erklärte versöhnlich: "Wir werden mit der Regierung zusammenarbeiten, um Leben zu retten und ein besseres Gesundheitswesen aufzubauen." Martina Pech sprach mit Nathan Geffen, dem Manager der TAC in Südafrika.

Nach einer langen und heißen Phase der Auseinandersetzungen gab die südafrikanische Regierung im August 2003 endlich nach und stimmte einem Nationalen Behandlungsplan für HIV/AIDS zu. Was führte zu diesem unerwarteten Kurswechsel und wie beurteilt ihr ihn?

Nathan Geffen: Wie du schon angedeutet hast, ist das beschlossene Anti-AIDS-Programm Ergebnis der langen Kämpfe mit der Regierung. Wir sind immer davon ausgegangen, dass wir irgendwann Erfolg haben werden. Seit August hat es ungeahnte Schritte seitens der Regierung gegeben, die darauf zielen, das Vertrauen der Zivilgesellschaft in diesem Bereich wieder zu gewinnen. Im November hat die Regierung beispielsweise die Detailplanung des Nationalen Behandlungsplanes veröffentlicht. Der sieht vor, innerhalb des nächsten Jahres in jedem der 50 Distrikte Südafrikas eine Klinik für antiretrovirale Behandlung einzurichten. Das ist eine höchst positive Entwicklung. Die wirkliche Arbeit fängt aber jetzt erst an: Wir müssen darauf achten, dass der Plan auch erfolgreich umgesetzt wird. Wir müssen dafür sorgen, dass die Communities mobilisiert werden und die Menschen die notwendige Aufklärung über Behandlungsmöglichkeiten erhalten.

Welche nächsten Schritte hat TAC geplant?

Unsere wichtigste Kampagne in diesem Jahr wird es sein, die erfolgreiche Umsetzung des Plans zu garantieren. Dafür starten wir z.B. ein umfassendes Aufklärungsprogramm über die Behandlung, vor allem in den Gegenden, in denen der Plan jetzt ansetzt. Wir bringen den Menschen etwas über die Medikamente, ihre Wirkung und Einnahmemodalitäten bei, wir informieren sie über Prävention, über Ernährung u.a. Ein weiterer wichtiger Teil unserer Arbeit besteht in der Unterstützung und im Ausbau der ehrenamtlichen TAC-Ortsgruppen im ganzen Land. Diese Gruppen sind das Rückgrat von TAC. Sie arbeiten in den ärmsten Regionen des Landes, in Townships und ländlichen Gegenden und sind für Menschen mit sehr begrenztem Einkommen verantwortlich. Die Herausforderung für die lokalen Gruppen wird in diesem Jahr darin bestehen, mit einer Klinik in ihrer Gegend zusammenzuarbeiten, die Klinik quasi zu adoptieren, und sicherzustellen, dass dort antiretrovirale Behandlungen durchgeführt werden können. Sie müssen also darauf achten, dass ausreichend MitarbeiterInnen zur Verfügung stehen, ausreichend Medikamente, diagnostische Instrumente, Tests etc.

Gibt es eine Art der Unterstützung, die ihr euch auf internationaler Ebene erhofft?

Zunächst: Die Erfolge der letzten Jahre wären ohne internationale Unterstützung nicht möglich gewesen. Auf internationaler Ebene ist der entscheidende Punkt, dass der Globale Fonds das Geld erhält, das benötigt wird, um die Projekte in den armen Ländern zu finanzieren (1). Die Beiträge der reichen Länder waren bisher armselig. Internationale Solidarität sollte also dafür sorgen, dass der Globale Fonds ein Erfolg wird.

Die Position von Präsident Mbeki wurde oft dadurch erklärt oder entschuldigt, dass er ein Vertreter der so genannten African Renaissance sei, der sich nicht auf "postkoloniale Einmischungen" des globalen Nordens einlassen will. Was denkt ihr darüber?

Für die Mitglieder von TAC wird es nicht leicht sein, Präsident Mbeki zu vergeben bzw. zu vergessen, was geschehen ist, denn Tausende Menschen, darunter viele TAC-Mitglieder, sind in den letzten Jahren gestorben.

Das ist dem Versagen der Regierung, die nicht früher gehandelt hat, geschuldet. Für dieses Versagen gibt es keine begründete Erklärung. Es handelt sich um irrationales, unwissenschaftliches Verhalten. Andere afrikanische Länder wie Nigeria oder Kenia haben die Notwendigkeit für antiretrovirale Therapie schon vor Jahren erkannt und danach gehandelt.

TAC hat gerade ihren fünften Geburtstag gefeiert. Wer organisiert sich in TAC und was sind die Beweggründe dafür?

Bei TAC gibt es Menschen aller wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe. Den Großteil machen jedoch sozial schwache afrikanische Frauen aus den Townships aus. Ich glaube, dass ein Teil der Attraktivität von TAC für sie darin besteht, dass es den Aktivismus und die Community-Organisierung, die in Südafrika während des Kampfes gegen die Apartheid spürbar war, wieder belebt. Außerdem bietet es den Menschen reale Hoffnung auf Verbesserung ihrer medizinischen Versorgung und damit auch ihres sozioökonomischen Status. Allein in der Zeit zwischen April und Juli 2003 haben wir hundert Mitglieder durch AIDS verloren. Für viele Menschen war ihr Beitritt zu TAC eine Frage von Leben und Tod. Sie sehen TAC als ihre Chance und ihre Möglichkeit, wieder zu leben!

Anmerkung:

1) Der Globale Fonds für Tuberkulose, AIDS und Malaria wurde im Juni 2001 eingerichtet. Die reichen Länder haben sich verpflichtet, einen geringen Prozentsatz ihres Bruttosozialproduktes in den Fonds einzuzahlen; die meisten Länder kommen diesem Versprechen jedoch nur zögerlich oder gar nicht nach.

20. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:22

Action Directe: Die Gefangenen müssen raus

Bei Joelle Aubron und Jean-Marc Rouillan, Gefangene aus der in den 1980er Jahren aktiven französischen bewaffneten Organisation Action Directe, wurden lebensbedrohliche Krankheiten festgestellt. Aubron wurde bereits an einem Hirntumor im Universitätskrankenhaus von Lille operiert. Bei Rouillan wurde zufällig bei einer Untersuchung anlässlich einer Verlegung ein Schatten auf der Lunge entdeckt. Nathalie Ménigon, ebenfalls Gefangene aus Action Directe, hatte 1996 einen ersten Schlaganfall. Unter Gefängnisbedingungen konnte sie sich nicht erholen, zwei weitere Schlaganfälle folgten. Nachdem bereits zwei Anträge auf Haftentlassung aus Gesundheitsgründen abgelehnt worden waren, wurde nun am 9. April der dritte Antrag ebenfalls abgelehnt.

Diese drei Gefangenen und Georges Cipriani sind seit 17 Jahren im Gefängnis, Regis Schleicher seit 21 Jahren. Alle sind nach Jahren verschärfter Isolationshaft weiterhin Sonderhaftbedingungen ausgesetzt. Die Krankheiten der drei Gefangenen sind drastische Auswirkungen dieser zerstörerischen Haftbedingungen. In Frankreich, aber auch in der BRD haben in den letzten Wochen mehrere Kundgebungen stattgefunden, bei denen auf das Schicksal der Gefangenen aufmerksam gemacht wurde. Bislang zeigen sich die französischen Behörden von der dabei erhobenen Forderungen, die Gefangenen aus Action Directe endlich freizulassen, jedoch unbeeindruckt.

Paulo Elkoro: Hauptvorwurf fallen gelassen

Ende letzten Jahres wurde Paulo Elkoro von Deutschland nach Spanien ausgeliefert, weil er angeblich an einem ETA-Anschlag beteiligt war. Wie nun bekannt wurde, ist das Verfahren wegen der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf eine Militärbasis in Vitoria-Gasteiz 1997 eingestellt worden. Aufrechterhalten bleibt dagegen der Vorwurf der Unterstützung von ETA. Die Unterstützung soll darin bestanden haben, dass er zwei ETA-Militante im Auto mitgenommen haben soll. Die Anschuldigung beruht allein auf Aussagen der beiden, die während der fünftägigen Kontaktsperre bei der Guardia Civil durch Folter erpresst und später vor dem Ermittlungsrichter zurückgezogen worden waren. Wie in anderen Fällen auch, ist hier das immer wiederkehrende Muster der spanischen Justiz erkennbar: Um ihr Auslieferungsbegehren zu untermauern, werden unhaltbare, schwerwiegende Anschuldigungen erhoben, die dann im nachhinein einfach fallen gelassen werden.

Rasterfahndung: Flop, aber Top

Die in allen Bundesländern nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gestartete Rasterfahndung hat nach ARD-Informationen auf die Spur keines einzigen "Terroristen" geführt. Aus den von den Landeskriminalämtern erhobenen mehr als 8,3 Millionen Datensätzen hätten sich bundesweit fast 19.000 "Prüffälle" ergeben, die sich jedoch sämtlich als harmlos erwiesen hätten. Lediglich in Hamburg sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, aber wieder eingestellt worden. Allein in Bayern wurden in den vergangenen zweieinhalb Jahren mehr als 94.000 Personen erfasst. 2.236 seien dabei überprüft worden.

Ganz anders die Darstellung des Bundesinnenministeriums. Demnach seien die Erkenntnisse aus der Fahndung in den Ländern in insgesamt 21 Ermittlungsverfahren eingeflossen oder hätten direkt zu diesen Verfahren geführt. Die Rasterfahndung habe qualifizierte Ermittlungsansätze ermöglicht, beharrte das Innenministerium. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch unlängst der neue Chef des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, der mehr Befugnisse für seine Behörde forderte: "Man kann die Frage aufwerfen, ob die gegenwärtigen Befugnisse des BKA nicht erweitert werden sollten." Ausdrücklich plädierte Ziercke in diesem Zusammenhang für die Rasterfahndung. "Das kann ich mir, je nach Lage, sehr gut vorstellen."

Zweierlei Maß bei biometrischen Daten

Von Ende September an sollen allen USA-BesucherInnen Fingerabdrücke abgenommen und ihr Foto digital in einer zentralen Datenbank gespeichert werden. Die USA kamen mit ihrer Ankündigung EU-Plänen zuvor, die zunächst internationale Standards für biometrische Daten im Grenzverkehr festlegen wollten. Die

EU-Innenminister wollen bis spätestens September entschieden haben, welche biometrischen Merkmale ab Ende 2005 in neue, "fälschungssichere" Reisepässen aufgenommen werden sollen. Favorisiert werden auch hier ein Foto und ein Fingerabdruck.

Unterdessen hat der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Peter Schaar, davor gewarnt, dass durch digitale Fotos im Reisepass in Verbindung mit der Ausweitung der Videoüberwachung die Erstellung von umfassenden Bewegungsbildern möglich werden könnte. "Wenn man eine Demonstration filmt, ist es technisch bereits heute möglich, automatisch einzelne Personen zu identifizieren. Voraussetzung wäre allerdings, dass deren biometrische Daten in einer zentralen Datei gespeichert würden", sagte Schaar der Financial Times Deutschland. Schaar forderte deshalb, dass für den Reisepass ein anderes Merkmal verwendet werden soll - er favorisiert einen Iris-Scan - und auf die Einrichtung einer Zentraldatei verzichtet wird. Anders sei die Frage allerdings bei Visa-Anträgen zu beantworten. Der von den Grünen vorgeschlagene Datenschutzbeauftragte im O-Ton: "Bei der Erteilung von Visa könnte eine Zentraldatei durchaus sinnvoll sein."

21. Der Traum vom Fliegen

Frauen in Afghanistan - eine Buchvorstellung

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:23

Für kurze Zeit standen die Frauen Afghanistans im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit: Nach dem Sturz des Taliban-Regimes musste ihre "Befreiung" als überzeugendste Rechtfertigung für den im Herbst 2001 begonnenen "Krieg gegen den Terror" herhalten. Während das Interesse der Mainstream-Medien schnell wieder nachließ, wollte Judith Huber, Auslandredakteurin der Schweizer Wochenzeitung (WoZ), mehr wissen. Im Herbst 2002 fuhr sie für mehrere Wochen nach Afghanistan. Ihre Eindrücke von Begegnungen mit afghanischen Frauen hat sie in dem lesenswerten Buch "Risse im Patriarchat" festgehalten.

Im Mittelpunkt stehen die Lebensgeschichten und politischen Aktivitäten von drei Frauen: der Ökonomin Suraya Parlika, der Ärztin Sima Samar und der Juristin Mahbuba Hoquqmal.

Suraya Parlika war in verschiedenen Funktionen für die Frauenorganisation der seinerzeit prosowjetischen afghanischen Volkspartei DVPA tätig und ist es immer noch. Jahrzehntelang engagierte sie sich vor allem für die Bildung von Frauen, auch während der absolut frauenfeindlichen Herrschaft der Mudschahedin und der Taliban. Judith Huber schreibt: "Die Ziele, die Suraya heute verfolgt, sind dieselben, die sie schon in den 1970er Jahren umhergetrieben haben: Überwindung des weiblichen Analphabetismus, Teilhabe der Frauen an allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere der Arbeitswelt und der Politik. Besonders wichtig scheint Suraya die Platzierung fähiger Frauen in Schlüsselstellen der Regierung."

Sima Samar ist vermutlich bei uns am bekanntesten. Zunächst arbeitete sie mit der linken Frauenorganisation RAWA (The Revolutionary Association of the Women of Afghanistan) zusammen und baute unter schwierigen Bedingungen Kliniken und Schulen für afghanische Flüchtlinge in Pakistan auf. Nachdem es 1989 zum Bruch gekommen war, gründete sie Shuhada, eine Hilfsorganisation für Frauen und Mädchen, die ebenfalls Krankenhäuser und Schulen errichtet hat und nach wie vor betreibt. Zunächst arbeitete die Organisation in Pakistan, später konnte sie mit Hilfe des norwegischen Außenministeriums auch in Afghanistan aktiv werden, immer unter schwierigen Bedingungen. Zu ihrer eigenen Überraschung wurde Sima Samar im Dezember 2001 zur Frauenministerin in der afghanischen Übergangsregierung unter Hamed Karsai und zugleich zur stellvertretenden Regierungschefin ernannt. Als klar wurde, dass Karsai sie nicht wieder zur Stellvertreterin ernennen würde, übernahm sie 2002 den Vorsitz der Unabhängigen Menschenrechtskommission in Afghanistan.

Sicherheit als drängendstes Problem

Die Rechtsprofessorin Mahbuba Hoquqmal ist vom Präsidenten Karsai 2002 als Staatsministerin für Frauenfragen in die Regierung geholt worden und ist ihm direkt unterstellt. Sie ist eine von drei Frauen in der Regierung. Ihr Hauptziel: "Kaderfrauen heranziehen, beraten und fördern. Sie will Frauen an der Universität, insbesondere der Rechtsfakultät, weiterbilden, ihre Sensibilität für Menschenrechte erhöhen und sie dazu bringen, dass sie politisch aktiv werden und sich einzumischen beginnen." Als besonders dringlich sieht sie Maßnahmen gegen die Gewalt gegen Frauen, sowohl im öffentlichen Raum als auch im häuslichen Bereich.

Die Lebensgeschichten der drei Frauen dienen zugleich als Aufhänger, um mit frauenspezifischem Blick über das Bildungs-, Gesundheits- und Rechtswesen in Afghanistan zu berichten.

Aber die Leserin erfährt nicht nur etwas über öffentlich agierende Frauen, die aus fortschrittlichen und relativ gut situierten Familien stammen und deren politische Sozialisation sich in den relativ freien 1960er/70er Jahren vollzog. Judith Huber beschreibt auch das Leben weniger prominenter afghanischer Frauen, darunter eine Kabuler Hebamme, eine berühmte Fallschirmspringerin, zwei Pilotinnen, Frauen im Kabuler Frauengefängnis. Eine Frau, die sich in Kabul in der einzigen psychiatrischen Frauenklinik Afghanistans aufhält, würde am liebsten dort bleiben, weil sie sich in der Klinik am sichersten fühlt. Überhaupt nennen die meisten Frauen auf Befragen der Autorin Sicherheit als drängendstes Problem. Erst dann kommen Bildung, Arbeit und politische Betätigung. Nur wenn Frauen sich sicher im Land bewegen können, können sie zur Schule, zur Arbeit oder zu politischen Versammlungen gehen. Bis dahin ist es aber noch ein langer, mühsamer Weg, der sehr viel diplomatisches Geschick und Geduld erfordert. Frauenemanzipation von oben befohlen ist in Afghanistan

schon zwei Mal gescheitert. Außerdem bedarf es internationaler Unterstützung, und die zu bekommen wird immer schwieriger, seit die Medien das Interesse an den Frauen Afghanistans wieder verloren haben. Von offizieller Seite ist nicht allzu viel zu erwarten; so wurde auf der Afghanistankonferenz im März 2004 in Berlin die Geldvergabe nicht an die Durchführung von Maßnahmen geknüpft, durch die sich die Gewalt gegen Frauen bekämpfen ließe.

Als Fazit schreibt Judith Huber: "Es ist keine Emanzipation möglich, wenn die meisten afghanischen Frauen nach wie vor in bitterer Armut, Unwissenheit und eingesperrt hinter Mauern leben müssen und in Angst vor den Waffen und der Willkür der mächtigen Kriegsherren und Drogenbarone, die von den USA und ihren Verbündeten mit Geld und Waffen unterstützt werden, weil sie ihnen im ‚Krieg gegen den Terrorismus` nützen." Viel Zeit und internationale Unterstützung seien nötig, "bis die tief verängstigten Frauen Afghanistans wieder wagen, aus der Höhle herauszukommen, in der sie so lange sitzen mussten. (...) Es dauert noch lange, bis der Traum vom Fliegen Wirklichkeit werden kann."

Dem Buch sind viele LeserInnen zu wünschen, auch wenn die vielen historischen und politischen Hintergrundinformationen manchmal etwas sperrig wirken. Es sind aber gerade die vielen Fakten, die dieses Buch über den Tag hinaus interessant machen.

Karin Schönewolf

Judith Huber: Risse im Patriarchat. Frauen in Afghanistan, Rotpunktverlag, Zürich 2003, 241 Seiten, 21 EUR

22. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:24

Frauen ohne Kinder

In den aktuellen "Spardebatten" taucht immer wieder die Forderung nach Rentenkürzungen für Nichtmütter oder kinderlose Ehepaare auf - nach dem Motto, Strafe muss sein, wenn die biologische und gesellschaftliche Bestimmung so verantwortungslos verweigert wird. Jenseits dieser ekligen Propaganda nähert sich Viola Roggenkamp der "Frau ohne Kind" mit einer wunderbaren Idee stil- und gefühlvoll an. Sie hat zwölf Frauen zur "Tafelrunde" geladen und festlich bewirtet. Den Frauen mit unterschiedlichem Alter, Beruf und Lebensstil ist gemeinsam, dass sie alle bislang kinderlos geblieben sind. Es wird sehr persönlich, pointiert bis provokativ, erzählt, zugehört, debattiert; Tonfall und Stimmung wechseln von heiter und witzig über traurig, enttäuscht bis zornig und wütend. Jede hat andere Gründe für ihre (teils vorläufige), nicht immer einfache Entscheidung gegen ein eigenes Kind. Die Ursache schlicht in mangelnden Betreuungsangeboten für die lieben Kleinen oder dem vermeintlich egoistischem Wunsch nach beruflicher Karriere zu suchen, greift zu kurz. Mal fehlt z.B. der Partner, der fähig wäre, die Vaterrolle tatsächlich anzunehmen. Mal wird gar nicht die klassische Kleinfamilie angestrebt, ein Leben als allein Erziehende erscheint ebenfalls nicht erstrebenswert, aber an lebbaren Alternativen mangelt es derzeit mehr denn je. Deutlich wird, auch Kinderlosigkeit fordert und fördert hohe soziale Kompetenz und hat nichts mit Egoismus zu tun. Es macht Spaß, diese Geschichten zu lesen und zu reflektieren und der Frage - Was ist die Frau ohne Kind? - sowohl historisch als auch aktuell gesellschaftlich und vor allem persönlich nachzugehen. Mit einer Tafelrunde - wer denkt da nicht an den sagenumwobenen König Arthur mit seinen moralisch integren Rittern? - hat Viola Roggenkamp den passenden Rahmen für diese Debatte gefunden.

Viola Roggenkamp: Frau ohne Kind. Gespräche und Geschichten - eine Tafelrunde. Europa Verlag, Hamburg, 2004, 239 Seiten, 17,90 EUR

Unbekannte DDR-Provinz

Für den Literaturkritiker Jörg Magenau (taz, 24.1.2004) ist Christoph Heins Roman Landnahme der lang ersehnte "große Deutschlandroman" - "genau das Buch, auf das in der Wendezeit so heftig gewartet wurde". Der ak-Rezensent, der auf dieses Buch weder gewartet hat noch die Begeisterung des Kollegen teilt, kann sich zumindest der Lese-Empfehlung anschließen. Landnahme ist eine nüchtern erzählte Chronik der DDR-Provinz von den Anfangstagen bis nach ihrem Verschwinden. Der Chronist Christoph Hein erzählt die Geschichte des Außenseiters Bernhard Haber, genauer: er lässt sie aus der Sicht von fünf WegbegleiterInnen seiner Hauptperson erzählen. Als Junge aus Schlesien in die (fiktive) sächsische Kleinstadt Guldenberg gekommen, erlebt er die Demütigungen des unerwünschten Zuwanderers. Nach Abschluss der achten Klasse wird er Tischler, wie sein von den Guldenbergern ebenfalls diskriminierter Vater. Nachdem er sich als Jugendlicher bei der "Agitation" kollektivierungsunwilliger Bauern hervorgetan hat, verdient er in einem illegalen Fluchthilfe-Unternehmen viel Geld, das er in eine moderne Tischlerei investiert. Als erfolgreicher Geschäftsmann wird er in den örtlichen Kegelclub aufgenommen, die Lobby der Selbstständigen und Besserverdienenden, die auch im SED-Staat - und darüber hinaus - ihre Interessen zu vertreten wissen. Sehr viel besser als die Bauern, die von der eigenen Scholle nicht lassen können und nicht wahrhaben wollen, dass es ihnen in der LPG besser geht. Allein diese Innenansicht der DDR mit ihren Widersprüchen lohnt die Lektüre. Dass die meisten ihrer BürgerInnen nach der "Wende" den Lockungen des Kapitalismus erlagen, erscheint folgerichtig. Hein verschweigt auch die besonders widerwärtigen Begleitumstände der deutschen Vereinigung nicht: Am Ende jagt Habers Sohn Paul, der "Enkel eines Vertriebenen", zwei "Fidschis" aus dem Karnevalszug. Denn "Karneval ist ein deutsches Fest" und "Großvater war ein Deutscher", sagt er.

Christoph Hein: Landnahme. Roman. Suhrkamp, Frankfurt, 2004, 357 Seiten, 19,90 EUR

Hundert Jahre französische Geschichte

Der über hundertjährige, zirka 1897 geborene Vater Louis Delbast, sein 1947 geborenes sechstes Kind Fanny, ein großbürgerliches Pariser Umfeld, sexuelle Repression, Patriotismus im Ersten und Kollaboration im Zweiten Weltkrieg, Kolonialistengehabe und Familienstolz in den Fünfzigern, Befreiung im Mai 1968, die Verlagerung von Unternehmen in den Neunzigerjahren - all das könnte der Stoff für eine Abrechnung mit dem

Frankreich des 20. Jahrhunderts sein. Und ansatzweise ist das der aus Nizza stammenden Autorin Véronique Olmi mit ihrem Roman Nummer Sechs auch geglückt. Fanny, am Ende des 20. Jahrhunderts über 50 Jahre alt, pflegt mittlerweile ihren schwer kranken Vater. Sie ist als ungeplantes sechstes Kind ihrer um 1900 geborenen Mutter nie richtig in der Familie angekommen: "Eine Fehlgeburt muss erwünscht gewesen sein." Nun reflektiert sie illusionslos über ihre Familiengeschichte, die eng mit der französischen Staatsgeschichte verflochten wird. Ihr ganzes Leben lang hat sie versucht, die Beachtung des grundsoliden Familienpatriarchen zu erringen, der als junger Frontsoldat in den Ersten Weltkrieg zog und danach erfolgreich als Arzt tätig war. Der kümmert sich aber, genau wie der Rest der Familie, kaum um sein einziges nach 1945 geborenes Kind. Véronique Olmis zweiter, von Sigrid Vagt hervorragend aus dem Französischen übersetzter Roman, enthält eindrucksvolle poetische Momente. Die Gesamtkonzeption ist aber weniger geglückt. Auf knapp hundert Seiten mit der jüngeren französischen Geschichte und den großbürgerlichen Verhältnissen abzurechnen und gleichzeitig eine psychologische Analyse einer Vater-Tochter-Beziehung vorzunehmen, sprengt schlicht den Rahmen.

Véronique Olmi: Nummer Sechs. Roman. Aus dem Französischen von Sigrid Vagt. Verlag Antje Kunstmann, München, 2003, 99 Seiten, 14,90 EUR

23. Schmutziger Kompromiss

Trittin und Clement "einigen" sich über CO2-Emissionen

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:25

Der so genannte Kompromiss zwischen Industrie, Bundeswirtschafts- und Bundesumweltminister bei den Einsparquoten für klimaschädliche Treibhausgase passt so gar nicht zu den dramatischen Warnrufen der internationalen Klimaforschung. Die BRD erlebte vielmehr eine Wertedebatte, die vermeintliche Arbeitsmarkt- und Standortpolitik gegen den Klimaschutz ausspielt. Neben der Diskussion über Reduktionsziele muss gefragt werden, warum es so etwas wie ein Recht auf Verschmutzung überhaupt gibt. Wem gehört denn das globale öffentliche Gut "Luft", dass es überhaupt veräußert werden kann?

Zunächst ein Rückblick auf den Stand der bundesdeutschen Klimadebatte: 1997 unterzeichnete die damalige Bundesregierung - vertreten durch Umweltministerin Angela Merkel - das Kioto-Protokoll. Zwar wurde es von Deutschland ratifiziert, in Kraft getreten ist es jedoch immer noch nicht - einerseits, weil die USA aus dem Kioto-Prozess ausgestiegen sind, und andererseits, weil sich vor allem Russland noch nicht zur Ratifizierung durchgerungen hat. Laut Protokoll müssen die Industrieländer im Vergleich zum Referenzjahr 1990 bis zum Jahr 2012 5,2% des jährlichen CO2-Ausstoßes reduzieren. Die EU hat sich in diesem Rahmen zusätzlich verpflichtet, bis 2012 einen Reduktionsbeitrag von 8% zu leisten (burden sharing). Diese Einsparung ist deshalb für Deutschland auch dann verpflichtend, wenn das Kioto-Abkommen nicht in Kraft treten würde.

Kioto - Brüssel - Berlin

Deutschland hat sich auf 21% festgelegt, wovon im Jahr 2001 schon 18% erreicht waren - in erster Linie auf Grund der Schließung der Industrieanlagen in den neuen Bundesländern. Neben dem Handel mit Verschmutzungsrechten wurden zur Umsetzung der Reduktionsverpflichtungen noch zwei weitere, höchst umstrittene Instrumente erfunden: zum einen der Clean Development Mechanism (CDM), der es Industrieländern erlaubt, sich die CO2-Reduzierung vor allem durch Projekte anrechnen zu lassen, die in Entwicklungsländern durchgeführt werden; zum anderen die Joint Implementation (JI), die Zusammenarbeit zwischen zwei Industrieländern zum gleichen Zweck.

Im März 2004 verabschiedete der Bundestag das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz, welches die EU-Richtlinie über das Emissionshandelssystem in nationales Recht umsetzt. Dort wurde auch festgelegt, dass Deutschland einen Nationalen Allokationsplan (NAP) auszuarbeiten hat. Dieser regelt, wie Emissionszertifikate, also Verschmutzungsrechte, verteilt werden sollen, mit denen dann auch gehandelt werden kann. Vom Allokationsplan sind hier zu Lande circa 2.300 Betriebe, zunächst in besonders emissionsintensiven Sektoren wie der Energie-, Metall-, Papier- und Zementindustrie, betroffen.

Gerungen wurde zuletzt um die Verteilung der Einsparquoten auf die verschiedenen emittierenden Bereiche und um den Handel mit Emissionen, der am 1. Januar 2005 beginnen soll. Die nun beschlossene Einigung stellt ein enormes Zugeständnis des Bundesumweltministeriums dar: Energiewirtschaft und Industrie müssen nach dem letzten Kompromissgespräch zwischen Trittin, Clement und Schröder in der Periode 2005-2007 mit dem CO2-Ausstoß von derzeit 505 auf 503 Mio. Tonnen herunter, danach bis 2012 auf 495 Mio. Tonnen. Clement hatte vorher eine Beibehaltung von 505 Mio. Tonnen gefordert, Trittin eine CO2-Reduktion auf 488 Mio. Tonnen. Durchgesetzt hat sich Trittin also nicht. Clement führte die angebliche Musterschüler-Position der Bundesrepublik ins Feld: Hier werde doch bereits eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen, und diese brauche auf keinen Fall weiter ausbaut werden. Spitzenreiter will man hier zu Lande zwar schon sein, nicht aber beim Klimaschutz - anders kann der faule Kompromiss nicht gedeutet werden. Dabei sollte doch im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit klar sein, dass, wer - mit Abstand - am meisten verschmutzt, auch am meisten einsparen muss. Das ist schließlich auch der Grund dafür, dass die bundesdeutsche Quote von 21% im Vergleich zu den anderen EU-Ländern besonders hoch ist. Die Behauptung, Deutschland sei in Sachen Reduktion ohnehin weit vorn, wird ebenfalls unglaubwürdig, wenn man bedenkt, dass die relativ hohe CO2-Reduzierung in der ersten Hälfte der 1990er einzig und allein auf den Abbau der Industrieanlagen in Ostdeutschland zurückgeht.

Die Zielquote von 21% ist der maßgebliche Rahmen für die Emissionsreduktion in Deutschland. Wie dieses Ziel aber erreicht werden soll, bleibt unklar, wenn die Quoten für Industrie und Energiewirtschaft gerade

zurückgefahren werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die deutsche "Vorreiterrolle" dem Zufall zu verdanken ist, muss jetzt verstärkt darüber diskutiert werden, wo denn in der zweiten Handelsperiode 2007-2012 die CO2-Reduktion herkommen soll. Der Verkehr und die Privathaushalte sollen einbezogen werden - ein wenig überzeugender Vorschlag, wo doch der überwiegende Teil der CO2-Verschmutzung von Industrie und Energiewirtschaft stammt.

Standort- contra Klimaschutz

Es geht beim bundesdeutschen Streit um den Emissionshandel nicht allein um die Menge an Verschmutzungsrechten für die einzelnen Wirtschaftszweige. Dahinter verbirgt sich der Streit um das heikle Thema nach den Prioritäten zwischen Klimaschutz und Standortsicherung: Ist die gegenwärtige Politik zur vermeintlichen Sicherung von Standortvorteilen und dadurch erwarteter Wohlstandssicherung wichtiger als mittel- bis langfristig angelegter Klimaschutz? Worin aber der Zusammenhang zwischen mehr Verschmutzung als Zugeständnis an die Wirtschaft einerseits und besserer Standort- und Arbeitsmarktsicherung andererseits bestehen soll, wird nicht erklärt. Im Sektor der erneuerbaren Energien sind bis heute bereits mehr als 120.000 Arbeitsplätze geschaffen worden, und das jährliche Umsatzvolumen liegt bei rund 10 Milliarden Euro. In der momentanen Diskussion wurden solche Daten konsequent ignoriert. Das Erneuerbare Energiegesetz (EEG) aus dem Jahr 2000 und seine Novelle Anfang April 2004 weisen also durchaus in eine richtige Richtung.

Dennoch wäre es falsch, wollte man hier von einer eindeutigen (ökologischen) politischen Linie sprechen, denn schließlich wird gleichzeitig die klimaschädliche Kohle weiter subventioniert. In der Form, wie die Regelung für den bundesdeutschen nationalen Allokationsplan getroffen wurde, werden wenig Anreize für mehr Investitionen in klimafreundliche Technologien geboten. Vielmehr scheint Trittin nun auf die EU-Kommission zu hoffen, die, wenn alle Stricke reißen, ihren Daumen auf die Einhaltung der Zielmargen halten sollte. Verlässt er sich aber nur darauf, dann ist das eine heikle Angelegenheit: nicht nur in Anbetracht der schleppenden Berichtspflicht bei den NAPs anderer EU-Länder, sondern auch, weil einige Länder entgegen ihrer Reduktionsverpflichtung faktisch mehr ausstoßen und so eine Überschreitung der geplanten EU-Reduktionsquote von 8% zu befürchten ist.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) stellt fest, dass sich die Erde nur um zwei Grad Celsius erwärmen darf, um den fatalen Folgen des Klimawandels einigermaßen Einhalt bieten zu können. In der Klimaforschung ist es mittlerweile unbestritten, dass ohne weit reichende Gegenmaßnahmen die durchschnittliche Erderwärmung in deutlich stärkerem Maße steigen wird. Die Folgen der Erwärmung für Mensch und Natur sind hingegen selbst bei der Annahme verschiedener Szenarien nicht vollkommen absehbar. Dabei sind nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Folgen ungleich verteilt: Die armen Länder des Südens, die am wenigsten zur Verschmutzung beitragen, dürfen die größte Last tragen. Sie sind am verwundbarsten. Hinzu kommt, dass sie meist weder ein Sprachrohr noch Durchsetzungskraft bei den internationalen Klimaverhandlungen haben.

Die Forderungen der KlimaforscherInnen gleichen immer mehr einem Kassandra-Ruf, der Unheil beschwört, aber doch nicht überzeugen kann - vielleicht weil er zu absurd, zu groß für menschliche Vorstellungshorizonte erscheint. Vielleicht werden deshalb bei der Debatte um das Emissionshandelssystem und die Reduktionsziele grundlegende Fragen gar nicht mehr gestellt: Gibt es ein legitimes Recht auf die Verschmutzung der Erdatmosphäre? Wem gehört das öffentliche Gut "Luft", und wer darf entsprechend darüber verfügen? Derzeit wird diese Verfügung staatlich organisiert, mit den Mitteln des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs in Form des Handels mit Verschmutzungsrechten. Daran schließt sich sofort die Frage an, ob globale öffentliche Güter überhaupt in einen Marktmechanismus gefasst werden dürfen.

Je nach Etappenziel soll die Latte in den nächsten Jahren grundsätzlich immer tiefer gelegt werden - wie beim Limbo-Tanz. Gleichzeitig soll unter dieser Marge der Handel mit Verschmutzungsrechten nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgen. Damit wird versucht, die Wirtschaft mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen mit dem Ziel, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid dort zu vermeiden, wo es am wirtschaftlichsten ist - Klimaschutz nach Wirtschaftlichkeit.

Was die einstmals versprochene Selbstverpflichtung der Unternehmen angeht, so ist es unbestritten notwendig gewesen, staatliche Überprüfungs- und Sanktionsmaßnahmen einzuführen. Nur so ist gewährleistet, dass die Emissionsreduktion der Industrie nicht vollends der Unverbindlichkeit überantwortet

wird. Die jetzt zwischen Trittin und Clement festgelegte Reduktionsquote ist zwar im Kern nichts anderes als die Fortschreibung der Selbstverpflichtungsquote der deutschen Wirtschaft aus dem Jahre 2001. Der Unterschied ist nun aber der, dass sich die Wirtschaft damals hat versichern lassen, von der nationalen Politik in Ruhe gelassen zu werden (Ausnahme: EU-Beschlüsse). Das ist nun nicht mehr der Fall. Es gibt keine Sanktionsfreiheit; die Zertifikate werden über das Umweltbundesamt verteilt und die Angaben von Sachverständigen geprüft. Dennoch verläuft die Trennlinie nicht zwischen Industrie und Politik, sondern zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen.

Bei der Diskussion um ökologische Modernisierung wird vor allem marktwirtschaftlich argumentiert. Dem folgt auch Bündnis90/Die Grünen, was an dem Motto "Klimaschutz schafft Arbeitsplätze" deutlich wird. Allerdings müssen die Grünen befürchten, dass ihnen das Argument dadurch entgleitet, dass Quotenziele festgelegt werden, die die Kräfteverhältnisse zwischen den Interessengruppen nicht verändern, sondern sie eher einseitig festschreiben. Und so machen sie mit bei der Diskussion um Marktvorteile bestimmter Sektoren, plädieren für Ökonomie plus Ökologie und kämpfen gleichzeitig gegen die Windmühlen der Unverbesserlichen an, die immerzu behaupten, dass Umwelt- und Klimaschutz zu kostspielig seien.

Ökologie mit oder gegen Ökonomie?

Doch dabei gerät das Wesentliche völlig aus dem Blick: Die bundesdeutsche Diskussion aus dem einseitigen Blickwinkel der Industrie ignoriert, dass wir bereits mit einem erheblichen - auch ökonomischen - Risiko leben, nämlich dass die Folgen verspäteter Klimaschutzmaßnahmen auch finanziell nicht mehr aufgefangen werden können, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten werden - selbst bei höchstens zwei Grad Celsius Erderwärmung. Dabei ist noch gar nicht davon gesprochen worden, wie ungleich Risiken und Folgen des Klimawandels im globalen Maßstab verteilt sind, geschweige denn von den ökonomischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen dieser Ungleichverteilung. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Clement und Trittin ist deshalb nicht nur ein fauler Kompromiss, sondern im doppelten Sinne ein schmutziger: Es kann nämlich in dieser Debatte gar keine Kompromisse geben.

Melanie Weber

24. Zwischen Britneys und Whitneys

*SISTARS** coacht junge Musikerinnen*

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:26

Carl Ludwig Junkers Urteil war unmissverständlich: "Lächerlich!" Frauen mit Pauken und Trompeten, Flöten oder Trommeln, Hörnern oder Contrabässen, so mahnte der Philologe, Pfarrer und Komponist vor 221 Jahren an, hafte stets etwas Ungehöriges an. "Wenn wir ein Frauenzimmer, die Violin, oder das Horn, oder den Baß spielen sehen, so empfinden wir ein gewisses Gefühl des Unschicklichen, das (...) den Eindruck des vorgetragenen Stücks selbst schwächt". Junker stand nicht allein in seiner Zeit, vielmehr bediente er sich einer vornehmlich biologistischen Argumentation, mit der das erstarkende Bürgertum des ausgehenden 18. Jahrhunderts das Instrumentalspiel von Frauen vehement ins Abseits zu drängen versuchte. (1)

Mit der Begründung, es entspräche ihrem Geschlechtscharakter der intellektuellen und physischen Schwäche, wurden Frauen in den beengten Wirkungskreis Haus und Familie gepresst. Die vorgeblich wissenschaftliche Erkenntnis, es gäbe einen direkten Zusammenhang zwischen biologischen Eigenschaften und gesellschaftlichen Rollen, prägte die Auffassung, "der Stand des Weibes (sei) Ruhe". Dies wurde hinuntergebrochen bis in kleinste Bereiche des sozialen und ökonomischen Lebens. Bald galten kraftvolle Bewegungen bei Frauen als unschicklich und als widernatürlich.

Für Frauen tabu: Cello, Posaune, Flöte, Geige ...

Auch beim gemeinsamen Musizieren im bürgerlichen Haushalt, als wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen und familiären Verbindungen gepflegt, galten strenge Restriktionen für Frauen. Wegen des angeblichen Widerspruchs zwischen Spielbewegungen und Frauenkleidung, zwischen Instrumentalklang und weiblichem Geschlechtscharakter und auf Grund der unterstellten Ungehörigkeit bestimmter Spielhaltungen, waren bald zahlreiche Instrumente für Frauen tabu: Das Cello galt als unschicklich, weil es mit gespreizten Beinen gespielt wird. Trompeten, Posaunen und andere Holz- und Blechblasinstrumente wirkten unweiblich, da sie dem männlichen Sozialraum des Militärs zugeordnet waren. Flöten und Klarinetten waren zusätzlich sexuell konnotiert und damit anstößig. Die Geige galt als Soloinstrument, das "maskulin" gespielt werden musste. Klassische Begleitinstrumente wie Klavier und Laute hingegen, später auch die Gitarre, wurden als passend "zu den typisch weiblichen Eigenschaften der Einfühlsamkeit und Unterordnungsbereitschaft" gewertet. Die Stimme galt als das der Natur der Frau am ehesten entsprechende Instrument. Die musizierende Frau hatte die graziöse Hand- und Körperhaltung zu perfektionieren und ekstatische Gestik oder Mimik zu vermeiden.

Bildet Mädchen-Bands!

In einer im Jahre 2002 veröffentlichten Studie untersuchte das Frauenmusikzentrum f:mz die Präsenz von Musikerinnen auf Hamburgs Bühnen - mit frappierendem Ergebnis: Der Anteil von Frauen in den gebuchten Bands liegt bei fünf Prozent, davon waren knapp die Hälfte Sängerinnen; Schlagwerk und Blasinstrumente gelten nach wie vor als Männerdomäne. Die Kulturgeschichte des Bürgertums wirkt bis heute.

Noch nähren sich die Old Boys der Musikszene samt männlichem Nachwuchs gegenseitig in ihren fein gesponnenen Networks, in denen die Entscheidungen über Booking und Promotion, Tourmanaging und Ausbildung fallen. Für Steph Klinkenborg ist das eher Ansporn als Abschreckung. Die Hamburger Koordinatorin des bundesweiten Projektes SISTARS** setzt auf junge Musikerinnen, die selbstbewusst gegen den Strom schwimmen. Die Gegenstrategie von SISTARS ist simpel und langfristig effektiv: Mädchen und junge Frauen bis 27 Jahre, die in Bands Musik machen und sich professionalisieren wollen, finden hier Coaching, Kontakte und feministische Seilschaften. "Unser Ziel ist, dass mehr Instrumentalistinnen den Weg auch auf große Bühnen finden", betont Klinkenborg.

Im SISTARS**-Netzwerk ziehen feministische Musikinitiativen aus Hamburg, Hannover, Dortmund und Frankfurt an einem Strang und bieten jungen Musikerinnen aus allen Sparten der populären Musik ein paar Wochen lang Beratung und Auftrittsmöglichkeiten. Bewerben kann sich jede Band, in der Mädchen federführend sind. Durchweg weibliche Jurys wählen einmal im Jahr pro Region vier Bands für die bundesweite Runde. An Arbeitswochenenden schulen erfahrene Musikerinnen und Produzentinnen als

Mentorinnen - u.a. Sandra Nasic /Guano Apes, Sandra Grether, Produzentin Andrea Canta, HipHop-Queen Pyranja und Bernadette la Hengst - den Nachwuchs in Sachen Promotion, Verträge, Finanzen, Technik etc.

2003 bewarben sich bundesweit mehr als 40 Bands, die sich im Haifischbecken Musikbusiness bewähren wollen. Dabei nicht auf Rollenklischees zurückzugreifen, ist ein Drahtseilakt. Schließlich ranken sich die Kategorisierungen von Mädchen und Frauen immer noch um die jahrhundertealte Achse zwischen Schlampe und Schutzbedürftige. Das Spannungsfeld, in dem Mädchen versuchen, ihre Identität zu finden, ist aufgeladen mit Bildern, die bestimmt sind von Schönheitswahn, Markenfetischismus und Sextalk. Was alle SISTARS**-Teilnehmerinnen eint, ist der Wunsch, unabhängig von ihrem Äußeren als Musikerin ernst genommen zu werden - in der medial durchtränkten Welt zwischen all den Britneys und Whitneys ein schier aussichtsloses Unterfangen.

"Wir brauchen mehr Angebote für Mädchen, an den Schulen Instrumente ausprobieren zu können," fordert Klinkenborg. Die Art der Musikförderung beeinflusse die Zugangsmöglichkeiten von Jungs und Mädchen zu Musik. Schülerbandfestivals wie School Jam zeigen, so Klinkenborg, was beim "völlig ungegenderten Angebot" passiert: "Die Jury ist nahezu rein männlich besetzt. Und es treten fast nur Jungs auf." Solange Bandworkshops fast ausschließlich von Männern geleitet werden, Übungsräume in Industriegebieten oder Bunkern und somit jenseits sicherer Sozialräume liegen und Mädchen nicht denselben Zugang zu Räumen und Instrumenten haben wie Jungs, ist ganz offensichtlich Gegensteuerung nötig.

Tina Fritsche

Im Sommer 2004 startet die Bewerbungsphase für die nächste SISTARS**Runde. Infos unter: www.sistars.info

Anmerkung:

1) Die Musikwissenschaftlerin Freia Hoffmann hat hierzu eine überaus spannende kulturgeschichtliche Abhandlung vorgelegt. Hoffmann, Freia: Instrument und Körper. Die musizierende Frau in der bürgerlichen Kultur. Frankfurt/M. 1991

Zum Weiterlesen empfohlen:

Baldauf, Annette / Weingartner, Katharina (Hg): Lips Tits Hits Power? Popkultur und Feminismus. Bozen 1998

Niketta, Reiner/ Volke, Eva: Rock und Pop in Deutschland - Ein Handbuch für öffentliche Einrichtungen und andere Interessierte. Essen 1994

25. Weitergehen!

In Köln lässt die Linke den DGB rechts abbiegen und läuft ... weiter

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:27

Auch in Köln folgten mehr als 100.000 Menschen dem Aufruf, am 3. April gegen Sozialabbau auf die Straße zu gehen. Mehrere linke Gruppen hatten für diesen Anlass zur Aktion "Weitergehen!" mobilisiert. Nach einem Stück gemeinsamer Route bog die DGB-geführte Großdemonstration "rechts" ab, während ein riesiges Transparent zum Weitergehen auf einer eigenen Demoroute mit mehreren Zwischenkundgebungen aufforderte. Rund 2000 Leute folgten dieser Aufforderung.

Die Bevormundung der Proteste durch den DGB war in Köln so ausgeprägt, dass selbst das zuvor angemeldete und öffentlich angekündigte Weitergehen einem Ausbruch glich. Gewerkschaftliche Ordnerketten versuchten das Ausscheren zu behindern. Astrid Klaus von Attac hingegen hatte mit der vom DGB geführten Demo und deren Abschlusskundgebung, auf der Gewerkschafts-, Kirchen-, AStA- und Attac-VertreterInnen sowie der ehemalige CDU-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm reden konnten, keine Probleme: "Ich kann mich nicht erinnern, dass es ein derartig breites Bündnis schon einmal gegeben hat", so das Resümee von Astrid Klaus. Die sozialen Bewegungen waren nach ihrer Auffassung bereits durch Attac ausreichend vertreten.

Begründet hatten die InitiatorInnen ihre Weitergehen-Aktion nicht allein damit, dass der DGB und die von ihm bestellten RednerInnen die Vielfalt und die Schärfe der Kritik am Sozialraub nicht repräsentierten. Vielmehr sei es unumgänglich, den inhaltlichen Dissens mit der Führungsspitze der Gewerkschaften sichtbar zu machen. Man sehe im DGB eine gesellschaftliche Vermittlungsinstanz für einen leicht abgefederten Sozialraub, mit "gerechterer" Ausbeutung und "behutsamerem" Arbeitszwang. Die DGB-Forderung nach "Arbeit für alle" klinge wie eine Drohung - eine Drohung mit Arbeit, so Rainer Solms von der AG Besser Leben. Ebenso falsch finden es die UnterstützerInnen der Aktion "Weitergehen!", den guten alten Sozialstaat zurückzufordern. "Wir sollten nicht nach Arbeit betteln, sondern unser Recht auf Einkommen und Teilhabe einklagen und den Zwang zur Arbeit zurückweisen."

Der DGB droht mit Arbeit

Währenddessen stellt der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters einen Kilometer entfernt klar, dass es den Gewerkschaften nicht um die Verhinderung der so genannten Reformen gehe. "Auch wir wollen Veränderungen, aber nach vorne." Er spricht von "gerechteren Reformen", die nichtsdestotrotz notwendig seien. Konkret versucht die Gewerkschaftsführung durch das Aushandeln von Zugeständnissen der Gegenseite, die Verzichtbereitschaft der eigenen Klientel zu erhöhen. Sie will die Unternehmen in die heimische Ausbeutungspflicht nehmen, anstatt sie in Niedriglohnländer abwandern zu lassen. Der Gewerkschaftsführung geht es um "Kurskorrekturen", nicht aber um ein anderes Ziel der Reise. Abermals ist sie nicht bereit, auf Konfrontationskurs zur Bundesregierung zu gehen. Zu sehr sind ihre Funktionäre selbst GenossInnen der Sozialdemokratischen Partei.

Zurück zur kleinen Abschlusskundgebung der Weitergegangenen. Neben den weitergehenden Forderungen blieben die Ansätze für eine tatsächlich weitergehende Praxis relativ unkonkret. "Wenn wir eine soziale Sprengkraft entwickeln wollen, müssen wir nicht nur den sozialen Frieden aufkündigen, sondern auch gesellschaftliche Perspektiven entwickeln, die über den vergangenen Sozialstaat und über die Abwehr des sozialen Angriffs hinausweisen. Die Forderung nach einem garantierten Einkommen, auf das jeder voraussetzungslos ein Recht hat, das man sich nicht erst erarbeiten oder verdienen muss, das völlig entkoppelt ist vom Zwang zur Arbeit - ein solches Existenzgeld könnte ein Ansatz sein.", so ein Beitrag auf der alternativen Abschlusskundgebung.

Sprengkraft hatte der Tag jedoch noch nicht zu bieten. Ein reines Demo-Angebot als Alternative zur DGB-Veranstaltung war deutlich zu wenig. Eine neuerliche Initiative für ein soziales Zentrum in Köln wäre als Abschluss der Demonstration vielleicht möglich gewesen. Ein 76-jähriger ehemaliger Gewerkschafter, der sich als autonomer Antifaschist aus Hagen vorstellte, forderte in Anlehnung an Generalstreiks in Italien und Frankreich Aktionen jenseits der leicht verschmerzbaren massenhaften Unmutsäußerung. "Eine Großdemonstration an einem Samstag tut doch niemandem weh. Wir müssen den Laden hier lahm legen!"

Lutz Wehring

26. Weder bündnisfähig noch gegen Sozialkahlschlag

DGB dominiert den Aktionstag gegen Sozialabbau

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:28

500.000 Menschen waren am 3. April in Berlin, Köln, Stuttgart, Frankfurt und anderen bundesdeutschen Städten unterwegs, um ihren Protest gegen Sozialkahlschlag und Agenda 2010 auf die Straße zu tragen. In Deutschland wurde der europäische Aktionstag gegen Sozialabbau jedoch sehr rigoros vom DGB dominiert - ein Umstand, der die Freude erheblich trübt.

Seit November 2003 wurden die Europäischen Aktionstage gegen Sozialabbau am 2. und 3. April 2004 aktiv vorbereitet - vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften sowie von den unterschiedlichen Strömungen, die die Demonstration am 1. November 2003 organisiert hatten. Bereits vor dem Europäischen Sozialforum in Paris hatten attac und DGB enge Kontakte für einen gemeinsamen Europäischen Aktionstag geknüpft. Die attac-Idee, Gewerkschaftsvorsitzende als Förderer solcher Aktionstage zu gewinnen, wurde zunächst durchaus positiv aufgenommen. Doch bei vielen unabhängigen Initiativen und Sozialbündnissen wich diese Freude seit Januar 2004 einem blanken Unmut. Schon als der Europäische Gewerkschaftsbund die Termine 2. und 3. April verkündet hatte, war klar, dass die deutschen Gewerkschaften das fragile Bündnis vom 1. November 2003 aus GewerkschafterInnen, Erwerbslosen und GlobalisierungskritikerInnen gefährden könnten.

Zwischen November 2003 und Januar 2004 trafen sich bei fünf Aktionskonferenzen so unterschiedliche Bündnisse wie die Initiative für einen Richtungswechsel in der Politik, attac mit den deutschen Sozialforen, das Rhein-Main-Bündnis, das ehemalige Berliner Demobündnis zum 1.11.2003 und viele andere soziale Städtebündnisse. Es ging darum, die Sozialbündnisse voranzutreiben, Termine für weitere Aktivitäten und Prioritäten zu diskutieren, politische Plattformen für die Bündnisarbeit zu erarbeiten und strategische Fragen des politischen Widerstands zu thematisieren.

Feindliche Übernahme

Interessant ist ein Rückblick auf die Aktionskonferenzen des Rhein-Main-Bündnis am 13.12.2003 sowie von attac am 17. und 18.1.2004. Am 13. Dezember 2003 diskutierten vor allem städtische Sozialbündnisse und Parteien wichtige Ansätze für eine strategische Diskussion zur Entwicklung des politischen Widerstandes und erarbeiteten eine politische Plattform für die zukünftige Bündnisarbeit. Auf der Aktionskonferenz am 17. und 18. Januar 2004 einigten sich linke GewerkschafterInnen, Erwerbslose und GlobalisierungskritikerInnen auf den "Frankfurter Appell gegen Lohn- und Sozialabbau" sowie eine gemeinsame Abschlusserklärung. Auf beiden Konferenzen kam es zu ersten Vorbereitungen "von unten" für Aktionswochen zwischen dem 20. März und dem 3. April 2004. Mit der "feindlichen Übernahme" durch den DGB-Bundesvorstand brach dieser gemeinsame Vorbereitungsprozess zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften quasi auseinander. Der DGB zog die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des europäischen Aktionstages am 3. April 2004 an sich.

Am 22. Februar 2004 traf sich der Arbeitsausschuss zur Auswertung der Frankfurter Aktionskonferenz. Dort unterstützten linke GewerkschaftsvertreterInnen und attac offen das Konzept des DGB-Bundesvorstandes für drei Veranstaltungen in Berlin, Köln und Stuttgart. Die Ursprungsidee einer bundesweiten zentralen Demonstration war damit faktisch gestorben, obgleich der DGB mit seinem Konzept ein deutliches Desinteresse an der vor dem 1. November 2003 entstandenen Bewegung gegen Sozialkahlschlag bekundete. Während sich Gewerkschaftlinke und attac also dafür aussprachen, die großen Gewerkschaften mit "ins Boot" zu holen, wurde dies von den Sozialbündnissen und den Erwerbslosen kritisiert. Sie wiesen von Beginn an auf die Gefahr der Spaltung hin.

Das globalisierungskritische Netzwerk attac als so genannte regierungskritische NGO nahm eine Doppelrolle im Bündnisgeschehen ein. Es hat kritisches Potenzial gebunden und mit dem Aufsaugen linker Themen für deren mediale Wiedergabe gesorgt. Die Orientierung auf diverse Sozialforen hat darüber hinaus soziale Proteste auch aufgeweicht. Seit langem aktive, politisch erfahrene und kampferprobte soziale Initiativen werden ausgegrenzt. Die Akzeptanz durch Großorganisationen wie die Gewerkschaften hat das sicherlich befördert.

Wo liegt die Augenhöhe?

Der DGB-Bundesvorstand (DGB-BuVo) hatte bereits im Dezember 2003 alle Plätze und Demorouten in Berlin bei der Polizei angemeldet. Seit Januar begann er mit der Organisation des Aktionstages - in der Manier einer Dampfwalze. Bei der Organisation, der Zeit- und Ortsplanung, der RednerInnenauswahl und der Auswahl der BündnispartnerInnen wollte er sich zunächst nicht reinreden lassen. Das Berliner Bündnis gegen Bildungs- und Sozialraub (BBgSB) nahm im Januar 2004 Kontakt zum DGB Berlin-Brandenburg-Sachsen auf. Dieser Landesbezirk wies zwar auf seine organisatorische und inhaltliche Abhängigkeit vom DGB-BuVo, trug allerdings die Anliegen des BBgSB dort vor. Dadurch waren einige Einbrüche in die DGB-Dominanz möglich:

- Außendarstellung der gemeinsamen Vorbereitung im Infobrief

- Auftaktkundgebung mit Bühne mit Beginn ab 10.00 statt 9.30 Uhr

- Das BBgSB durfte für die Auftaktkundgebungen in Berlin jeweils die Hälfte der RednerInnen benennen

- zeitliche Verschiebung der Abschlusskundgebung

- die Erwerbslosenrede auf der Abschlusskundgebung

- gemeinsamer Aufruf mit dem DGB-Berlin und Leittransparent "Aufstehn - alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag"

- Aufnahme unterschiedlicher Aufrufe und Links auf die DGB-BuVo-Internetseiten.

Die allumfassende DGB-BuVo-Organisation blieb nicht ohne Widerspruch. So intervenierte der gemeinsame Arbeitsausschuss der Aktionskonferenz zum 17./18. Januar 2004 mit einem offenen Brief an den DGB. Darin hieß es u.a.: "Wir bitten den DGB eindringlich, die bisherigen Entscheidungen über die inhaltliche Gestaltung der Abschlusskundgebungen und den Demonstrationsverlauf in Köln, Stuttgart und Berlin zu korrigieren und gemeinsam mit den o.g. Gruppen und Bündnissen darauf hinzuwirken, dass dort die Positionen aller Beteiligten, auch die des Bündnisses ‚von unten` auf der Grundlage des ‚Frankfurter Appells gegen Sozial- und Lohnabbau`, berücksichtigt werden. Dass muss vor allem durch die Berufung der AbschlussrednerInnen aus allen vertretenen Bereichen signalisiert werden sowie durch die Beteiligung von VertreterInnen der sozialen Bewegung in den Organisationsgremien an den jeweiligen Demonstrationsorten." (1) Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) äußerte sich wie folgt: "Die diversen Bündnisse ... befürchten, dass der deutlich kämpferische und kritische Ton vom Herbst verstummt und die Regierung geschont wird." (junge Welt, 4.3.2004) Und der Arbeitslosenverband Deutschland e.V. schrieb: "Wir ..., die (wir) gemeinsam mit vielen weiteren Sozialpartnern auch dazu beitrugen, dass die Demonstrationen am 17. Mai und am 1. November 2003 in Berlin machtvolle Signale gegen den Sozial- und Lohnabbau wurden, registrieren, dass das ... sozialpolitische Anliegen des Europäischen Aktionstages in Deutschland leider immer mehr instrumentalisiert wird und zum ‚Kampffeld' zur Austragung von persönlichen und institutionellen Interessen verkommt. (...) Das scheint uns ein sehr gefährlicher Kurs zu sein, der die Sozial- und Erwerbslosenbewegung in Deutschland ... spalten könnte. ... Wir denken, dass vor allem Erwerbslose und Betroffene - gerade aus dem Osten Deutschlands - im besonderen Gehör finden müssen." (2)

Andere Offene Briefe gab es von der Aktionskonferenz vom 6. März 2004 (an den Vorstand des DGB-Landesbezirks NRW), vom Anti-Hartz-Bündnis NRW, dem Sozialbündnis Lippe-Detmold und von attac. Sie alle drückten den Wunsch nach einem "Bündnis auf gleicher Augenhöhe" mit dem DGB-Bundesvorstand und seinen Gewerkschaften aus und betonten den gemeinsamen Kampf gegen Sozialabbau. In der Regel reagierte der DGB-BuVo nicht oder nur anmaßend. Er präsentiert damit ein sattes Maß an Ignoranz und verkommener politischer Kultur.

Trotz diesbezüglicher Zusagen befürchteten insbesondere die unabhängigen Erwerbsloseninitiativen, dass aus diesem Spektrum kein/e RednerIn zugelassen werden würde - eine Befürchtung, die sich auf entsprechende Erfahrungen im Umgang mit den Gewerkschaften stützte und die sich letztlich auch als zutreffend erwies. Für die Erwerbslosen sprach in Berlin eine gewerkschaftliche Erwerbslosenvertreterin, ostdeutsche Arbeitslose, unabhängige Erwerbslosengruppen, Euromärsche und Sozialhilfeinitiativen waren dadurch nicht vertreten. In Stuttgart sprach überhaupt kein/e ErwerbsloseR. Damit wurden nicht zuletzt auch

die vielfältigen Aktivitäten und Mobilisierungsanstrengungen der verschiedenen Aktionskonferenzen, des BBgSB und vieler Erwerbsloser ignoriert.

Faktisch waren die Demonstrationen am 3. April 2004 sicherlich ein großer politischer Erfolg. Das Verdienst dafür kommt zunächst einmal sämtlichen AktivistInnen aus der Vorbereitung der Demo vom 1. November 2003 zu, die diesen Aktionstag überhaupt angeregt, angeschoben und den Gewerkschaften aufgedrängt hatten. Doch der Aktionstag selbst stand nicht in der Kontinuität des Frankfurter Appells. Trotz aller gegenteiligen Rhetorik: Die RednerInnen-Auswahl zeigte, dass sich der DGB-BuVo von alten, insbesondere sozialdemokratischen Bündnispartnern nicht wirklich trennen will. Nur durch Druck von unten sah er sich gezwungen, neue BündnispartnerInnen zu akzeptieren. Dass sich DGB-Chef Sommer im Alleingang aus den Spektren der sozialen Bewegung Leute herauspickte, deren Nase ihm gefiel, ist schlichtweg empörend. Der Einsatz des DGB-BuVo für ein breites Bündnis gegen Sozialabbau überzeugt nicht. Auch in Zukunft will er nicht mit Linken oder unabhängigen Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten - zumindest nicht offiziell. Zu sehr begreift sich der DGB als Ordnungsfaktor und Mitgestalter in der Gesellschaft in engem Schulterschluss mit der SPD, zu sehr agiert er aus der Position vermeintlicher Macht und Stärke.

Arroganz der Macht

Wo für den DGB-BuVo die Augenhöhe angesiedelt ist, wurde bei der Reihenfolge der RednerInnen auf der Berliner Abschlusskundgebung klar. Sommer, Bernard Thibault von der französischen CGT und Martin-Michael Passauer, Generalsuperintendent der Ev. Kirche Berlin hatten ihren Auftritt mit ellenlangen Redebeiträgen. Schon in der Musikpause eilten viele Demo-TeilnehmerInnen zu den Bussen für die Rückreise und konnten die RednerInnen der Erwerbslosen, der Studierenden, von attac und der kritischen Wissenschaft nicht mehr anhören. Dass bei der Berliner Abschlusskundgebung mit Ottmar Schreiner und Niels Annen auch Vertreter von Regierungsparteien sprechen durften und in Köln der ehemalige CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm, war für viele, die seit Jahren gegen Soziaabbau kämpfen, ein zusätzlicher Schlag ins Gesicht. Dazu passen im übrigen die Auftritte unzähliger KirchenvertreterInnen genauso wie der von Ursula Engelen-Kefer (immerhin Mitglied im SPD-Parteivorstand). Die hatte erst am 22. März 2004 die pünktliche Einführung des SGB II (Hartz IV) gefordert. (junge Welt, 23.3.2004) Trotz des Erfolges der Demonstration: Die Dominanz des DGB-BuVo am 3. April ist ein politisches Problem. Der Aktionstag wirkte so nicht zuletzt auch, als würden soziale Bewegungen allein durch die Gewerkschaften repräsentiert.

Anne Allex

Anmerkungen:

1) http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/europaimapril.html

2) http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/april-alv.pdf

27. Terror im Windschatten des Irak

Welle der Gewalt gegen Minderheiten im Kosovo

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:29

Im Kosovo brannten im März 2004 wieder Kirchen und Wohnhäuser, starben Menschen, flüchteten Angehörige der nicht-albanischen Minderheit. Selbst in höchsten NATO-Kreise sprach man wieder von "ethnischen Säuberungen" - und das fünf Jahre, nachdem sie Jugoslawien bombardiert hatten, um angeblich ebensolche an den Kosovo-AlbanerInnen zu verhindern. Die Unfähigkeit und Unentschlossenheit des Westens haben in den letzten Jahren vor allem extreme albanische Separatisten ausgenutzt, die nun zunehmend auch die "Besatzer" ins Visier nehmen. Verantwortliche bei UNMIK und KFOR haben bisher kaum angemessen auf die Gewalt reagiert, denn die dazu notwendige Selbstkritik dürfte viel Unangenehmes zu Tage fördern.

Zwei Tage lang herrschte die blinde rassistische Gewalt im Kosovo. Nach NATO-Schätzungen waren 50.000 gewaltbereite, vor allem junge Leute an den Angriffen beteiligt, die von NATO und UNO als systematisch geplant und "orchestriert" beschrieben wurden. Die traurige Bilanz: 19 Tote, darunter SerbInnen und AlbanerInnen, ca. 900 Verletzte, darunter auch zahlreiche UN- und NATO-Kräfte, 35 zerstörte serbisch-orthodoxe Kirchen oder Klöster, die teilweise unter UNESCO-Weltkulturerbe stehen, und 350 angezündete serbische Wohnhäuser sowie mehr als 70 zerstörte UN-Fahrzeuge. 3.600 SerbInnen, Roma und Aschkali flüchteten oder wurden evakuiert. Damit hat nun die seit dem Einmarsch der NATO 1999 permanent verfolgte Vertreibung der nicht-albanischen Bevölkerung im Kosovo eine neue Stufe erreicht und die ethnische Landkarte des Kosovos neu geschrieben. Der südliche Teil des Kosovos, einschließlich der Hauptstadt Pristina, gilt als "serbenfrei". Eine Rückkehr wurde vorsorglich unmöglich gemacht, da viele verlassene Häuser in Brand gesteckt wurden. Die "Internationalen" müssen nun erstmals zugeben, dass sie die Sicherheit der Minderheiten nicht garantieren können und dass SerbInnen im Kosovo gezielt verfolgt werden.

Südkosovo ist "serbenfrei"

Ganz anders gab man sich noch vor genau fünf Jahren, als sich westliche PolitikerInnen und Militärs auf die Seite der albanischen UCK stellten und das "Experiment Kosovo" damit begannen, aus der Luft einen Frieden "herbeizubomben". Als dies gelungen schien und NATO und UNO die Kontrolle übernahmen, versprachen viele euphorisch ein Verbesserung der Lage und ein multiethnisches Zusammenleben in der fast ausschließlich von AlbanerInnen bewohnten serbischen Provinz. Die serbische Regierung musste im Juni 1999 ihre Sicherheitskräfte und die Armee abziehen und durfte zusehen, wie die neuen Machthaber der Vertreibung von 200.000 Angehörigen der nicht-albanischen Bevölkerung, nach serbischen Angaben sogar bis zu 350.000, zusahen. Die westlichen Medien hielten dies kaum mehr für berichtenswert.

Aufwendig bewachte ethnische Gettos wurden geschaffen. Mit Stacheldraht geschützte Enklaven, eine strikte ethnische Trennung und bewaffnete Armee-Patrouillen, die Kinder zur Schule bringen, gehören vor allem im zentralen und südlichen Kosovo zum Alltag. Das Vorgehen von UNMIK, der UN-Zivilverwaltung, und der NATO-Truppe KFOR bestand darin, zunächst einen milliardenschweren Armee- und Bürokratenapparat zu installieren und Zivil-Projekte an die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen zu vergeben. Auf diese Weise sollten zunächst staatliche Grundstrukturen aufgebaut und ein demokratisches Verständnis von Recht und Ordnung eingeführt werden. Über die Statusfrage der Region wollte man erst danach entscheiden. Bisher konnten jedoch lediglich einige und zudem lokal begrenzte Erfolgserlebnisse erzielt werden, die nicht darüber hinwegtäuschen können, dass die ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundprobleme des Kosovos weiterhin ungelöst sind. Zudem blieben Terroristen und in Kriegsverbrechen verstrickte UCK-Militärs völlig unangetastet; viele wurden gar zu hofierten politischen Größen. Die wiederholten Angriffe auf die serbische Minderheit fanden in den vergangenen Jahren kaum noch Beachtung. Und das, obwohl die Hinweise auf neu gegründete terroristische Organisationen und gezielt durchgeführte Anschläge nicht mehr zu übersehen waren. Verbindungen zwischen ehemaligen UCK-Kämpfern, Politikern oder den neu gegründeten kosovarischen Sicherheitsorganen waren offensichtlich. Auch die in diesem Zusammenhang stehenden Mafiageschäfte konnten unter den Augen der weltweit höchsten Moralinstanzen weiter blühen.

Während die UN beschönigt ...

Angesichts dieser Realität fanden die jüngsten, beschönigenden UNMIK-Berichte nur noch Verwunderung unter Betroffenen und internationalen BeobachterInnen. Führende westliche PolitikerInnen, die regelmäßig in die Provinz reisten, sprachen hingegen von Fortschritten und zogen ihre Truppen zurück - nicht zuletzt aus finanziellen Gründen. Zahlreiche Soldaten wurden inzwischen in den Irak oder nach Afghanistan verlegt, der Schutz von Kirchen und ethnischen Enklaven zunehmend gelockert. Die einst 40.000 Mann starke KFOR-Truppe wurde um mehr als die Hälfte verkleinert. Seit der jüngsten Gewalt gilt nun wieder die Logik der militärischen Kriseneindämmung: Innerhalb weniger Tage wurde die Truppe wieder auf 21.000 Soldaten aufgestockt.

Mit den Ereignissen vom 17. und 18. März haben sich erneut diejenigen Kräfte im Kosovo der Frage nach dem Status der Region bemächtigt, die das Problem durch weitere Vertreibungen der nicht-albanischen Bevölkerung selbst "lösen" wollen. Eine solche "Lösung" könnte auch die Bildung eines Groß-Albanien einschließen, das offen von extremen Kosovo-AlbanerInnen, ehemaligen UCK-Kämpfern oder von der pan-albanischen Terrororganisation ANA gefordert wird. Die zögerlichen Reaktionen selbst gemäßigter kosovo-albanischer Politiker auf die Pogrome gegen SerbInnen lassen vermuten, dass ein unabhängiges Kosovo mit einer rein albanischen Bevölkerung auch für sie politisch eine durchaus wünschenswerte Option ist.

Aber auch gemäßigte Kosovo-AlbanerInnen lehnen bislang jegliche Ansprüche auf das Kosovo durch Serbien ab. Dabei geht es vor allem um die UN-Resolution 1244, auf deren Grundlage das Kosovo zu Jugoslawien und damit zu Serbien-Montenegro gehört. Die bislang von westlichen Unabhängigkeits-BefürworterInnen nur als eine "Frage der Zeit" dargestellte Aussicht auf Unabhängigkeit schien zudem in den letzten Wochen gefährdet zu sein, denn Serbien hatte sich innenpolitisch wieder gefangen. Die neue Minderheitsregierung unter Vojislav Kostunica hatte durchaus realistische Pläne zur Aufteilung des Kosovos in einzelne Kantone, nach dem Vorbild von Bosnien oder der Schweiz, vorgelegt. Eine solche Kantonisierung des Kosovo wird in Belgrad als eine der wenigen Möglichkeiten gesehen, die Sicherheit der nicht-albanischen Bevölkerung zu gewährleisten und eine Unabhängigkeit zu verhindern. Die wird nämlich sowohl von Belgrad als auch von den Serben im Kosovo abgelehnt. Der Vorschlag, dessen konkrete Ausgestaltung bisher nur vage abgestimmt ist, wurde jedoch von westeuropäischen SpitzenpolitikerInnen durchweg abgelehnt. Seitdem hat er zumindest seinen Namen geändert und heißt nun Dezentralisierung.

Bereits im vergangenen Jahr hatte der serbische Premier Zoran Djindjic kurz vor seinem Tod einen ersten Vorstoß gewagt und die Teilung des Kosovos in einen Nord- und Südteil vorgeschlagen. Darauf wurde der serbischen Regierung vorgeworfen, allein die Teilung des Kosovos, nicht aber die Lösung der Probleme zu wollen. Der neueste Vorschlag Serbiens stößt nach wie vor auf den unveränderten Widerstand der Kosovo-AlbanerInnen, die, nach der Gewaltwelle sogar noch verstärkt, die komplette Unabhängigkeit und Übertragung von mehr Rechten fordern.

... schaffen Nationalisten Fakten

Nur wenige UN-, dafür um so mehr NATO-Vertreter haben sich bisher kritisch zur aktuellen Lage der "Friedensmission" im Kosovo geäußert. Nach Angaben des Außenministers Serbien-Montenegros habe vor allem Deutschland eine UN-Resolution verhindert, die die jüngste Gewalt der Kosovo-AlbanerInnen verurteilt. Eine umfassende Reform an der Spitze von UNMIK und KFOR ist zudem bisher ausgeblieben. Diese ist bislang nicht einmal willens oder in der Lage, die Einhaltung der UN-Resolution 1244, die neben der schon genannten staatlichen Zugehörigkeit auch die Rückkehr der Flüchtlinge und das multiethnische Zusammenleben vorschreibt, zu garantieren.

Belgrad muss daher annehmen, dass die bisherige Kosovo-Politik auch künftig weitergeführt werden wird. Extremen albanischen Separatisten wird so weiter in die Hände gespielt, ein Vorgang, der an bereits vollzogene Stationen im Zerfall Jugoslawiens erinnert. Der jüngste Terror, der nun auch teilweise gegen die "Besatzer" selbst gerichtet war, lässt zwar Ansätze für eine Neuorientierung erkennen. Jüngste Kommentare aus Bundeswehr- und NATO-Kreisen über die Situation im Kosovo sind erstaunlich realistisch und kritisch. Doch viele westliche PolitikerInnen, die an der Zerschlagung und dem Krieg gegen Jugoslawien beteiligt waren, sind noch immer in Amt und Würden. Über ihre eigene Verantwortung an der jüngsten südosteuropäischen Vergangenheit zu sprechen oder diese gar in Frage zu stellen - dafür scheint die Zeit noch nicht reif zu sein. Zudem verfolgt der Westen keine einheitliche Strategie. Derzeit scheint es besser zu

passen, die jüngsten Ereignisse unter den Teppich zu kehren und Extremisten gewähren zu lassen, die im Schatten von Irak und Afghanistan ungeniert agieren können. Das Kosovo ist im März diesen Jahres zunächst als Episode wieder kurz ins Gedächtnis zurückgekehrt. Die nicht-albanische Bevölkerung des Kosovos dürfte als Einzige die Warnung verstanden haben: Sie werden im Kosovo auch in Zukunft nicht geduldet. Und dass obwohl die selbst ernannten internationalen "Friedensbringer" schon fast fünf Jahre die Geschicke des Kosovos lenken.

Stefan Tenner

28. Die Uni, die Stadt und Rotrot

Der Studistreik 2003 - Rückblicke, Einblicke, Ausblicke

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:30

Entgegen aller Erwartungen kam es im Wintersemester 2003/04 zur größten Bewegung Studierender seit 1997. Obwohl sich diese durch eine kaum zu überblickende Vielzahl von Aktivitäten, spontanen und vielfältigen Aktionen auszeichnete, wird sie von Beteiligten, die auch "damals" schon dabei waren, als ernst zu nehmender, intelligenter und weniger "spaßzentriert" beschrieben als die '97-Bewegung. Ein Rückblick auf die Studierendenproteste in Berlin.

Mit der Konkretisierung der Kürzungspläne für die Universitäten wurden Anfang des Wintersemesters 2003/04 urplötzlich die Studimassen aktiv. An allen drei großen Berliner Universitäten wurden, dem Beispiel aus Hessen und Niedersachsen folgend, Streiks und Besetzungen beschlossen. Später zogen auch die Universität der Künste und verschiedene Fachhochschulen nach. Protestierende, öffentliche Vorlesungen abhaltende und Kreuzungen blockierende Studierende waren bald im Berliner Stadtbild und in den Medien omnipräsent. Kein öffentliches Gebäude oder gar Abgeordnetenbüro war mehr vor Besetzungen sicher. Die irrwitzigsten Ideen kamen auf und wurden mit Feuereifer in die Tat umgesetzt. Während bei einigen Aktiven der Wunsch, die Sympathien aller zu erringen, so weit ging, dass sie radikalere MitprotestiererInnen von der Polizei aus den Demonstrationen entfernen lassen wollten, wagten sich andere weit aus dem universitären Elfenbeinturm hinaus, knüpften Kontakte zu ebenfalls von Kürzungen bedrohten Kindertagesstätten, SchülerInnen, dem Berliner Sozialforum und Gewerkschaften. Ein nicht nur aus Studierenden bestehendes Bündnis gegen Bildungs- und Sozialabbau gründete sich, und bei den Besetzungen der Senatorenbüros erfuhren die Aktiven, dass reden nichts hilft, PolitikerInnen nicht ihre Interessen vertreten und Versprechungen nicht geglaubt werden darf. Überraschend war die Vehemenz und Militanz einiger Studierender, die sich nicht mehr um Absperrgitter kümmerten und auch keine Angst vor Pfefferspray und Polizisten in Vollkörperpanzerung zeigten. Diese spontane Militanz hat Dinge in Bewegung gebracht.

Auch wenn manche penetrant auf die Bedeutung der Bildung für den Wirtschaftsstandort Deutschland hinwiesen - große Teile der Studierenden gingen im Laufe der Proteste von der Parole "Bildung für alle - und zwar umsonst!" zur Forderung "Alles für alle - und zwar umsonst!" über und begannen, den propagierten Sparzwang in Frage zu stellen. Es verbreitete sich die Erkenntnis, dass an Bildung nicht nur gespart, sondern dass sie vor allem umgebaut wird. Das Interesse der Wirtschaft an jungen, spezialisierten und unkritischen HochschulabsolventInnen ist hoch und daher auch das am Umbau von Magister- und Diplomstudiengängen zu verschulten Bachelor- und Masterabschlüssen.

Die Länge der Vollversammlungen, die nach den Winterferien stattfanden, und die hier geführten zähen Auseinandersetzungen zeigten, dass sowohl StreikgegnerInnen als auch -befürworterInnen bereit waren, mit harten Bandagen zu kämpfen. Das Ergebnis einer Vollversammlung an der HumboldtUniversität (HU), den Streik in Protesttage umzutaufen, nutzten die großen Berliner Tageszeitungen prompt dazu, ihn für tot zu erklären, obwohl die Beschlüsse das Gegenteil aussagten. Zwar machte die nächste VV diese Umbenennung wieder rückgängig, doch das Aufstellen von Streikposten und das Durchsetzen der Besetzungen gegen studierwillige KommilitonInnen wurde seitdem schwerer.

Pünktlich zum Ende des Wintersemesters versuchte schließlich auch Rotgrün, mit einer Debatte über die Notwendigkeit von Elitebildung für den Standort Deutschland die Kontrolle über die Bildungsdiskussion wiederzuerlangen und den Protest zu spalten (siehe ak 482).

Nachdem die heiße Phase der Proteste nun erst mal zu Ende ist, verlegen die verbliebenen AktivistInnen ihre Tätigkeiten in andere Bereiche. Die während des Streiks besetzte und in Betrieb genommene Offene Uni an der HU Berlin hat auch über das Wintersemester hinaus Bestand. Zwar ist nicht mehr das ganze Gebäude besetzt, doch gibt es Absprachen mit der Universitätsleitung, die benötigten Räume zu bekommen. Das Zusammenhalten der widerständigen Subjekte und eine fortgesetzte inhaltliche Auseinandersetzung werden hierdurch ermöglicht. Auch nichtstudentische Projekte sollen hier Platz finden.

Die praktische Zusammenarbeit mit anderen Gruppen - etwa im Bündnis gegen Sozial- und Bildungsraub - hat den Horizont der AktivistInnen erweitert und die Schlagkraft der Forderungen erhöht. Die berlinweiten

Umsonstfahr-Aktionstage, bei denen mit Semesterticket ausgestattete Studierende KontrolleurInnen kontrollieren und UmsonstfahrerInnen warnen, zeigen die Potenziale dieser Zusammenarbeit.

Nachdem es lange so aussah, als habe die Bewegung kaum handfeste Ergebnisse erreicht, zeichnen sich jetzt erste Erfolge ab: Die Stellenstreichungen und Mittelkürzungen an den Universitäten fielen geringer aus als angekündigt, und die Einführung von sogenannten Langzeitstudiengebühren konnte vorläufig verhindert werden. Durch massive Lobbyarbeit in und um die PDS ist es gelungen, eine große Mehrheit der Delegierten des Landesparteitages vom 4. April 2004 in Berlin zu einer Ablehnung aller Arten von Studiengebühren zu bewegen. PDS-Bildungssenator Flierl sah sich daraufhin gezwungen, diesen Beschluss als bindend für seine Politik zu erklären. Die Langzeitstudiengebühren von 500 Euro pro Semester, die ab dem Sommersemester 2005 von allen Studierenden, die länger als 15 Semester eingeschrieben sind, erhoben werden sollten, können also nächstes Jahr nicht eingeführt werden - obwohl sie im Berliner Doppelhaushalt 2004/05 schon eingeplant sind.

Auch wenn der Streik und die Besetzungen an den Universitäten im Sommersemester nicht oder nur vermindert weitergehen sollten - die Proteste in der Stadt werden nicht einschlafen. In Verbindung mit der "Berlin Umsonst!"-Kampagne konnten Möglichkeiten für widerständiges Verhalten im Alltag aufgezeigt werden, und das nicht nur für Studierende und radikale Linke, sondern auch für "ganz normale Leute". Die Stimmung in der Stadt beginnt sich zu verändern, Protest scheint wieder möglich. Dazu haben die Studierendenproteste ein gutes Stück beigetragen.

Kirsten Achtelik

29. ANC auf Wolke 7(0)

Wahlen in Südafrika:

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:31

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC), die einst "älteste Befreiungsbewegung der Welt", hat bei den dritten demokratischen Wahlen vom 14. April seine Vormachtstellung am "Kap der guten Hoffnung" ausgebaut. Nach Auszählung von gut 70% der über 17.000 Wahllokale erhielt die von Präsident Thabo Mbeki geführte Regierungspartei knapp 70% der Stimmen der rund 20 Millionen registrierten Wahlberechtigten Südafrikas.

Dieses Zwischenergebnis gab die unabhängige Wahlkommission am Abend des 15. Aprils bekannt. Zu diesem Zeitpunkt sieht es so aus, dass dem ANC die für Verfassungsänderungen relevante Zwei-Drittel-Mehrheit von 66,67% sicher ist. Damit hat der ANC in seiner zehnjährigen Amtszeit sein Wahlergebnis nun zum zweiten Mal verbessert.

Die Demokratische Allianz (DA) unter Tony Leon hob ihren Stimmenanteil von 10% (1999) auf knapp 13% der Stimmen an. Sie holte ihre Stimmen primär unter Mittelschichts-Weißen und so genannten Coloureds. Auch wenn die DA nicht in der Lage war, unterschiedlichste Bevölkerungsschichten und -gruppen von ihrer Regierungsalternative "South Africa deserves better" zu überzeugen, stellt sie nominell doch die einzige parteipolitische Opposition zum ANC dar. Hingegen hat der mit der DA im Wahlbündnis stehende einstige Homeland-Fürst von KwaZulu und gegenwärtige Innenminister des Landes, Chief Buthelezi, landesweit an Einfluss verloren. Seine Inkatha-Freedom-Partei (IFP), die vor allem unter den konservativen Zulu-sprachigen AfrikanerInnen in der Provinz KwaZulu-Natal und um Johannesburg einst eine beachtliche Anhängerschaft hatte, sackte landesweit von 9% (1999) auf 6,35% ab. Der Wahlverlierer schlechthin ist aber die Erneuerte Nationale Partei (NNP), die einstige Apartheid-Regierungspartei NP, die sich 1994 mit ihrer "Angst-vor-dem-schwarzen-Mann"-Kampage noch knapp 20% der Stimmen sicherte. 1999 kam sie immerhin noch auf 7% der Stimmen. Nun ist die einst 50 Jahre allein herrschende Partei bei 1,8% gestrandet - ein Abgesang auf das historische Auslaufmodell.

Die Kräfte des alten Südafrika abgestraft

Hoffnungslos ist die Lage "links" vom ANC: Die vormalig neben dem ANC bedeutendste Befreiungsbewegung, der Panafrikanische Kongress (PAC), hat sich selbstverschuldet in die absolute politische Bedeutungslosigkeit gestritten, gespalten und manövriert. Der PAC konnte gerade einmal 0,7% der Stimmen auf sich vereinen. Der einzige intellektuelle Lichtblick der Bewegung, Patricia de Lille, hatte die Partei folgerichtig vor einem Jahr verlassen und die Unabhängigen Demokraten (ID) gegründet, die aus dem Stand einen vielbeachteten Erfolg mit 1,82% der Stimmen landeten. Linke Parteien, die aus dem einstigen Black Consciousness Movement hervorgegangen waren, wie z.B. AZAPO oder SOPA befinden sich unterhalb der politischen Wahrnehmbarkeitsgrenze.

Unter dem Spektrum der rechten, religiös-fundamentalistischen oder populistischen Parteien sind allein der United Democratic Movement (UDM) mit 2,2% sowie die African Christian Democratic Party (ACDP) mit 1,65% der Stimmen nennenswert.

Bei den gleichfalls abgehaltenen Provinz-Wahlen erhielt der ANC erwartungsgemäß die absolute Mehrheit in sieben von neun Provinzen. Lediglich in zwei Provinzen war die Situation zum Zeitpunkt des Redaktionsschluss unklar und blieb spannend: In KwaZulu-Natal, Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre Schauplatz des blutigen Bürgerkrieges zwischen dem Apartheidstaat und der Inkatha-Freedom-Partei einerseits und dem ANC anderseits, konnte der ANC seine Stellung als stärkste Partei zwar ausbauen, ist aber nicht in der Lage, ohne die zweitstärkste Kraft, die IFP, zu regieren. Hier blieb unklar, ob die bisherige zerrüttete und handlungsunfähige Koalitionsregierung zwischen ANC und IFP fortgesetzt wird.

In der anderen hart umkämpften Provinz, dem Westkap, könnte es zu einer Neuauflage der eher kuriosen Koalition zwischen dem ANC (der einstigen Befreiungsbewegung) und der NNP (den einstigen Unterdrückern) kommen. Wenn dies so sei, dann aber nur unter den veränderten Vorzeichen eines ANC-Ministerpräsidenten, da der ANC auch in dieser Provinz zulegte während die NNP auch hier deutlich verlor.

Am ersten Abend nach den Wahlen waren sich ParteienvertreterInnen, JournalistInnen und WahlforscherInnen einig, dass die dritten demokratischen Wahlen nicht nur "frei und fair" sowie gewaltfrei verlaufen sind, sondern auch organisatorisch erfolgreich waren. Von unterschiedlichster Seite wurde dies als Zeichen der Stabilität der Demokratie in Südafrika bewertet. Unabhängige WahlforscherInnen wie Stephen Friedman wiesen darauf hin, dass auch zehn Jahre nach der Apartheid das Wahl-Verhalten stark von Identitätsmustern wie Bevölkerungszugehörigkeit geprägt blieb. Wie relevant dies tatsächlich ist, darüber wird in Südafrika in den nächsten Wochen diskutiert und gestritten werden.

Kurioses in den Provinzen

Unstrittig ist jedoch, dass das Wahlergebnis einen klaren "Vertrauensbeweis" der Bevölkerung in die Politik des ANC darstellt. Auch wenn viele WählerInnen zuvor bei Wahl- und Medienumfragen durchaus ihren Unmut über gleich bleibend oder gar schlechtere Lebensbedingungen geäußert hatten, so trauen sie doch von den 21 Parteien, die zur Wahl standen, allein dem ANC zu, die Transformation Südafrikas vom Apartheidstaat zur Demokratie abzuschließen und existenzielle Verbesserungen der Verhältnisse für die schwarze Bevölkerungsmehrheit herbei zuführen. Der ANC unter Präsident Thabo Mbeki, der im Wahlkampf für einen "People's contract to fight poverty and create employment" geworben hatte, hat nun fünf Jahre Zeit, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Ändern sich in den nächsten fünf Jahren die Lebensverhältnisse für die Millionen von Schwarzen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, nicht entscheidend, wird der ANC wohl kaum ein drittes Mal sein Wahlergebnis verbessern können.

Andreas Rosen, 15.4.2004, Johannesburg

30. Schuldabwehr und Amnesie

Selektive Erinnerungen an NS-Zwangsarbeit und Konzentrationslager

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:32

"Wir haben nichts gewusst - und was wir wussten, durften wir nicht sagen, weil wir sonst ins KZ gekommen wären!" Die Ausreden der deutschen Volkgenossen, die natürlich allesamt keine Nazis waren, sind den Nachgeborenen nur allzu geläufig. Dabei waren etliche Konzentrationslager weithin sichtbar und die dort herrschenden Zustände allgemein bekannt. Auch die Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen gehörte zum Alltag. In zwei neuen Regionalstudien aus Niedersachsen wird das einmal mehr belegt.

Bergen-Belsen von "außen" und "innen"

Welche Berührungspunkte gab es zwischen dem Lager Bergen-Belsen und seinem Umfeld? Wie nahmen sich Häftlinge, SS-Personal und Bevölkerung gegenseitig wahr? Welche Handlungsspielräume hatten SS-Personal und Bevölkerung in ihren Verhaltensweisen gegenüber den Häftlingen? Diese Fragen untersucht der Historiker Steffen Meyer in seinem Buch "Ein Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager in seinem Umfeld. Bergen-Belsen von ‚außen` und ‚innen`".

Es ist nicht verwunderlich, dass die Bevölkerungen im Umfeld von Konzentrationslagern eine besondere Abwehr gegen Schuldvorwürfe entwickeln. Die Leugnung, seinerzeit Kenntnis von den in den Lagern begangenen Verbrechen gehabt zu haben, gehört dabei zum Standard. Überraschen kann aber doch, wenn Fragmente nationalsozialistischer Ideologie weiter zur Beschreibung und Erklärung dessen herhalten müssen, was sich vor der eigenen Haustür ereignete. Und wenn sich - entgegen aller Aufklärungsarbeit - viele Menschen noch in den 1980er und 1990er Jahren auf offenkundig geschichtsrevisionistische "Quellen" stürzen und stützen, muss dies erschrecken.

Steffen Meyer zeigt in seiner Studie die vielfältigen Kontakte zwischen der Bevölkerung und dem Lager, den Häftlingen wie den Bewachern. Unübersehbar waren die ankommenden Transporte, und nach ihrer Ankunft an der Verladerampe in Bergen mussten die Häftlinge zu einem fünf Kilometer langen Fußmarsch antreten. Die Kriegsgefangenen der ersten Lagerphase wurden genauso als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft eingesetzt wie anschließend KZ-Häftlinge in Arbeitskommandos außerhalb des Lagers für die Kriegswirtschaft, aber auch für die Versorgung des Lagers selbst. Beim Transport von Heizmaterialien oder Lebensmitteln hatten sie unweigerlich Kontakt mit der Bevölkerung. Und es kamen auch Menschen aus dem Umfeld ins Lager hinein, etwa als Funktionsträger oder als Lieferanten.

Später bemühte man sich, diese Kontakte zu banalisieren oder zu verschleiern. Als sich der Historiker Eberhard Kolb Anfang der 1960er Jahre mit der Lagergeschichte beschäftigte, machte er eine deprimierende Erfahrung: "Ich stieß wie auf eine Gummiwand, als ich einige Anwohner befragte, die mehr über das Lager wussten und auch noch Unterlagen hatten." Etliche wertvolle Dokumente seien dann "auf mysteriöse Weise" verschwunden. Und bis heute lassen sich die Zeitzeugen, die mit ihren Erinnerungen aufklärend wirken wollen, an einer Hand abzählen.

Im Zentrum der banalisierenden Rückschau steht ein Bericht, den der Amtsgerichtsrat Ernst von Briesen (1879-1966) im Jahr 1950 geschrieben hat. Briesen war in Bergen Ortgruppenleiter des "Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten" bis zu dessen Auflösung in die SA. Zwischen 1940 und 1942 war er in leitender Funktion in den Kriegsgefangenenlagern Stalag XI B Fallingbostel und Stalag XI C/311 Bergen-Belsen tätig. In seinem Bericht beschrieb er das Kriegsgefangenenlager als "Musterlager"; das Massensterben im Winter 1941/42 erwähnte er am Rande. Über das KZ merkte er an, dass die Behandlung der Häftlinge bis zur Jahreswende 1944/45 "durchaus menschlich" gewesen sei. Der Lagerkommandant Kramer und das SS-Personal wurden von ihm entlastet, ja er lud die Verantwortung letztlich den Häftlingen selbst auf, indem er behauptete, dass sie "wenig diszipliniert, den Anordnungen der Lagerleitung nicht mehr gehorchten." Die Bevölkerung habe von all dem erst nach der Befreiung des Lagers erfahren.

Der Amtsgerichtsrat von Briesen wurde Eberhard Kolb 1960 vom Bezirksvorsteher als jemand empfohlen, der "objektive Angaben" über das KZ machen könne. Sein "Bericht" wurde 1968 in der rechtsextremistischen

Zeitschrift Nation + Europa veröffentlicht. Im Streit um eine Straßenbenennung nach Anne Frank veröffentlichte 1985 ein Berger Anzeigenblatt Briesens Text erneut.

Neben Leugnung und Banalisierung sind viele Aussagen aus der ortsansässigen Bevölkerung durch das Fehlen jeglicher Empathie mit den Opfern gekennzeichnet. Nur wenige Äußerungen bezeugen, dass den KZ-Häftlingen bei zufälligen Kontakten mit Wehrmachtsangehörigen vom nahe gelegenen Truppenübungsplatz oder Menschen aus der Bevölkerung Interesse für ihre Situation entgegengebracht wurde oder ihnen in einer konkreten Situation sogar geholfen wurde.

Nach der Befreiung des Konzentrationslagers berichteten ehemalige Häftlinge von sehr unterschiedlichen Reaktionen aus der Bevölkerung der umliegenden Dörfer. Neben Freundlichkeit, Anteilnahme und Hilfe stießen sie auf massive Ablehnung. Die ZeitzeugInnen aus dem Landkreis bezogen sich in ihren Schilderungen vor allem auf die Plünderungen, die etliche Bauernhöfe nach der Befreiung über sich ergehen lassen mussten. In Bergen kam als Besonderheit hinzu, dass die BewohnerInnen zunächst ihre Häuser räumen mussten, um für eine kurze Übergangszeit Platz für Angehörige ihrer Einheiten und befreite Kriegsgefangene zu schaffen. Vor diesem Hintergrund sahen sich viele Deutsche als Opfer. Dass in einer Zeit des Hungers das Displaced-Persons-Camp Bergen-Belsen bis 1950 zu einer Hochburg des Schwarzhandels wurde, verlängerte die verzerrte Wahrnehmung - inklusive der Fortschreibung antisemitischer Ressentiments.

Steffen Meyers Untersuchung bietet zu allen Phasen der Lagergeschichte aufschlussreiches Material zur "Außensicht". Indem er den Stimmen und Stimmungen die jeweilige konkrete Situation im Lager gegenüberstellt, kann er deutlich machen, welche "Anstrengungen" die ZeitzeugInnen jeweils unternahmen, das Verbrechen vor ihrer Haustür in einen sie entlastenden Zusammenhang zu stellen. Die von Schuldabwehr getragenen Deutungsmuster decken sich im übrigen, wie Meyer aufzeigen kann, auch mit dem offiziellen Gebaren der Stadt. Deren Repräsentanten waren bis in die späten 1980er Jahre darum bemüht, den Namen Bergen nicht auf den Hinweisschildern zur Gedenkstätte erscheinen zu lassen.

Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide

Mehr als 60.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hielten zwischen 1939 und 1945 in der Lüneburger Heide die Kriegswirtschaft aufrecht. Die Beschäftigung von verschleppten Polen und sogenannten "Ostarbeitern" lag damit in den für die Region "kriegswichtigsten" Branchen, der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie, im reichsweiten Vergleich über dem Durchschnitt. "Fremdarbeiter" und Kriegsgefangene prägten das Bild des Alltags auch in dieser ländlichen Gegend, in der sonst zunächst wenig vom Krieg zu spüren war.

Das jetzt erschienene Buch des Kieler Historikers Nils Köhler untersucht "Organisation und Alltag des ‚Ausländereinsatzes` 1939-1945". Im Unterschied zu manchen anderen Regionalstudien behandelt es auch den Einfluss von Entscheidungsträgern auf die Ausgestaltung der Zwangsarbeit vor Ort. Schon der Einband zeigt neben einem Foto von polnischen Zwangsarbeitern beim Gleisbahnbau an der Strecke Soltau-Uelzen die Porträts des Regierungspräsidenten Fritz Herrmann, des Regierungsdirektors Freiherr von Heintze, des DAF-Gauobmanns Kurt Wiebel und des Gauleiters Otto Telschow. Der "Reichseinsatz" konnte nur funktionieren, weil er bis in die untersten Instanzen von Staat und Partei unterstützt wurde. Ausschlaggebend waren dabei die Interessen der örtlichen Wirtschaft, die auf möglichst viele und geeignete Arbeitskräfte drängte.

Mit seiner Studie bietet Nils Köhler einen detaillierten Einblick in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der ZwangsarbeiterInnen in der Heideregion. Deutlich wird dabei, dass - egal ob es um Unterbringung, Ernährung, Löhne, Krankheit oder Bestrafung ging - zwei Aspekte die Ausgestaltung bestimmten: die Optimierung der Kriegswirtschaft auf der einen und die rassistische Ideologie auf der anderen Seite. Konflikte unter den Entscheidungsträgern bei der Behandlung der Zwangsarbeiter entstanden aus den widerstreitenden Interessen der auf Effizienz orientierten "Pragmatiker" einerseits und der Abgrenzung und Repression einfordernden "Ideologen" andererseits. Priorität hatte aber fast immer die gesteigerte Ausnutzung der Arbeitskraft.

Die rassistische Hierarchisierung, bei der die so genannten OstarbeiterInnen auf der untersten Stufe standen, betraf alle Lebensbereiche. Weder die Firmen noch die ArbeitskollegInnen oder die Bevölkerung äußerten öffentlich Zweifel an der Zwangsarbeit an sich, und auch nur selten an deren rassistischem Begleitwerk.

Für die Arbeit in der Landwirtschaft führt Köhler einzelne Fälle an, wo sich gegen die rassistischen Vorschriften tradierte Vorstellungen vom Zusammenleben mit allen Arbeitskräften auf dem Hof durchsetzten. Dazu gehören die Übertretung des "Tischverbots", demzufolge die ZwangsarbeiterInnen nicht gemeinsam mit dem deutschen Personal an einem Tisch essen durften, ebenso wie die Verletzung der "Ernährungsrichtlinien" oder die Nichtbeachtung des Verbots gemeinsamer Feiern. Auf der anderen Seite waren die ZwangsarbeiterInnen hier gänzlich der Willkür der Hofbesitzer ausgeliefert.

Viele der Schilderungen der Studie beziehen sich auf die Situation in der Stadt und im Landkreis Celle, weil hier die Quellenlage vergleichsweise günstig ist. So wird z.B. ausgiebig auf die Bedingungen bei Rheinmetall Unterlüß eingegangen oder das Lagersystem vor allem mit Beispielen aus Celle und den Landkreisgemeinden illustriert. Das Beispiel der Stadtverwaltung in Lüneburg gibt einen Eindruck von der Breite des Ausländereinsatzes bei den Kommunen: die Müllabfuhr, das Stadtgartenamt, das Tiefbauamt, die Speiseanstalt, das Krankenhaus und der Schlachthof beschäftigten ZwangsarbeiterInnen. Mit der vergleichenden Auswertung von Dokumenten aus Soltau-Fallingbostel, Uelzen und Harburg ergibt sich ein detailliertes Bild der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Was das Buch unter den zuletzt zum Thema veröffentlichten Betriebs- und Lokalstudien heraushebt, sind die vielen Fotos, die die Arbeits- und Lebensbedingungen illustrieren. Der Autor erhielt sie über Kontakte zu ehemaligen polnischen ZwangsarbeiterInnen, die ihm nicht nur einen Fragebogen beantworteten, sondern auch Dokumente und eben Fotos mitschickten. In anderer Weise noch als der Text lassen einen die Fotos erschaudern: Immer wieder entdeckt man die auf die Kleidung aufgenähten Abzeichen, die die jungen Frauen und Männer rassistisch stigmatisierten. Alle Polen hatten einen Aufnäher mit einem violetten "P" auf gelbem Grund auf der Kleidung zu tragen. Für die "Ostarbeiter" wurde später ein entsprechender Aufnäher mit einem weißen "OST" auf blauem Grund geschaffen. So waren Polen und "Ostarbeiter" für jeden auf den ersten Blick erkennbar und kontrollierbar.

Reinhard Rohde

Steffen Meyer: Ein Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager in seinem Umfeld: Bergen-Belsen von "außen" und "innen" 1941-1950. ibidem-Verlag, Stuttgart, 2003. 134 Seiten. 19,90 EUR

Nils Köhler: Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Organisation und Alltag des "Ausländereinsatzes" 1939-1945. Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld, 2004. 493 Seiten. 24 EUR

31. Auf Kollisionskurs

Bush macht Sharon ein Geschenk

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:33

Die wachsenden Schwierigkeiten der Besatzungstruppen im Irak hatten viele politische BeobachterInnen vermuten lassen, die Bush-Administration werde gegenwärtig ihren Ruf in der arabisch-muslimischen Welt nicht durch einen noch engeren Schulterschluss mit der Regierung Sharon zusätzlich belasten wollen. Weit gefehlt! Schon im Vorfeld von Sharons Besuch wurde deutlich, dass Washington einer einseitigen Räumung des Gazastreifens zustimmen würde - entgegen der bis dato offiziell gültigen Road Map, die eine Verhandlungslösung vorsieht. Die Entscheidung Bushs für eine volle Unterstützung auch der weitergehenden Implikationen von Sharons Plänen gibt Aufschluss über das Ausmaß des Realitätsverlustes im Weißen Haus, das einen frösteln lässt.

Der wegen des Irak-Desasters innenpolitisch unter Druck geratene US-Präsident hat diesen Schritt nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen getan. Von dieser Konstellation profitierte Sharon ebenso wie von der ideologischen Nähe seiner Politik zu den Vorstellungen der regierenden Neo-Konservativen.

Wenn man ihn nur lässt, wird Sharon genau das tun, was er immer wollte, nämlich eine einseitig von Israel ausgehende Entscheidung im israelisch-palästinensischen Konflikt durchsetzen. Heute ist darunter eine mit militärischer Macht und Betonmauern erzwungene Bantustanisierung der im Gazastreifen und auf etwa 40 Prozent der Westbank verbliebenen palästinensischen Bevölkerung zu verstehen. Teil dieser Politik ist der Versuch der militärischen Eliminierung des palästinensischen Widerstands. Das zeigt die hochsymbolische Ermordung des Hamas-Gründers Scheikh Ahmad Yassin durch die israelische Luftwaffe ebenso so wie die seitdem aus israelischen Regierungskreisen wieder vermehrt zu hörenden Todesdrohungen an die Adresse Arafats.

Sharon ist mit seinem Hang zu militärischen "Lösungen" bekanntlich bereits im Libanon gescheitert, und nichts spricht dafür, dass Hamas oder die PLO auf diesem Weg zu erledigen wären. Unter dem Eindruck der akuten Bedrohung ist es vielmehr zu einer taktischen Annäherung zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der damit im innerpalästinensischen Machtspiel aufgewerteten Hamas gekommen. Kritik aus Washington hielt Arafat nicht davon ab, persönlich an einem Treffen mit Vertretern der Hamas teilzunehmen. Derweil liefert die fortdauernde Strangulierung der palästinensischen Gesellschaft durch Besatzung, Mauer- und Siedlungsausbau ein unerschöpfliches Potenzial für die Fortsetzung des Konfliktes, inklusive Selbstmordattentate. Dass Vergeltungsschläge der Hamas für die Ermordung Yassins bislang ausgeblieben sind, sollte nicht zu falschen Schlüssen verleiten. Auch die israelische Armee kann neue Anschläge nicht verhindern.

All diese Kritik an Sharons Vorgehen wurde und wird auch in Israel geäußert. Aber die dort weiterhin hörbaren kritischen Stimmen treffen auf eine Öffentlichkeit, die sich an die Normalität des Blutvergießens gewöhnt zu haben scheint und auf die politische Stagnation zunehmend mit Abstumpfung und Fatalismus reagiert oder dem trügerischen Charme einer einseitig von Israel diktierten Entscheidung erliegt.

Leider lassen die politischen Mehrheitsverhältnisse in Israel sowie die blinde Unterstützung Washingtons für den gegenwärtigen Kollisionskurs Hoffnungen keinen Raum, es könnte kurzfristig eine Rückkehr zu politischen Verhandlungen zwischen den verfeindeten Parteien geben. Sharon hat in Interviews die Ansicht vertreten, der in Israel als Unabhängigkeitskrieg bekannte erste israelisch-arabische Krieg von 1948 sei noch nicht zu Ende. Es ist dennoch längst nicht sicher, ob er seine Vorstellung einer "Vollendung des zionistischen Projektes" tatsächlich innenpolitisch durchsetzen kann. Die Ermordung Yassins und die Drohungen gegen Arafat sind auch Ausdruck taktischer Überlegungen Sharons, Gegnern in den eigenen Reihen einen einseitigen Rückzug aus Gaza und die weitergehenden Pläne bezüglich der Westbank schmackhaft zu machen - nicht zuletzt indem er seine Glaubwürdigkeit als Hardliner verteidigt.

Unterstützung aus Washington ist vor diesem Hintergrund ein kostbares Geschenk. Die mit seinen Plänen verbundene Siedlungsräumung in Gaza und später teilweise auch in der Westbank trifft auf die erbitterte Gegenwehr der Siedlerlobby und ihrer Verbündeten, von deren Stimmen Sharons Koalition abhängt. Seit Ausbruch der zweiten Intifada ist ein scharfer Rechtsruck in der israelischen öffentlichen Meinung feststellbar;

ein national-religiöser Block gewinnt infolge der zunehmenden Überlappung jüdisch-fundamentalistischer und radikal-nationalistischer Diskurse immer mehr an Kontur und Gewicht.

Sharon agiert in einer seit längerem von Stagnation geprägten innenpolitischen Situation, in der er zwischen einander blockierenden Interessen verschiedener Sektoren der jüdisch-israelischen Bevölkerung, auch innerhalb seiner eigenen Likudpartei, geschickt taktieren muss. Sollte ihm die Sache innenpolitisch aus den Händen gleiten, wird es in Zukunft eher eine noch stärker ideologisierte Rechtsregierung geben als eine, die zu politischen Verhandlungen mit der palästinensischen Seite fähig wäre. Nicht auszuschließen ist, dass Teile der israelischen Arbeitspartei sich endgültig aufgeben und Sharon erneut die Steigbügel halten, um noch radikalere Kräfte abzuwehren.

Die Eskalation des Konfliktes hin zu einer wahrhaft unüberbrückbaren Feindschaft zwischen beiden Seiten ist unter den gegebenen Bedingungen sowohl in der Region als auch im internationalen Kontext kaum aufzuhalten.

Achim Rohde

32. Gemeinsam schaffen wir`s ...

Bericht von der ak/Fantômas-Arbeitskonferenz

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:34

Die Ankündigung in ak 481 war unscheinbar, hat aber doch einige ins Grübeln gebracht: Von einer Arbeitskonferenz war da die Rede, auf der "mit linken AktivistInnen über eine qualitative Verbesserung von ak und Fantômas beraten" werden sollte. Gleichzeitig wurde versprochen, der LeserInnenschaft "darüber demnächst mehr" zu verraten. Also bitte: Die Konferenz hat am 6. März stattgefunden, sie war mit 33 TeilnehmerInnen gut besucht, die Atmosphäre war freundschaftlich und die Diskussion offen und zielorientiert.

Doch damit genug der Kommuniqué-Sprache, die bekanntlich gerade das Wesentliche hinter wohlklingenden Floskeln verbirgt: Eine "offene" Diskussion ist in der Diplomatensprache die vornehme Umschreibung für eine heftige Kontroverse, in der unvereinbare Positionen ausgetauscht werden und an ein konstruktives Ergebnis nicht zu denken ist. Nicht so bei unserer Konferenz! Vielmehr gab es viele Gemeinsamkeiten in der Beurteilung der Lage, aber auch der Stärken, Schwächen und Möglichkeiten von ak und Fantômas, ihres Gebrauchswerts auch für Menschen außerhalb unseres engeren Umfelds. Anders als bei der ak-Zukunftskonferenz vor drei Jahren hatten wir diesmal nicht nur unsere FreundInnen und Freunde eingeladen, sondern eben auch "AktivistInnen", mit denen die Zusammenarbeit erst begonnen hat, im Interesse der gemeinsamen Sache aber zu forcieren wäre.

Das Eingangsreferat eines Fantômas-Redakteurs (mit dem selbstironischen Arbeitstitel "Die Widersprüche im Weltmaßstab und die Aufgaben der Linken") wurde zwar mehrfach gelobt, hätte aber wohl allenfalls eine knappe Mehrheit erhalten, wenn denn darüber abgestimmt worden wäre. Allein, das war nicht die Absicht. Das Referat diente vor allem dazu, der Diskussion in vier Arbeitsgruppen Stoff zu geben. Vor allem aber wurde dort an Hand vorgegebener Fragen diskutiert, die sich auf die Verbesserung von ak und Fantômas bezogen, insbesondere auf deren Wahrnehmung und aktuelle Nutzbarkeit. Am Ende stand die Frage: Unter welchen Bedingungen haben ak und Fantômas einen Nutzen für deine politische Arbeit?

Was die Kritiken, Wünsche, Anregungen, auch selbstverpflichtende Absichtserklärungen angeht lässt sich als ein wesentliches Ergebnis das Bedürfnis nach Debatten festhalten: zu Fragen, die die Welt und die Linke bewegen. Allerdings wünscht man sich hier klare Vorgaben durch die Redaktionen; unser Angebot, nicht nur Beilagen, sondern auch thematische Schwerpunkte von externen Gruppen "autonom" gestalten zu lassen, wurde eher mit Skepsis aufgenommen: Öffnung der Zeitungen für die "Bewegung" ist gut, aber kein Selbstzweck - so ähnlich muss man die Bedenken wohl verstehen, die einerseits als Vertrauensbeweis zu werten sind, andererseits aber noch mehr Ansprüche an die oftmals überarbeitete Redaktion bedeuten. Da hauptsächlich über ak und weniger über Fantômas diskutiert wurde, beziehen sich die im Folgenden zusammengetragenen Wünsche und Verbesserungsvorschläge vor allem auf ak:

- Die Artikel sollen "pointierter" werden

- Gleichzeitig sollen Provokationen um ihrer selbst willen vermieden werden

- Die Themen der Schwerpunkte und der kontroversen Debatten sollen besser geplant und strukturiert werden

- Die Debatte soll mehr Raum erhalten, Diskussionsbeiträge sollen stärker aufeinander bezogen werden

- Als eine "alte" Zeitung der Linken hätte ak die Aufgabe, Erkenntnisse aus linker Geschichte nutzbar zu machen.

Dass es auch manch harsche Kritik gab, soll nicht verschwiegen werden: Auf Missfallen stießen einige unserer Titelseiten, die Auswahl der Fotos, die Musikkritik, das Nebeneinander von ak und Fantômas. Insgesamt aber überwog das Positive: Dabei erwarten etliche der Anwesenden nicht nur einiges von den Redaktionen, sondern sind auch bereit, selbst noch mehr Ideen und Energien zu investieren als bisher.

Das erhoffen wir uns auch von vielen, die diesmal nicht dabei waren. Schon Ende dieses Jahres soll auf einer weiteren Arbeitskonferenz über die inhaltliche Planung für das nächste Jahr gesprochen werden. Danach soll dann einmal jährlich eine solche Planungskonferenz stattfinden.

ak-Redaktion

33. Ohren-Propaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:35

Der Anfang der Welle

Das neue Album der Sterne "Das Weltall ist zu weit ... und der Rest ist schon verteilt" ist deutlich rockiger und vor allem deutlich politischer als das vorherige Werk "Irres Licht". "Wir werden leider das Gefühl nicht los, dass irgendwas nicht stimmt", singt Frank Spilker denn auch als ersten Satz. Gegen Entpolitisierung und Ignoranz fordern die Sterne: "Wir wollen wissen, was eigentlich los ist, wir glauben nicht, dass das für uns zu hoch ist, wessen Interessen das Dasein bestimmen." Statt einer eher nebelhaften Bildsprache gibt es deutlich konkretere Texte. Dies fällt umso mehr auf, wenn man z.B. die aktuellen Scheiben von Tocotronic oder Blumfeld daneben legt. Und gegen ein "sowohl als auch" setzten die Sterne: "Hier ist mein Standpunkt". Zwischen Globalisierung und Hartz-Gesetzen bekennen sie: "Uns geht es schlecht. Es fühlt sich so an, als wär man ein Schwamm, den jemand ausquetscht, nur um zu sehen, was noch drin ist ..." Schön, wenn die (Pop-)Linke wieder anfängt, ihre eigene Befindlichkeit im Kapitalismus zu thematisieren und zum Ansatz politischen Handelns zu machen. Herausragend ohne Frage der Song "Wir sind wie Du". Auf einem sehr entspannten Beat, mit leichter Megafon-Verzerrung und einer tiefen Sanftheit verlangt Spilker nach "einem besseren Leben" und stellt fest: "Wir sind die Quelle, der Anfang der Welle". Der Song wie das ganze Album sind eine Aufforderung und Einladung zum Widerstand: "Wir rühren uns nicht vom Fleck." Für den Gesang bei diesem Song sorgen u.a. Thees Uhlmann (Tomte), Carsten Friedrichs (Superpunk), Fettes Brot, Judith Holofernes (Wir sind Helden) u.v.a. Nicht nur textlich auch musikalisch weiß das Album zu überzeugen. Ab dem 24. Mai ist es käuflich erwerbbar. (DSe, www.rock-links.de)

Die Sterne: Das Weltall ist zu weit. www.diesterne.de.

Die Sterne auf Tour: 1.5., Recklinghausen: Ruhrfestspiele, 7.5., Leipzig: Moritzbastei, 20.5., Oslip/Burgenland: Cselley Muehle, 21.5., Salzburg: Szene, 22.5., Innsbruck: Treibhaus, 24.5., Berlin: Columbiafritz, 25.5., Köln; Prime Club, 26.5., Frankfurt: Mousonturm, 27.5., München: Atomic Café, 28.5., Wien: Porgy & Bess, 29.5., Passau: Passauer Pfingstfestival, 30.5., Mainz: Open Ohr Festival, 15.7., Feldkirch: Poolbar Festival, 16.7., Geretsriet: Sonnenrot Festival, 17.7., Kassel: Kulturzelt

Mehrstimmig, weniger E-Gitarre

"Un" heißt der Titel der neuen Platte der britischen Anarcho-Band Chumbawamba. Natürlich eine Anspielung auf die entsprechende Welt-Staaten-Einrichtung. In dem Song "On Ebay" widmen sie sich denn auch dem Irakkrieg. Sie greifen als einen Aspekt die Plünderungen und Zerstörungen der Museen in Bagdad am Rande der Kriegshandlungen auf. Kulturschätze, die für immer verloren gegangen sind oder die demnächst bei eBay im Internet verschachert werden. Chumbawamba kritisieren diese Zerstörungen als Bestandteil einer kulturellen Kriegsführung der USA. Trotz zahlreicher Warnungen und Hinweise aus der irakischen Bevölkerung habe die USA diese Plünderungen zugelassen. "BicMac im Tausch gegen antike Vasen", wie es im umfangreichen Booklet des Albums heißt.

Aber "Un" steht auch für das musikalische Konzept. Während zum Beispiel das letzte Album "Readymates" stark auf den Spuren der britischen Folksongs wandelte, gibt es auf der neuen Platte sehr viele Anleihen aus der Weltmusik. Deutlich lassen sich Elemente aus Südamerika und dem arabischen Raum vernehmen. E-Gitarren gibt es kaum und überwiegend werden rein akustische Instrumente eingesetzt. In dieser Weise waren Chumbawamba in den letzten Monaten ja auch live zu hören. Der häufig mehrstimmige und mit viel Chor präsentierte Gesang, immer wieder mit leichten Andeutungen zum HipHop unterstreicht diese musikalische Vielseitigkeit. Auch thematisch streift die Band durch die Welt. Sie setzt sich mit der Vorgeschichte des Columbine-Massakers in den USA auseinander, befasst sich mit den Auseinandersetzungen um die Aktionskunst bolivianischer Feministinnen oder singt über zwei gegen Unterdrückung demonstrierende Kricketspieler aus Simbabwe. (DSe)

Chumbawamba:Un. www.chumbawamba.org

Reisen mit Rantanplan

Nach längerer Pause und auf dem nunmehr frisch gegründeten eigenen Label gibt es ein neues Album der Skapunk-Formation Rantanplan: "Junger Mann zum Mitreisen gesucht" lautet der Titel. Druckvolle Punkriffs mit fetten Bläser-Sätzen treiben durch die 13 Songs, die wie gewohnt von alltäglichen Begebenheiten wie schlechtem Wetter und ersten Lieben handeln, aber auch über Katastrophen im WG-Leben oder dem Freiheitsdrang eingesperrter Zoo-Tiere. Zwischendrin immer wieder kleine versteckte Anspielungen bandinterner oder auch politischer Natur, z.B. wenn in dem Song "Sissy" die deutschtümelnden Wandlungen von MIA kritisiert werden und gefragt wird, ob sie sich in der umfassenden Unübersichtlichkeit etwa verlaufen habe? Dass Songwriter, Gitarrist und Sänger Torben Meisner in den vergangenen Monaten ordentlich Gesangsunterricht genommen hat, unterstreicht das gelungene Relaunch der Band. Allerdings gibt es Verluste auf dem Weg voran. Nachdem Trompeter Lars bereits im letzten Jahr die Segel bei Rantanplan gestrichen hat, ist wenige Tage vor der Veröffentlichung des neuen Albums Brian (Trombone) aus der Band geflogen. Die Stammformation ist also nun mit Peso (Bass), Tim (Schlagzeug) und Torben auf nur noch drei zusammengeschrumpft. Mal sehen, welcher junge Mann so in den nächsten Monaten mit der Band mitreisen will. (DSe)

Rantanplan, Junger Mann zum Mitreisen gesucht, erscheint im Mai. www.rantanplan.musicpage.de

34. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:36

eBay-Frust

Nur die wenigsten, die sich das eine oder andere Schnäppchen via Internet bei eBay ersteigern, dürften im Kopf haben, dass in diesem Laden nicht nur Computerprogramme, sondern auch ganz konkrete Menschen arbeiten. Und die haben offensichtlich in hohem Maße die Schnauze voll. Zu diesem Schluss muss man jedenfalls auf Grund der Ergebnisse kommen, die eine anonymisierte Umfrage unter eBay-ArbeiterInnen erbracht hat. Im brandenburgischen Kleinmachnow haben ca. 162 Beschäftigte an der Internetumfrage teilgenommen - aus Geheimhaltungsgründen oft nicht von ihrem Arbeitsplatz aus. Auch auf Zettel, die in öffentlichen Verkehrsmitteln ausgelegt waren, haben eBay-Beschäftigte reagiert. Die Ergebnisse wurden Ende März auf der Homepage epay.tv veröffentlicht.

77% der Beschäftigten fühlen sich demnach in ihren Leistungen und Tätigkeiten sehr stark erfasst und kontrolliert. 52% sind mit ihrer Bezahlung unzufrieden - vor allem angesichts der Einnahmen des Internet-Auktionshauses. 70% hätten gerne Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungen, die ihnen bei eBay vorenthalten werden. 50% der Beschäftigten finden, dass die Arbeit an Feiertagen und Wochenenden zusätzlich bezahlt werden sollte, und 75% möchten gerne selber bestimmen, ob und wann sie Überstunden machen.

Starre und lange Arbeitszeiten und miese Bezahlung sind allerdings nur zwei Gründe für den massiven eBay-Frust. Hinzu kommt, dass interne Kontrollprogramme, so genannte "Activity Manager", die Arbeitszeit und die Tätigkeiten der Beschäftigten rigoros überwachen. 60 bis 70% der Beschäftigten klagen über die strenge Kontrolle. Die Arbeitsschritte werden genauso lückenlos protokolliert wie die Zigarettenpause und der Gang zum Klo. Zeitnischen - etwa zum Abrufen privater E-Mails sind natürlich nicht vorgesehen. Ein gespanntes Arbeitsklima und eine hohe Fluktuationsrate sind die Konsequenz strenger innerbetrieblicher Hierarchien. "Frustmaschine" wird eBay daher bei den KollegInnen auch genannt.

Da nützt auch das jung-dynamische dot.com-Image der Firma nichts. Das obligatorische "Du" kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kritik an den Arbeitsbedingungen sofort geahndet wird. Firmensprecher Chopurian: "Wir haben als börsennotiertes Unternehmen einen Firmengrundsatz: Medienanfragen sind durch unsere Medienvertreter zu beantworten."

www.labournet.de, SPIEGEL-online

Das dreckige Trio

Punktgenau zum internationalen Frauentag am 8. März hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eine bundesweite Kampagne für Betriebsräte bei den großen Einzelhandelsdiscountern Lidl, Aldi und Schlecker gestartet. Etwa 100.000 Menschen arbeiten in Deutschland in den Filialen dieser drei Konzerne - in der Regel Teilzeit. Die allermeisten Beschäftigten sind Frauen. Betriebsräte gibt es in diesen Unternehmen so gut wie gar nicht. Deutschlandweit existieren nur in fünf von 2.500 Lidl-Läden ArbeitnehmerInnenvertretungen.

Dabei sind die Arbeitsbedingungen katastrophal. 40 Artikel in der Minute müssen die Kassiererinnen über das Band ziehen. In manchen Filialen wird 50 bis 60 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Arbeitszeiten sind viel zu hoch und die Stundenlöhne viel zu niedrig. Hohe Vorgaben zu den Stundenleistungen verstärken den Druck und die Arbeitshetze.

Bundesweit will ver.di über 1.000 Filialen mit der Kampagne erreichen. In Zweier-Gruppen klappern Gewerkschafter die Läden ab. In Berlin, wo der Schwerpunkt bei Lidl liegt, betreuen 30 AktivistInnen insgesamt 108 Filialen. Das ist nicht immer einfach, denn alle drei Konzerne sind für ihr gewerkschaftsfeindliches Verhalten bekannt. So soll es vorgekommen sein, dass Filialleitungen das Material postwendend wieder eingesammelt haben. Franziska Wiethold, im ver.di-Bundesvorstand für den Einzelhandel zuständig, formuliert es so: "Betriebsräte sollen verhindert werden und Arbeitskräfte billig bleiben."

www.verdi.de, www.labournet.de

Geil oder ungeil

Unternehmensleitungen können so rechte Sensibelchen sein, so z.B. der Elektrodiscounter Saturn. Seit Monaten überzieht der Konzern die Haushalte der Republik mit seiner "Geiz-ist-geil"-Kampagne, und jetzt nimmt er Anstoß an einer Plakatserie des Kirchenkreises Recklinghausen mit dem Slogan "Arm sein ist ungeil". In den Plakaten der KirchenaktivistInnen sieht die Ingolstädter Saturn-Zentrale weniger eine satirische Kampagne gegen Sozialabbau, sondern schlichtweg ein zweckentfremdendes Plagiat des eigenen Werbespruchs. Und nicht nur die Ähnlichkeit mit den eigenen Machwerken stört die Firma. Sie sieht sich durch das Protestposter auch in Misskredit gebracht, weil so Saturn unmittelbar mit dem Sozialkahlschlag in diesem Lande in Verbindung gebracht wird. Oh weh!

Verschiedene Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen wie die Erwerbslosenzeitung quer, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) oder die Wuppertaler Initiative "Tacheles" haben sich nun den Sorgen der Saturn-Chefs angenommen und einen genauso einfachen wie praktischen und modernen Weg vorgeschlagen, wie dem Konzern aus der Bredouille geholfen werden könnte: Großzügiges und ungeiziges Sozial-Sponsoring regen die Initiativen in einem offenen Brief an Saturn an: "Wir möchten ihnen nun Gelegenheit bieten, sich zu positionieren: Sie könnten Ihre Solidarität ... beweisen und so auch werbeträchtig deutlich machen, dass Sie nichts mit Sozialabbau zu tun haben (wollen)." So könne das Unternehmen z.B. Vereine unterstützen, "die dazu beitragen, dass Arme ihre Rechte und die ihnen zustehenden Euro in den Geldbeutel bekommen." Reagiert hat Saturn bisher nicht; nicht nur sensibel, sondern auch bockig.

BAG-SHI, 23.3.2004

Zur Gesundheit gezwungen

Die Deutschen werden gesünder, und zwar schlagartig und rasant. Im Januar war die Zahl der Arztbesuche um fünf bis acht Prozent zurückgegangen, und auch im Februar hielt dieser Trend an. Nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) betrug der Rückgang diesmal bundesweit drei und fünf Prozent. Vor allem FachärztInnen werden gemieden. Ursache für diese Entwicklung ist die Einführung der Praxisgebühr und die erhöhten Zuzahlungsverpflichtungen seit dem 1.1.2004. Allerdings - so die KBV - sei es noch nicht klar, ob die "gewisse Enthaltsamkeit" wirklich daher rühre, dass die Menschen schlicht gesünder geworden seien. Möglicherweise haben sie ihre Arztbesuche auch nur schon alle im November und Dezember des alten Jahres abgewickelt und sich da auch ausreichenden mit Medikamenten eingedeckt.

taz, 8.3.2004

Normal prekär

Glaubt man den Auskünften des Finanzministeriums, so ist die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland inzwischen auf 7.5 Mio. gestiegen. Gegenüber dem Oktober 2003 ist das noch einmal ein Anstieg um 260.000. Parallel zu diesem Boom schrumpft die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs. Allein im Einzelhandel sank deren Zahl im Jahr 2003 um 227.000, während die Zahl der Minijobs um 176.000 auf 835.000 stieg. Zumindest für den Einzelhandel gilt auch, dass die Zahl der Minijobs in Westdeutschland deutlich höher liegt als im Osten (inkl. Berlin): 709.110 geringfügig Beschäftigten im Westen stehen 114.104 MinijobberInnen im Osten gegenüber. Der Frauenanteil an diesen Jobs liegt dabei im Westen um sieben Prozent über dem in Ostdeutschland.

taz, www.labournet.de

And the winner is ...

Die BürgerInneninitiative Gegen Billiglohn - Für Gleichbehandlung aus Thüringen hat auch in diesem Jahr wieder die begehrten Goldenen Nasen verliehen und persönlich überreicht. Erster Sieger und Goldene Nase 2004 wurde der Norma Lebensmittelfilialbetrieb GmbH & Co. KG, Zweigbetrieb Mittelhausen. Dort betreiben die Angestellten die Filiale von Montag bis Samstag ohne nennenswerten Pausen und kommen so auf eine wöchentlichen Arbeitszeit von über 50 Stunden - natürlich ohne dass das in irgendeiner Weise bezahlt werden würde. (Die Vereinbarung einer wöchentlichen Arbeitszeit ist im Arbeitsvertrag offen gelassen.) Gleichzeit müssen die KollegInnen Inventurdifferenzen aus eigener Tasche bezahlen und werden zudem noch

abgemahnt. In der Laudatio wies die Jury ausdrücklich darauf hin, dass solche Arbeits- und Entlohnungsbedingungen offenbar längst nicht mehr die alleinige Domäne so genannter Niedriglohnsektoren sind, sondern inzwischen flächendeckende Normalität geworden sind.

Den zweiten Preis erhielt die Firma MSD Sicherheitsdienste GmbH, Jena, dafür, dass dort ein Stundenlohn von 3,58 Euro gezahlt wird und die Durchführung von Betriebsratswahlen und gewerkschaftlichen Aktivitäten generell verboten sind. Den dritten Platz teilen sich die DWS Otto Detektei, Nordhausen und der Wach- und Sicherheitsdienst Rodner & Co. GmbH, Apolda. In beiden Firmen wird ca. 20% unter Tarif bezahlt. Zuschläge für Mehr- und Nachtarbeit gibt es gar nicht, und die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall funktioniert auch nicht. Die Tagesarbeitszeit beträgt 15 Stunden ohne Pause, so dass die Beschäftigten auf 269 bis 283 Monatsstunden kommen. Bei Rodner sind gewerkschaftliche Informationen genauso verboten wie allgemeine Infos zur Wachdienstbranche und ihren Rechtsgrundlagen.

www.labournet.de

35. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:37

Made in Venezuela

Der wohl tief greifendste Transformations- und Aneignungsprozess Lateinamerikas findet zur Zeit in Venezuela statt. Die BewohnerInnen von Armenvierteln gründen Stadtteilräte und verwalten sich selbst. Landlose kämpfen für die Umsetzung der Agrarreform. Die Bevölkerung diskutiert in Nachbarschaftsversammlungen. An staatlich initiierten Alphabetisierungs- und Bildungskampagnen beteiligen sich Millionen. Gleichzeitig macht die bürgerliche Opposition mit Unterstützung aus Europa und den USA gegen die Politik der Regierung Chávez mobil. Allein im Jahr 2002 hat es zwei Putschversuche gegeben. Raul Zelik war 2003 sieben Monate in Venezuela. Im März 2004 ist bei Assoziation A sein Buch "Made in Venezuela" erschienen, das er nun auf einer Lesereise zur Diskussion stellt. Im Anschluss gibt es Musik vom DJ-Kollektiv LuchaAmada.

Bonn, 12.5.2004, 20 Uhr, Kult 41, Hochstadenring 41

Es war einmal am 1. Mai ...

Am 1.Mai 1886 streikten 80.000 ArbeiterInnen in den USA für den 8-Stundentag. Zwei Tage später feuerte die Polizei vor der Landmaschinenfabrik von McCormick auf ausgesperrte FrachtverladerInnen. Eine anschließende Protestversammlung am 4. Mai auf dem Haymarket endete mit einem Blutbad. Von den anschließenden Schauprozessen und Hinrichtungen sind nicht zuletzt anarchistische ArbeiterInnen betroffen. Die FAU Hannover nimmt dies zum Anlass für eine Veranstaltung mit Film zur Geschichte des 1. Mai.

Hannover, 27.4.2004, 20 Uhr, UJZ Kornstraße 28-30

Straße frei!

Und schon wieder ist 1. Mai. Neben der Mai-Steine-Kampagne, die dieses Jahr in Berlin stattfindet und die schon vor ihrem Beginn einiges Aufsehen erregt hat, kann man den Internationalen Kampftag der Arbeitklasse auch in anderen Städten demonstrierend feiern. In Hamburg gibt es im Anschluss an die DGB-Demonstration noch einen sozialrevolutionären Umzug, und auch in Nürnberg findet eine "revolutionäre" 1.-Mai-Demonstration statt.

Berlin, 1.5.2004, 10.30 Uhr, Strausberger Platz: Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch von NPD und "Freien Kameradschaften"; 16 Uhr, Potsdamer Platz: "Sag ja zum Nein! Revolutionäre 1. Mai Demonstration"; Infos unter www.mai-steine.de und www.mai-berlin.de.vu

Hamburg, 1.5.2004, 9.30, U-Bahn Mundsburg: (sozialrevolutionärer Block in der) DGB-Demonstration; 11 Uhr, Hauptbahnhof/ZOB: Sozialrevolutionäre 1. Mai Demonstration

Nürnberg, 1.5.2004, 12 Uhr, Bauerngasse/Gostenhofer Hauptstraße: Demonstration; 14 Uhr, Müllnerstr./ Adam-Klein-Str.: internationalistisches Straßenfest

... hat immer Recht?

Alle zehn, zwölf Jahre eine neue linke Partei. Könnte man meinen, nachdem uns in den 80er Jahren die Grünen und in den 90ern die PDS geschenkt wurden. Diesmal erscheint der Wiedergänger am linken Rand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die sich in der SPD der neuen Mitte nicht mehr aufgehoben fühlen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt zur Diskussionsveranstaltung ein: "Aufbruch - wohin? Eine neue Linkspartei, oder doch die PDS - oder alles nur Bewegung?". Es diskutieren Joachim Bischoff (Redaktion Sozialismus, Wahlalternative 2006), Katina Schubert (PDS-Bundesvorstand), Peter Wahl (Attac Deutschland), voraussichtlich einE VertreterIn der Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit und Dirk Hauer, ak-Redakteur und Mitglied von Regenbogen - für eine neue Linke aus Hamburg.

Berlin, 5.5.2004, 19 Uhr,

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

Gegen das Vergessen

Jules Schelvis, der Sobibór und weitere nationalsozialistische Lager überlebte, wird aus seinem Buch vorlesen. Im Mittelpunkt seines Vortrags wird die Geschichte des Vernichtungslagers Sobibór und der geglückte Aufstand der Häftlinge am 14. Oktober 1943 stehen. In seiner Rede im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Häftlingsaufstandes in Sobibór erklärte Jules Schelvis: "Fest steht, wenn wir gestorben sind, dann wird niemand mehr da sein um zu erzählen, wie es wirklich war." Veranstaltet wird die Lesung von der Rosa Luxemburg Initiative Bremen, dem Antifaschistischen Komitee und der Autonome Antifagruppe Bremen

Bremen, 14.5.2004, 19.30 Uhr, Villa Ichon, Goetheplatz 4

Game over

Am 15. Mai 2004 findet unter dem Motto "Fatal Error - The game is over" in Leipzig eine bundesweite Anti-Olympia-Demo statt. Drei Tage später wird das IOC diejenigen Städte auswählen, die sich um die Spiele bewerben dürfen. Das Anti-Olympische Komitee (AOK) Leipzig ruft dazu auf, im Vorfeld ein deutliches Zeichen gegen Leipzig als Olympia-Stadt zu setzen.

Leipzig,15.5.2004, 14:00 Uhr, Augustusplatz. Infos unter www.nein-zu-olympia.de

Ende der Bescheidenheit?

Im Zeitalter der Globalisierung hat auch die Diskussion über soziale Gerechtigkeit eine globale Dimension. Politische Alternativen müssen vom erreichten Niveau der Globalisierung ausgehen. Um die Suche nach neuen Formen einer solidarischen Ökonomie geht es bei der Diskussionsveranstaltung "Globalisierung von unten - Umrisse eines globalen Projekts sozialer Gerechtigkeit" mit Markus Wissen vom Buko (Bundeskoordination Internationalismus) und Werner Rätz vom Attac-Koordinierungskreis, die am 18. Mai in der Zeche Carl stattfindet. Die Veranstaltung ist Teil einer Veranstaltungsreihe im Mai und Juni in der Zeche Carl.

Essen, 18.5.2004, 19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Heimat im Exil - Exil in der Heimat

Ernesto Krochs Lebensgeschichte ist durch ein doppeltes Exil geprägt: Auf Grund der Verfolgung, der er als deutsch-jüdischer Kommunist nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten ausgesetzt ist, flieht er 1938 nach Lateinamerika. Als in den 70er Jahren in seinem Gastland Uruguay eine Militärdiktatur die Macht übernimmt, ist er gezwungen, den umgekehrten Fluchtweg zu wählen und Asyl in Deutschland zu suchen. Am 18. Mai liest Ernesto Kroch auf einer Veranstaltung der Informationsstelle Lateinamerika (ila) aus seiner Autobiografie, die im April dieses Jahres erschienen ist.

Bonn, 18.5.2004, 20 Uhr, Le Sabot, Breite Str. 76

36. Diener ihrer Herrn

Berliner RZ-Prozess: Kammergericht verhängt mehrjährige Haftstrafen

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:38

Der 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin unter dem Vorsitz von Gisela Hennig erwies sich auf ganzer Linie als willfähriger Erfüllungsgehilfe der Bundesanwaltschaft (BAW). Wie die Urteilsverkündung zeigte, hätte es der zum Teil vehement und engagiert geführten Beweisaufnahme während der insgesamt 174 Verhandlungstage nicht bedurft. In allen Punkten der Anklage folgten die Berliner RichterInnen der BAW. Am 18. März ging der Berliner RZ-Prozess mit mehrjährigen Haftstrafen für die Angeklagten zu Ende.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten an den RZ-Knieschussattentaten in den Jahren 1986 und 1987 beteiligt waren. Wegen Rädelsführerschaft und der Beteiligung am Anschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) 1987 in Berlin bekamen Sabine E. und Rudolf Sch. jeweils Haftstrafen von drei Jahren und neun Monaten. Die mit vier Jahren und drei Monaten höchste Strafe erhielt Matthias B., der im Gegensatz zu den teilgeständigen Rudolf Sch., Sabine E. und Axel H. geschwiegen hatte. Bei ihm wie bei Axel H. und Harald G., die als einfache "Gefolgsleute" zu zwei Jahren und zehn Monaten bzw. zwei Jahren und neun Monaten verurteilt wurden, ging der Senat zudem von einer Beteiligung am Anschlag 1991 auf die Berliner Siegessäule aus.

Einem Richter schießt man nicht in die Beine

Der Bewertung der Bundesanwälte, die Anschuldigungen des Kronzeugen Tarek Mousli seien glaubwürdig, schlüssig und wahrheitsgetreu, schloss sich der Senat ohne Abstriche an. "Der Senat ist überzeugt, dass er die Angeklagten nicht aus Eigennutz über Gebühr belastete", führte die Vorsitzende in der mündlichen Urteilsbegründung aus. Dem "hausgemachten Motiv zur Falschaussage durch den Pakt ‚Knüller` gegen ‚Bewährung`", wie es Rechtsanwalt Jasper von Schliefen nannte, stellte sich der Senat bereits in der Beweisaufnahme nie ernsthaft. Im Urteil dann bescheinigte die Vorsitzende dem Kronzeugen-Deal, er sei "keinesfalls eine Nötigung, wie es ein Verteidiger ausdrückte, sondern ein zulässiges Mittel der Strafverfolgungsbehörden" gewesen. Vergeblich hatte die Verteidigung thematisiert, dass Mousli, um die geforderten Knüller zu liefern, angehalten war, "falsche Verdächtigungen auszusprechen, die Identitäten von Tatbeteiligten zu eigenen Gunsten auszutauschen und vor allem dort, wo er nichts weiß, seine Vermutungen über die Tatbeteiligten und ihre Beiträge als Gewissheit auszugeben". (v. Schliefen)

Die Frage, inwieweit Mousli dabei von den Ermittlungsbehörden unterstützt, gefördert und mit Informationen gespickt wurde, stellte sich das Gericht nicht. Dabei hatte selbst das Verwaltungsgericht Berlin festgestellt, dass dem Erinnerungsvermögen Mouslis mit "unterstützender Hilfe" auf die Sprünge geholfen worden sei: Ihm waren unter anderem Namen und Fotos "seitens der Vernehmenden vorgenannt" worden. Das Verwaltungsgericht war von der Verteidigung angerufen worden, weil die Protokolle der Gespräche zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Kronzeugen den anderen Prozessbeteiligten vorenthalten worden waren. Mousli war nach dem Deal mit den Ermittlungsbehörden zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden und lebt seitdem unter neuer Identität im Rahmen des Zeugenschutzprogramms des BKA.

Über das konkrete Tatgeschehen konnte Mousli nur vom Hörensagen berichten. Zum Zeitpunkt des Anschlags auf die Berliner Siegessäule will er nach eigenem Bekunden den RZ nicht mehr aktiv angehört haben. Bei dem Sprengstoffanschlag auf die ZSA 1987 will er auf einem Bahndamm das Gelände abgesichert haben. Und auch bei den beiden Knieschussattentaten will er lediglich eine Nebenrolle gespielt haben. Dass er nicht selbst Zeuge der Taten war, sondern sie ihm nur erzählt wurden, über diesen Umstand ging das Gericht unbekümmert hinweg. Nach Mouslis Angaben sollen im fraglichen Zeitraum zwei - den Regeln der Gruppe entsprechend von einander unabhängige - "Revolutionäre Zellen" in Berlin aktiv gewesen sein. Selbst die BAW und das Gericht gingen davon aus, dass in den RZ ein striktes Abschottungsprinzip bestanden habe. Dennoch will Mousli alle Angeklagten als RZ-Militante gekannt haben. Er behauptete, bei zwei Gelegenheiten alle aktiven Mitglieder der beiden Berliner RZ-Gruppen gesehen zu haben - beim Anschlag auf die ZSA und bei einem gemeinsamen "Waldspaziergang" Ende der 1980er Jahre, auf dem über die weitere politische Perspektive der RZ diskutiert worden sein soll. Nach Angaben des Angeklagten Rudolf Sch. hat es allerdings

diesen "Waldspaziergang" nie gegeben, ebenso sei der Anschlag auf die ZSA nur von ihm selbst und Mousli durchgeführt worden.

Für das Kammergericht war dies nicht von Belang. Von Zweifeln an der Glaubwürdigkeit und nachgewiesenen Falschaussagen des Kronzeugen Mousli wollte der Senat nichts wissen. Galt für den Kronzeugen absolute Glaubwürdigkeit, waren die Angeklagten generell unglaubwürdig - und ihre Aussagen interessengeleitet. Obwohl die drei teilgeständigen Angeklagten den Aussagen des Kronzeugen in Kernbereichen widersprochen hatten, betont der Senat, wesentliche Teile der Anklage und die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen seien dadurch "erhärtet worden". Die Angeklagten hätten lediglich "das Mindeste und nicht Bestreitbare zugegeben. Dieses Taktieren hat den Angeklagten mehr geschadet als genutzt."

Dass der Senat sich an der vom OLG Naumburg aufgeworfenen Frage, ob nach Auflösung einer "terroristischen Vereinigung" der § 129a StGB überhaupt noch strafrechtliche Folgen hat, wenig interessiert zeigte, kann nicht verwundern. Obwohl die Auflösung der RZ wohl von niemanden bestritten wird, sah der Senat keinen Strafaufhebungsgrund vorliegen, wie ihn das Oberlandesgericht Naumburg erst Ende letzten Jahres erkannt hat. Anders als die Naumburger Richterkollegen, die sich für eine "nicht-restriktive Anwendung" ausgesprochen hatten, votierte der Senat für eine Rechtsauslegung im Sinne der BAW: "Tätige Reue" oder das "freiwillige und ernsthafte Bemühen" liege bei keinem der Angeklagten vor. Die RZ sei nicht aus freien Stücken aufgelöst worden, sondern weil deren Politik gescheitert sei.

Aber warum sollte ein Senat, der nicht gewillt ist, sich der Kronzeugenproblematik zu stellen, auch Zweifel haben, den § 129a - die zentrale Strafnorm des politischen Sonderrechts - anzuwenden? Zumal ohne § 129a - würden die eigenen rechtsstaatlichen Grundsätze ernst genommen - eine Verurteilung nach den ursprünglichen Anklagepunkten unmöglich gewesen wäre: Wer als Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" gilt, dem wird Mitwisserschaft und Mitverantwortung einer Tat unterstellt, eine konkrete Tatbeteiligung muss nicht nachgewiesen werden. Heinrich Hannover, Strafverteidiger u.a. von Ulrike Meinhof und Astrid Proll, fasste seine Erfahrungen in zahlreichen politischen Strafprozessen so zusammen: "Politische Strafjustiz hat es mit Feinden zu tun, auf die das Gesetz mit aller Härte anzuwenden ist, ohne dass es auf die Schlüssigkeit der Beweisführung ankommt, aber auch mit Freunden, die man glimpflich davonkommen lässt oder freispricht, mag die Beweislage auch noch so dicht sein." Dass es in solchen Verfahren tatsächlich nicht um Wahrheitsfindung geht, sondern um die Bekämpfung von Feinden, zeigt der RZ-Prozess anschaulich.

mb., Berlin

Weitere Informationen: www.freilassung.de

37. Neue alte Sozialdemokratie?

Auf dem Weg zu einer Wahlalternative

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:39

Mit einer solchen medialen Aufmerksamkeit hatten die InitiatorInnen einer linken Wahlalternative nicht gerechnet. Langsam, still und leise sollte, so die ursprüngliche Planung, zunächst ausgelotet werden, wer mit von der Partie wäre bei der Organisierung einer Wahlalternative jenseits von SPD und PDS. Mit der Ruhe war es Mitte März vorbei. Gut möglich, dass der Medienhype eher von GegnerInnen, als von BefürworterInnen einer linken Wahlalternative initiiert wurde.

Böse Zungen behaupten gar, die Fütterung der Medien sei von Personen, die im Willy-Brandt-Haus angesiedelt sind, lanciert worden, um die vorwiegend linksgewerkschaftlichen Kräfte unter Zugzwang zu setzen. Wie auch immer: Der linke Wahldiskussionszyklus wird wieder ein Hoch erleben. Alle zehn Jahre wird der immer neue Schlager aufgelegt: Wie hältst du es mit einer neuen Partei. Ende der Siebziger, Anfang der Achtziger waren es die Grünen und die Kurzzeiterscheinung Demokratische Sozialisten; Anfang der Neunziger die PDS-Linke Liste, und nun stehen die Wahlalternative und die Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit in den Startlöchern und wollen vieles anders und - besser machen. Vielleicht wollen sie aber auch nur die "wirkliche" Sozialdemokratie mit Leben erfüllen. Die Frage ist nur, in welchem historischen (Programm-)Zustand? Manch eine/r träumt gar wieder von der Wiederbelebung des Godesberger Programm.

Dass es gleich zwei unterschiedliche Gruppierungen gibt, die sich eines regen Medieninteresses erfreuen, verweist normalerweise auf ein Konkurrenzverhältnis, das entweder in den handelnden Personen oder in programmatischen Unterschieden begründet liegt. Im Jahre 2004 ist alles ganz anders: Die InitiatorInnen der beiden Gruppierungen wussten schlicht und ergreifend nichts von der jeweils anderen Aktivität und ihren Planungsschritten.

Alle zehn Jahre wieder ...

Die Gleichzeitigkeit der Initiativen verweist darauf, dass es förmlich nach einer solchen schreit. Es ist die Politik der Bundesregierung und die innerparteiliche Perspektivlosigkeit in der SPD, die dazu führten, dass Zehntausende in den letzten Jahren aus der SPD austraten. Bei Wahlen kassiert die SPD eine Schlappe nach der anderen, aus dem Umfragetief scheint sie nicht mehr herauszukommen. Innerparteilich wird die Kanzlerlinie als alternativlos dargestellt und vom Gros der Funktionäre auf regionaler Ebene ebenso wie auf Parteitagen abgesegnet. Innerparteilich, so die Analyse der InitatorInnen der Wahlalternative, lässt sich in der SPD nichts mehr bewegen. Das sehen die in der SPD verbliebenen "Linken" um Andrea Nahles und die Zeitschrift spw etwas anders. Ihre Ohnmacht wird aber am deutlichsten, wenn man sie selbst zu Wort kommen lässt: "Die Bedingungen für die Arbeit von SozialistInnen in der SPD sind im zurückliegenden Jahr nicht schlechter geworden, die zum Jahreswechsel und im Frühjahr 2004 beklagte Politik ist in Grundzügen unverändert und weiterhin unter reformpolitischen Gesichtspunkten für die Linke beklagenswert. Dennoch: Es gibt immer wieder neue Handlungskorridore, die Chancen auch für die Linke eröffnen. Die Wahl von Franz Müntefering zum Parteivorsitzenden ist so eine Chance..." (spw 2/2004)

Viel schlimmer kann es für eine innerparteiliche Linke nicht mehr kommen, wenn sie Münteferings "politisches Gespür" und seine Anerkennung einer "strategischen Notwendigkeit für einen kritischen Diskurs" als Chance ausgeben und als Begründung für ein Verbleiben in der SPD heranziehen muss. Das "politische Gespür" des neuen SPD-Vorsitzenden soll unter anderem seinen Ausdruck in "ausgiebigen Gesprächen" mit den Spitzen der acht Einzelgewerkschaften in den kommenden Monaten finden, wie der Spiegel (16/2004) vermeldet. Thema dürfte sein: Wie vermittle ich meinem Klientel den weiteren Sozialabbau ohne dass es aufmuckt. Ein Teil der gewerkschaftlichen SpitzenfunktionärInnen wird sich mit dieser Rolle durchaus zufrieden geben bzw. wird seine Rolle gerade darin sehen, hier zur Stelle zu sein.

Es hält sich weiter hartnäckig das Gerücht, dass Hubertus Schmoldt, seines Zeichens Vorsitzender der IG BCE, demnächst Minister werden könnte. Das Gewerkschaftsjackett lässt sich blitzschnell mit einem Regierungsjackett tauschen - das dürfte vom Parteibuch wie von der politischen Einstellung beim Gros der SpitzenfunktionärInnen der Einheitsgewerkschaft DGB und seiner Einzelgewerkschaften möglich sein. Allerdings gilt diese Einschätzung nicht mehr durchgängig. Widerspruchsfrei verläuft die Vermittlung der

neoliberalen sozialdemokratischen Politik in den haupt- und ehrenamtlichen Funktionärskörpern der Gewerkschaften schon lange nicht mehr. Erinnert sei nur an die kurzfristige Absage der Gespräche zwischen Schröder und den Gewerkschaftsvorsitzenden im letzten Jahr und an das kurzzeitige Aufflackern gewerkschaftlichen Protestes im Frühjahr 2003. Dazu gehört aber auch, dass gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre bei Hartz, Rente und Gesundheit ihre "sozialpolitische 'Reformfähigkeit' in Form aktiver Mitarbeit und angetäuschter Proteste" (1) gezeigt haben.

Angetäuschte Proteste, aktive Mitarbeit

Innergewerkschaftlich, insbesondere bei den betrieblich Aktiven, aber auch bei vielen Funktionären nahmen und nehmen das Unverständnis und die Kritik an der sozialdemokratischen Regierungspolitik stetig zu. Dass am 3. April rund 500.000 Menschen gegen die Regierungspolitik demonstrierten, ist deutlicher Ausdruck dafür. Es handelt sich dabei größtenteils nicht um eine kapitalismuskritische Sicht, sondern vielmehr um ein Unverständnis über die Ungerechtigkeit bei der Lastenverteilung oder um eine Kritik an der neoliberalen Gestaltung von Politik.

Die Enttäuschung über die Sozialdemokratie sitzt tief. Es sei daran erinnert, dass der DGB eine zweistellige Millionensumme in die Abwahl der schwarzgelben Koalition investierte und dass es Versprechungen für und Hoffnungen in eine (etwas) andere Politik als in der Kohlära gab. Die Einschnitte in soziale Rechte, der Sozialabbau, die Umverteilungspolitik wurden zähneknirschend hingenommen, aber mangels parlamentarischen Einflusses erschien die Regierungspolitik alternativlos zu sein. Dass dem nicht so sein muss, ist in den Gewerkschaftsapparaten bekannt, denn trotz Rückgang der Mitgliederzahlen verfügen Gewerkschaften über ein reichhaltiges, wenn auch kaum genutztes Instrumentarium für betriebliche und gesellschaftliche Gegenwehr. Die Anwendung der Instrumente setzt allerdings die Beendigung "angetäuschter Proteste" voraus. Die Konfliktbereitschaft bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern ist - ohne das überzubewerten - in den letzten Monaten erheblich gestiegen.

Diese innergewerkschaftliche und gesellschaftliche Stimmungslage nehmen die InitiatorInnen der Wahlalternative und der Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit auf. Zum größten Teil kommen sie selbst aus dem hauptamtlichen Gewerkschaftsapparat oder sind eng an ihn angebunden. Die Stimmungslage innerhalb der Gewerkschaften kennen sie daher bestens. Politisch orientieren sich beide Initiativen im Wesentlichen an Positionen, wie sie von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik jährlich im Memorandum, in Publikationen der Abteilung Wirtschaftspolitik von ver.di oder bei attac nachzulesen sind. (2) Teilweise sind die AutorInnen dieser Veröffentlichungen und die InitiatorInnen der Wahlalternativen personenidentisch.

Beide Initiativen erfreuen sich nicht nur eines regen Medieninteresses, sondern auch einer großen Resonanz von Gründungswilligen. Ein reger Zugriff auf die Homepages (3) wird ebenso vermeldet wie Nachfragen nach örtlichen und regionalen Gründungsveranstaltungen. Die Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit berichtet von Anfragen aus rund 70 Städten.

Der Zug ist also im Rollen. Dass es diesen Zulauf gibt, liegt auch an der nicht vorhandenen Wahlalternative links von der SPD. Die PDS ist dies zumindest im Westen nicht geworden und wird es auch zukünftig nicht werden. Durch ihre Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat sich die PDS in einen "eklatanten Widerspruch zu ihrer eigenen Programmatik" begeben, wie es die Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit formuliert, und auch im Osten viel an Vertrauen verloren. Während die Wahlalternative noch keine endgültige Absage an die PDS formuliert hat, macht die Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit ihre Distanz zur PDS sehr deutlich. Die Frage nach der Zusammenarbeit mit der PDS wird mit Sicherheit einen zentralen Stellenwert im Gründungsprozess einer wahlpolitischen Alternative sein.

Im Westen was Neues

So logisch und fast schon zwangsläufig die Gründung einer linkssozialdemokratischen Wahlalternative auch ist - für das zarte Pflänzchen der Zusammenarbeit unterschiedlicher Spektren linker Politik wird sie eher negative Folgen haben, auch wenn es von den InitiatorInnen anders gewollt wird. Ein zu Beginn des Jahres kursierendes Diskussionspapier aus den Reihen der Wahlalternative hatte durchaus sympathische Züge und nahm die Erfahrungen der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Protestspektren positiv auf: "Im Rahmen eines solchen Grundkonsenses, den alle aktiven TrägerInnen vertreten müssen, sind im Einzelnen

unterschiedliche Positionen und Akzente möglich und sogar nützlich (etwa zur Frage Mindestlöhne und Grundsicherung, Stellenwert von Investitionsprogrammen und von Arbeitszeitverkürzungen, zur Wachstumsfrage mittel- und langfristig, zur Notwendigkeit einer grundsätzlichen Systemüberwindung). Auch zur Reichweite der Reformen und der Notwendigkeit anschließender weitergehender Umgestaltung der Gesellschaft sind unterschiedliche Positionen zu akzeptieren und ist mit Widersprüchen so weit wie möglich so umzugehen, dass sie nicht zu internen Spaltungsdiskussionen hochgezogen werden, sondern im Sinne bewusster Pluralität akzeptiert und positiv genutzt werden, um in unterschiedliche soziale und politische Lager hineinzuwirken und sie zusammenzuführen."

Von diesen erfreulichen Gedankengängen bleibt in der veröffentlichten Variante nach dem ersten offiziellen Treffen nicht mehr viel bestehen. Und gerade dieser Ansatz ist es, der für undogmatische linke BewegungsaktivistInnen eine Zusammenarbeit (!), wohlgemerkt keine Ein- oder Unterordnung in einer Partei oder Wählervereinigung, attraktiv machen könnte.

Die sozialdemokratische Herkunft der Mehrheit der offiziösen VertreterInnen der beiden Gruppierungen lässt sich nicht verleugnen. Es verwundert daher nicht, dass sich die Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit "über eine Zusammenarbeit mit allen Menschen, die sozialstaatliche Prinzipien verteidigen wollen" freut und offenkundig linke Sozialstaatskritik vollständig ausblendet. Die kommenden Gründungsversammlungen werden zeigen wohin die Entwicklung gehen wird. Auf Bundesebene wird die Wahlalternative zu einer größeren Konferenz am 6. Juni nach Berlin laden.

Georg Wißmeier

Anmerkungen:

1) Auf der Suche nach neuer Bewegung. Die real existierenden Gewerkschaften sind nicht zu retten. Von Mag Wompel in Fantômas 4 - Soziale Klassen, soziale Kämpfe, Winter 03/04

2) Das Memorandum 2004 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik trägt den Titel "Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit - Reform statt Gegenreform" und wird, wie alljährlich üblich, zum 1. Mai im Papyrossa-Verlag erscheinen. Die Memogruppe ist unter www.memo.uni-bremen.de zu erreichen.

Mit dem Titel "Das wollen wir - Es gibt Alternativen" wurde von der Abteilung Wirtschschaftspolitik von ver.di eine kleine Broschüre entwickelt und im Vorfeld des 3. April in einer Auflage von mehreren hunderttausend Exemplaren verteilt. www.wipo.verdi.de

3) Die beiden Initiativen sind unter www.wahlalternative.de und www.initiative-asg.de im Internet vertreten. Regionale Gruppen sollen nach Möglichkeit gemeinsam aufgebaut werden. Die jeweiligen Newsletter werden über beide Verteiler versandt.

38. Bündnis, Breite und Bewegung

Nach dem 3. April bleibt die Orientierung der Sozialproteste unklar

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:40

Der Europäische Aktionstag in Deutschland ist vorbei, die Eindrücke, die er hinterlässt, sind diffus. Erfolg und Niederlage, Freude und Frust, Stagnation und Fortschritt - alles ist vorhanden, nichts dominiert.

Es bewegt sich was in Deutschland. 250.000 Menschen haben am 3. April in Berlin gegen Sozialkahlschlag und Agenda 2010 demonstriert. In Köln und Stuttgart waren es jeweils ca. 100.000. Demonstriert wurde aber auch in Frankfurt, Nürnberg und anderen Orten. Insgesamt sollen an dem Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau in Deutschland gut 500.000 Leute auf der Straße gewesen sein. Nach der erfolgreichen Demonstration von Sozialbündnissen, Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, Gewerkschaftslinken und attac am 1. November 2003 hat sich der soziale Protest auch in diesem Land ganz offensichtlich verbreitert. Allein das ist bereits ein großer politischer Erfolg.

Es rettet uns kein höh'res Wesen

Den wesentliche Unterschied zum 1. November machte diesmal die organisatorische Beteiligung, um nicht zu sagen Dominanz, des DGB und der Einzelgewerkschaften aus. Dass sich so viele Menschen an dem Aktionstag beteiligt haben, ist nicht zuletzt dem enormen Mobilisierungsaufwand zu verdanken gewesen, den der DGB hier betrieben hatte. Anne Allex hat sicher Recht mit ihrer Einschätzung, dass es das gewerkschaftsunabhängige Bündnis vom 1. November war, das den DGB am 3. April gewissermaßen zum Jagen getragen hat. Das schmälert den Erfolg der gewerkschaftlichen Mobilisierung allerdings nicht im Geringsten.

In der Rolle des DGB liegt allerdings auch eines der größten Problem bei der Weiterentwicklung der Sozialproteste in Deutschland. Denn so erfolgreich die Gewerkschaften in ihrer Mobilisierung waren - sie haben damit dem Sozialprotest ihren Stempel aufgedrückt. Die Vorgeschichte wie auch der Ablauf des 3. Aprils ist eine Geschichte der Bündnisunwilligkeit des DGB-Bundesvorstandes und der wesentlichen Teile des Gewerkschaftsapparates. Der Versuch, die Proteste zu kanalisieren und sich damit als kritischer, aber konstruktiver Gesprächspartner der Bundesregierung im Spiel zu halten, war am 3.4. allzu offensichtlich. Das Engagement des DGB und die eine oder andere verbalradikale Rede können nicht darüber hinweg täuschen, dass von einer Linkswende der Gewerkschaften keine Rede sein kann. Der Umstand, dass die Zusammenarbeit mit einzelnen Hauptamtlichen oder Gewerkschaftgliederungen in manchen Fällen außerordentlich solidarisch ist und hervorragend funktioniert, ändert daran leider nichts.

Nun ist die Empörung über den sozialdemokratischen Vereinnahmungsversuch durch den DGB zwar verständlich. Dennoch gehen alle "Verratsvorwürfe" in der Tendenz am Kern des Problems vorbei. In einer Situation, wo der Sozialprotest auf ein politisches Vakuum links von Rot-Grün trifft, sind es nämlich häufig genug die sozialen Bewegungen selbst, die von den Gewerkschaften erwarten oder verlangen, dieses Vakuum zu füllen. Symptomatisch dafür sind die mit großer Geste vorgetragenen Ansprüche, die Gewerkschaften sollten oder müssten jetzt dies oder jenes machen, kämpferischer werden oder sich endlich von der SPD trennen. Abgesehen von der erstaunlichen Naivität im Umgang mit diesen Organisationen zeigt sich hier, wie stark sich das eigene Handeln an den Gewerkschaften orientiert. In ak 479 sprach Martin Dieckmann davon, dass die Autonomie der sozialen Bewegungen eine der zentralen Erfolgsvoraussetzungen für die Zukunft sei. Spätestens der 3. April zeigt, dass dies auch und gerade im Hinblick auf die Gewerkschaften gilt.

Die Mühen der Ebene

Die Frage, wer den Sozialprotest in Deutschland repräsentiert bzw. durch welche Strukturen er sich denn artikulieren will, berührt nicht nur das Verhältnis von Bewegung und DGB. Es ist auch eine Frage der internen Repräsentationsformen und Hierarchien. Wenn die Sozialbewegung jenseits der Gewerkschaften wahrgenommen wird, dann in der Regel über die Sozialforen oder über attac. Doch neben diesen relativ jungen existieren Initiativen und Strukturen, die z.T. schon seit Jahren bei den Themen Armut, Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung stehen. Und schließlich entstehen auf Seiten der radikalen Linken neue Zusammenhänge, die ebenfalls als Teil der Sozialbewegung nicht in den

Sozialforen oder in attac aufgehen. Werner Rätz vom attac-Koordinierungskreis hat in den Vorgesprächen mit dem DGB-Bundesvorstand das Ansinnen des DGBs zurückgewiesen, attac könne doch "als linke Organisation" die gesamte "Bewegung", einschließlich ihrer linken Strömungen repräsentieren. Hier drückt sich nicht nur eine realistische Einschätzung über die politische Breite innerhalb von attac aus. Zumindest Teilen von attac ist offensichtlich das Problem bewusst, in die Rolle der "ideellen Gesamtbewegung" gedrängt zu werden.

Autonomie der Bewegung ist nicht zu verwechseln mit Bündnisverzicht oder gar Verzicht auf gesellschaftlich wirksame Intervention überhaupt. Die Teile der radikalen Linken, die sich aktiv in die Auseinandersetzungen um den 3. April hineinbegeben haben wie etwa ACT in Berlin oder der linke Block bei der Demonstration in Köln sind vor diesem Hintergrund einen notwendigen Schritt gegangen. Angesichts der Erfahrungen wird es nicht einfach sein, diese Orientierung durchzuhalten, eine Rückkehr in autonome Szenennischen wäre jedoch ein politischer Rückschritt. Man kann die Auseinandersetzungen um den 3. April auch als eine erste Form von Entmischung einer heterogenen Bewegung interpretieren. Für Linksradikale und Erwerbslosenbewegte, für attac-AktivistInnen wie LinksgewerkschafterInnen wird es in Zukunft darauf ankommen, diesen Entmischungstendenzen entgegen zu wirken. Die durchaus noch zarten Bande der Kommunikation und Zusammenarbeit - auch in der Aktion und den Aktionsformen - sollten vielmehr weiter ausgebaut werden. Die positive wie negative Orientierung auf die Gewerkschaftsapparate ist auf jeden Fall kontraproduktiv.

dk

39. Gegenperspektiven entwickeln!

Einladung zur Debatte

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:41

In ak 482 haben wir einen Diskussionsbeitrag von Karl Heinz Roth abgedruckt, in dem er "Eckpunkte für egalitäre Widerstandsperspektiven" skizziert. Wir finden, dass sich dieser Beitrag hervorragend für einen organisierten und produktiven Diskussionsprozess eignet. Wir wissen oder haben davon gehört, dass in einigen Gruppen und Initiativen Diskussionen über den Roth-Text geführt werden, und wollen gerne dafür sorgen, dass ein vernetzter Diskussionsprozess stattfindet.

Deshalb haben wir folgendes beschlossen:

- Den Text von Karl Heinz Roth werden wir auf unsere Homepage stellen:

www.akweb.de

- In der nächsten Ausgabe von Fantômas (erscheint Mitte Mai) mit dem Thema "Staat und Autonomie" werden ähnliche Themen und Thesen diskutiert und damit auch Material für die weitere Diskussion geliefert.

- Von beiden Redaktionen werden wir uns um Stellungnahmen zum Text, um andere Sichtweisen oder Schwerpunktsetzungen bei der Analyse kümmern und sie regelmäßig in ak abdrucken.

- Call for Papers: Wir bitten darum, uns Stellungnahmen zum Text und/oder zu einzelnen seiner Aspekte zu schicken, die wir dann in ak abdrucken und zeitversetzt auf unsere Homepage stellen.

Die Redaktionen von ak und Fantômas werden sich im ersten Schritt auf eine "ModeratorInnen- und GastgeberInnenrolle" beschränken; bei passender Gelegenheit wollen wir dann eine Zwischenbilanz ziehen.

Wir freuen uns auf eine produktive Diskussion und egalitäre Widerstandshandlungen!

Die Redaktionen von ak und Fantômas

40. Danke für 22.280,89 Euro!

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:42

Ostern ist vorbei, der 1. Mai steht vor der Tür. Zeit also, die "Spendenkampagne" der Saison 2003/2004 zu beenden. Es ist hoch erfreulich, wie viele LeserInnen uns jedes Jahr unterstützen. Auch wenn wir ab und an über mangelnde Resonanz oder Rückmeldungen klagen - spätestens angesichts der tatkräftigen finanziellen Unterstützung hört das Jammern auf. Sie ist zusätzlich eine besonders handfeste Form der Anerkennung für die geleistete Arbeit des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik, seiner Zeitungsprodukte ak und Fantômas und auch eine Motivation für die vielen Menschen, die das Projekt am Laufen halten.

Von unserer Seite ein dickes, dickes Dankeschön für die finanzielle Unterstützung!

Wir haben in der Spendensaison zusätzlich einen Brief an unsere AbonnentInnen geschickt ("Projekt 2006: Größer werden") und auf die Möglichkeit der monatlichen Unterstützung des Vereins als Fördermitglied hingewiesen. Auch darauf gab es erfreulich viel Resonanz, so dass wir zwar nicht sorgenfrei, aber zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Wir werden künftig, wie schon im letzten Jahr geschehen, versuchen, in aktuelle Debatten zu intervenieren, sei es durch Schwerpunktsetzungen in ak, durch Themenhefte von Fantômas und als ReferentInnen bei Veranstaltungen oder sonstigen Events.

Wir freuen uns über jede Form der Unterstützung, über Werbung für ak und Fantômas, über die Anforderung kostenloser Probeexemplare, über Soli-Partys, über Einladungen zu Veranstaltungen und natürlich auch weiterhin über finanzielle Unterstützung jeder Art.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende

41. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak483/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:483:43

Nach dem 1. November 2003 kam der 3. April 2004, und inzwischen hat der Sozialprotest gegen die Agenda 2010 auch die mediale Öffentlichkeit erreicht. 500.000 DemonstrantInnen und die Aufregung um die neue linke Wahlalternative direkt aus dem Urgestein der Sozialdemokratie haben dafür gesorgt. Sicherlich: Der Mainstream der bürgerlichen Medien bemüht sich nach Kräften, den Ball flach zu halten. Bis in die taz hinein werden die Demonstrationen als Protest der Ewiggestrigen dargestellt. Und je mehr Menschen auf den Straßen sind, um so lauter ertönt offensichtlich der journalistische Mahnruf "Es gibt keine Alternative".

Dabei wäre es so einfach, auch mal was Positives über die Sozialproteste zu schreiben, z.B. dass sie richtig lustig sind. Zugegeben: Manchmal ist die dargebotene Komik reichlich unfreiwillig, etwa die Bücherstände der SAV, an denen in Berlin - ganz ordentlich bürgerinitiativmäßig - um "Unterschriften für den Generalstreik" geworben wurde. Da sage noch mal jemand, die verbliebenen kommunistischen Kleinstorganisationen seien nicht modern und hätten die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Das Gegenteil ist der Fall. Petitionen und Unterschriftensammlungen als scharfe Schwerter im Klassenkampf werden dermaßen virtuos an den Mann und die Frau gebracht, dass die Bourgeoisie erzittert und wohl schon morgen im Bundestag der Generalstreik verordnet wird - vielleicht auch erst in einem Landesparlament oder einer Bezirksversammlung, schließlich ist man ja kein Maximalist.

Lustig geht es auch in den Reihen der radikalen und autonomen Linken zu: Das schönste Transparent in Berlin war im "Wir wollen Alles"-Block zu sehen. "Kommunismus, schalalalala" prangte es in silbernen Lettern auf pinkem Tuch. Und weil das Eisen geschmiedet werden muss, so lange es heiß ist, ereilte den Senat nur zwei Wochen nach dem 3. April folgende unmissverständliche Drohung: "Ultimatum: Linkes Bündnis fordert ‚Soziales Zentrum' bis zum 1. Mai". In seiner Pressemitteilung geht das linke Bündnis um ACT! auf's Ganze: "Her mit einem sozialen Zentrum bis spätestens zum 1. Mai 2004, 16 Uhr". Dann beginnt die diesjährige revolutionäre 1. Mai-Demo am Potsdamer Platz. Da kann man nur hoffen, dass der Senat unbeugsam bleibt: Die Rolle der Kiez-Miliz, die den Kids den Wackerstein aus der wurfbereiten Hand schlägt, sollte den GenossInnen doch erspart bleiben.

Aber ak ist ein ernsthaftes Organ. Deshalb gibt's bei uns die Anekdoten mit Spaßfaktor im Editorial, der Rest ist der Analyse, Information und Einschätzung vorbehalten. Und Einmischung: Die Redaktionen von ak und Fantômas unterstützen sowohl den kommenden BUKO in Kassel als auch den Kongreß "Die Kosten rebellieren" vom 25.-27. Juni in Dortmund (siehe S. 16). In Kassel organisieren wir auch einen Workshop. Zu tun gibt's also genug. Aber wir haben auch nie behauptet, dass linke Publizistik ein Zuckerschlecken ist. Schon eher ein kollektives Gemetzel an der Schwarzwälder Kirschtorte, zumindest an diesem Produktionssamstag. Allerdings blieb das Anstandsstück unangetastet - unser ACT!-Genosse hatte geschwächelt.

die ak-Redaktion